# Die neue Völkerwanderung und ihre Folgen



Gedanken zur Gastarbeiterbeschäftigung

Wilhelm Schultz

---

# Die neue Völkerwanderung und ihre Folgen

---

**Bringt der EWG-Vertrag die totale Völkervermischung und damit die eurasisch-negroide Zukunftsrasse?**

Postscheckkonto Stuttgart 1105 53
Druck: J. Gauger, Reutlingen, Kanzleistr. 36
Dritte, erweiterte Auflage, September 1962

# Vorwort

In dieser Schrift soll ein Problem behandelt werden, das in seiner möglichen Tragweite von vielen Menschen bisher überhaupt nicht weiter beachtet wurde, nämlich das Problem der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland.

In der Fachzeitschrift „Die Neue Polizei" erschien im November und Dezember 1961 eine Abhandlung „Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte aus polizeilicher Sicht". Da dieses Problem der ausländischen Arbeiter nicht nur ein Problem der Polizei, sondern des ganzen deutschen Volkes, ja sogar ganz Europas ist, wurden in der vorliegenden Schrift „Die neue Völkerwanderung und ihre Folgen" die Auswirkungen der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften im Hinblick auf den Bestand und die Erhaltung unseres Volkes und Staates aufgeführt und dabei wurde unter anderem auch auf englische Verhältnisse hingewiesen, denn dort bewegen dieselben Fragen Volk und Regierung.

Ein Vergleich der Auffassungen von verschiedenen Völkern über Volkstumsfragen soll dem Leser ein eigenes Urteil erleichtern. Die Frage, ob die Belange des Volkes oder die der Wirtschaft eines Landes den Vorrang haben oder ob beide Belange zum Wohl aller Beteiligten zusammenkommen können, ist hier ebenfalls behandelt.

Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften steht auch in engem Zusammenhang mit dem Kernproblem des deutschen Volkes, der Wiedervereinigung, und mit der drohenden Gefahr des Kommunismus, dessen Agenten, getarnt als ausländische Arbeitskräfte, ungestört ihre Tätigkeit in unserem Staat ausüben können. Insbesondere auf diese Gefahr wurde näher eingegangen. Auch kommunalpolitische Probleme, wie z. B. die Wohnungsfrage und die Frage der Versorgung der unehelichen Kinder von ausländischen Arbeitern, sind hier angeschnitten.

In dem am 25. März 1957 in Rom abgeschlossenen Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG - Vertrag) ist in den Artikeln 48 ff. die Freizügigkeit und das Niederlassungsrecht der Arbeitskräfte der Vertragsstaaten geregelt. Im Artikel 8 des Vertrages heißt es:

> „(1) Der Gemeinsame Markt wird während einer Uebergangszeit von zwölf Jahren schrittweise verwirklicht . . . . "

Die ersten Auswirkungen dieses Vertrages sind hier aufgeführt.

Auf Grund von Presseberichten und Aussagen bedeutender Persönlichkeiten, wie z. B. des bekannten Präsidenten der Paneuropa-Union, Richard Nikolaus Reichsgraf von Coudenhove-Kalergi, wird der Leser sich selbst ein Urteil bilden können über die mögliche Entwicklung, die weit über den Rahmen der gewöhnlichen Gegenwartspolitik hinausgeht und die für das deutsche Volk entscheidender sein wird als z. B. ein verlorengegangener oder gewonnener Krieg.

Wenn der Leser die in dieser Schrift aufgezeigte mögliche Entwicklung ablehnt und zu ändern wünscht, so wird er darüber nachdenken und dann entsprechend handeln; andererseits steht es ihm genau so frei, diese Entwicklung zu bejahen und zu unterstützen. In jedem Falle muß er sein Handeln oder Nichthandeln vor sich, seinen Nachkommen und damit seinem Volk verantworten können.

Der Verfasser

# Inhaltsverzeichnis

# Der Zug der Mittelmeerbewohner nach dem Norden und ihre Ansiedlung in der Bundesrepublik

Von Jahr zu Jahr werden immer mehr ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik von der Industrie beschäftigt. Diese Arbeiter stammen zum größten Teil bisher aus dem Mittelmeerraum.

Normalerweise werden die ausländischen Arbeiter von den deutschen Werbestellen im Ausland angeworben und so den einzelnen Firmen über die Arbeitsämter vermittelt. Viele Ausländer kommen auch, ohne angeworben zu sein, in die Bundesrepublik und versuchen hier Arbeit aufzunehmen. Ueber die Anzahl der bereits in der Bundesrepublik befindlichen ausländischen Arbeitskräfte ist aus Presseberichten folgendes zu entnehmen:

Nach den „Stuttgarter Nachrichten" vom 16. Juni 1961 betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter im Bundesgebiet 450 000; nach einer weiteren Mitteilung derselben Zeitung vom 23. Oktober 1961 waren es Ende September 1961 bereits 544 700. Dies bedeutet eine Zunahme von mehr als 90 000 innerhalb von rund 3¼ Monaten. Die genaue Zahl läßt sich infolge der vielen illegalen Zuwanderer gar nicht feststellen. In diese Zahl nicht eingerechnet sind weitere 210 000 Ausländer (Polen, Ungarn usw.), die im Bundesgebiet leben („Stuttgarter Nachrichten" vom 10. Juni 1961). In der Pressemitteilung vom 23. Oktober 1961 heißt es u. a.:

> „Ende September 1961 befanden sich unter den beschäftigten Arbeitnehmern 544 700 Ausländer. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es 325 900 ausländische Personen gewesen. Unter den 544 700 Ausländern waren jetzt 223 951 Italiener, 60 867 Spanier und 52 845 Griechen . . ."

Nach den „Stuttgarter Nachrichten" vom 26. August 1961 waren zu diesem Zeitpunkt rund 504 000 Ausländer in der Bundesrepublik beschäftigt, im Juni 1957 dagegen wurden nur 105 000 ausländische Arbeitskräfte gezählt. Das Deutsche Industrie-Institut in Köln bezeichnete dabei „Nordrhein-Westfalen mit 169 000 ausländischen Arbeitskräften als das Bundesland mit der höchsten Ausländerbeschäftigung".

Neben dem Industriegebiet von Nordrhein-Westfalen hat Baden - Württemberg einen hohen Anteil an ausländischen Arbeitern. Nach den „Stuttgarter Nachrichten" vom 14. Juni 1961 betrug allein in Baden-Württemberg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte 136 000. Infolge des weiteren Zuzugs hat sich diese Zahl bis Ende August 1961 entsprechend erhöht, nämlich auf rund 150 000 („Stuttgarter Nachrichten" v. 2. Sept. 1961). In der Pressemitteilung vom 14. Juni 1961 heißt es:

> „Mehr als 136 000 Ausländer waren, wie das Landesarbeitsamt mitteilt, Ende Mai in Baden-Württemberg beschäftigt, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr. Trotzdem täuscht sich, wer den einheimischen Arbeitsmarkt für

„überfremdet" hält. Nur 4,5 Prozent aller Arbeitnehmer in Baden-Württemberg sind Ausländer, während z. B. die Schweiz 20 Prozent ausländische Arbeitnehmer beschäftigt. In manchen Bezirken des Landes, wie z. B. in Mosbach, Tauberbischofsheim, Balingen, sind kaum Ausländer zu sehen, denn der Großraum Stuttgart - die Arbeitsamtsbezirke Stuttgart, Eßlingen, Ludwigsburg - beanspruchen allein 55 000 für sich. Stuttgart ist damit zur „internationalsten" Stadt des Bundesgebietes geworden. Neben 78 000 Italienern treten in Baden-Württemberg jetzt auch immer mehr Griechen (13 500) und Spanier (10 500) in Erscheinung. Das auffälligste Ergebnis der jüngsten Erhebung des Landesarbeitsamts aber war, daß die landläufige Meinung, das Baugewerbe beschäftigt die meisten Ausländer, nicht mehr zutrifft. Zwar liegt es prozentual mit einem Anteil von 14 Prozent an den Arbeitnehmern weit an der Spitze, doch wird es an absoluter Zahl von der Eisen- und Metallwirtschaft mit 44 000 Ausländern übertroffen (Bau- und Baunebengewerbe 40 000). Diese Entwicklung, die sich auch im übrigen Bundesgebiet anbahnt, hängt damit zusammen, daß die Industrie durch ausländische Dauerarbeitskräfte echt aufstockt, während sich das Baugewerbe noch überwiegend auf Saisonkräfte stützt".

In der Stadt Stuttgart mit einer ungefähren Bevölkerungszahl von 650 000 Einwohnern waren z. B. allein schon Anfang Mai 1961 mehr als 30 000 ausländische Arbeiter („Stuttgarter Nachrichten" vom 3. Mai 1961), d. s. rund 5 Prozent der gesamten Bevölkerung von Stuttgart. In einem Landkreis wie Waiblingen, der zum Arbeitsamtsbezirk Schwäbisch-Gmünd gehört, stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte innerhalb eines Jahres (1960/61) um mehr als 100 Prozent an, nämlich von 2361 im Jahre 1960 auf über 6000 im Sommer 1961 („Waiblinger Kreiszeitung" vom 20. Juni 1961). Diese letztere Zahl entspricht der Einwohnerzahl von 5-6 mittelgroßen Dörfern eines Kreises!

Nach einem geringen jahreszeitlich bedingten Rückgang im Winter 1961/1962 stieg die Zahl der ausländischen Arbeiter bis Ende März im Bundesgebiet auf 565 739 („Stuttgarter Nachrichten" vom 27. 4. 1962) und erreichte die Zahl von 672 000 Ende Juni 1962. In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 6. 7. 1962 steht darüber folgendes:

**„Ausländer 'stehen Schlange'**

Ende Mai 1962 waren im Bundesgebiet einschließlich Westberlins rund 640 000 nichtdeutsche Arbeitnehmer beschäftigt; im Monat Juni sind weitere 12 000 ausländische Arbeitskräfte angeworben worden. Die Zahl der nichtdeutschen Arbeitnehmer wuchs Ende Juni 1962 insgesamt auf etwa 672 000. Davon waren rund 272 000 Italiener, 90 000 Spanier, 70 000 Griechen und 15 000 Türken. Auch Südamerikaner, Asiaten, Flüchtlinge aus Hongkong, Afrikaner und Kanadier wollen in der Bundesrepublik arbeiten. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände meinte: 'Die Staaten stehen Schlange in Bonn.' "

Ende Juni 1962 befanden sich also annähernd 900 000 Ausländer in der Bundesrepublik - ohne die Stationierungsstreitkräfte mit ihren Angehörigen.

In Baden-Württemberg befanden sich im September 1961 211 500 Ausländer („Waiblinger Kreiszeitung" vom 30. 1. 1962). Im Großraum Stutttgart stieg die Zahl der Gastarbeiter bis Ende Juni 1962 auf 70 000 an („Stuttgarter Nachrichten" vom 26. 6. 1962). Somit waren zu diesem Zeitpunkt mehr als 10 Prozent der gesamten Gastarbeiter der Bundesrepublik im Großraum Stuttgart. Diese Ballung von einer solch hohen Zahl von Ausländern im Raume der schwäbischen Hauptstadt, der Hauptstadt eines deutschen Stammes, der ganz besonders seine Eigenart bis jetzt zu wahren wußte, gibt zu denken. Bekanntlich konnten die Alemannen (Schwaben) erst nach dem Blutbad von Cannstatt (einem jetzigen Vorort von Stuttgart) von den Franken ihrer Freiheit beraubt werden. In der

„Württembergischen Geschichte" von Karl Weller (Silberburg-Verlag, Stuttgart) heißt es auf Seite 30:

> „Da Lantfrits Bruder Theutbalt" (der Alemannenherzog) „sich nicht fügen wollte, rückte 746 der Sohn Karl Martells, Karlmann, der Bruder Pippins und Oheim Karls des Großen, in Alamannien ein und ließ die nach Cannstatt berufenen alamannischen Großen durch das fränkische Heer umstellen und niedermachen."

Trotz der fränkischen Unterjochung konnten die Alemannen jedoch ihre Eigenart bewahren. Wird den Schwaben nicht durch solch eine Ueberflutung mit so vielen Fremden nun ihre Eigenart genommen? Sind sich die maßgebenden Kreise dessen bewußt?

In den einzelnen Städten, nicht nur in den Großstädten, entstehen bereits sogenannte „Centren" für die einzelnen ausländischen Volksgruppen; es bilden sich auch innerhalb der Städte schon regelrechte Ausländerkolonien heraus. Um diese Tatsache besser zu veranschaulichen, seien kurz zwei Presseberichte aufgeführt:

Am 27. März 1961 war folgende Mitteilung in der „Stuttgarter Zeitung" zu lesen:

> „Die Tatsache, daß Stuttgart heute schon die Bevölkerung einer griechischen Kleinstadt beherbergt, nämlich über 3000 Griechen*, wurde am Samstag im Straßenbahnerwaldheim deutlich:... Dr. Meisel vom Landesarbeitsamt sprach über die Bedeutung der ausländischen Arbeitskräfte für die Wirtschaft des Landes. Zur Zeit seien rund 12 000 Griechen in Baden-Württemberg tätig. Man müsse jedoch damit rechnen, daß diese Zahl sich demnächst noch erheblich vergrößern und wahrscheinlich verdoppeln werde.."

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 30. Juni 1961 heißt es u. a. in dem Aufsatz „Das Centro Italiano bewährt sich":

> „Das Ristorante war in diesem Moment nur mäßig besetzt, trotzdem blieben den fünfzig oder sechzig Italienern die Spaghetti im Mund stecken, als der weißbärtige griechische Erzbischof den hellen Raum betrat...
>
> Wie der griechische Archiepiscopos kommen ständig mehr oder weniger prominente Leute ins Centro Italiano - Deutsche und Ausländer, Griechen, Spanier, Italiener, Konsuln, Sozialdirektoren, Vertreter der EWG aus Brüssel, Regierungskommissionen aus Rom und Bonn, italienfreundliche Pfarrer aus ganz Württemberg. Der Zweck jeder solchen Besichtigung ist derselbe: „Wir wollen jetzt in München, in Duisburg, in Frankfurt oder in Konstanz für unsere ausländischen Arbeiter ein ähnliches, wenn auch ein bescheideneres Haus schaffen. Was können Sie uns aus Ihrer sechsmonatigen Stuttgarter Erfahrung raten? Wird das Centro Italiano tatsächlich besucht und beansprucht?"
>
> Der Leiter zieht seine Aufzeichnungen hervor: Am letzten Wochenende hatte das Centro rund 850 Besucher im Kino; in diesen sechs Monaten waren es etwa 18 000...
>
> Oberbürgermeister Dr. Klett bezeichnete die zwanzigtausend Italiener als eine respektable Kleinstadt innerhalb der Stuttgarter Grenzen..."

Der Stuttgarter Hauptbahnhof war zeitweise so von Ausländern bevölkert, daß man sich direkt in südliche Gefilde versetzt glaubte.

Die derzeitige gute wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik veranlaßt nun viele ausländische Arbeiter, ihre Familien nachkommen zu lassen und so hier seßhaft zu werden. Zwei Presseberichte seien hier zur Erläuterung aufgeführt. In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 7. März 1961 heißt es:

---

*) Nach den „Stuttgarter Nachrichten" vom 11. September 1961 waren bereits 6000 Griechen in Stuttgart zu diesem Zeitpunkt beschäftigt. Dies bedeutet eine Zunahme von rund 100 Proz. innerhalb eines halben Jahres!

„Der baden-württembergische Arbeitsminister Schüttler würde es begrüßen, wenn besonders tüchtige ausländische Arbeitskräfte künftig auch ihre Familien in die Bundesrepublik mitbringen könnten, da dies zu einer Hebung ihrer Arbeitsmoral beitragen würde. Außerdem würden dadurch echte Dauerarbeitsverhältnisse zustandekommen, vorausgesetzt, daß für die Familien auch geeignete Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stünden. Schüttler begrüßt in einem Artikel im Mitteilungsblatt des Arbeitsministeriums aus beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten eine verstärkte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte."

Weiter war in der „Stuttgarter Zeitung" vom 27. April 1961 zu lesen:

**„Besorgter Ausblick**

Von der menschlichen Art der Italiener gelernt haben anscheinend bereits diejenigen deutschen Schulkinder, welche Kinder von italienischen Arbeitern als Klassenkameraden haben. Die Mitteilung machte Arbeitsamtsdirektor Dr. Uhlig in seinem sonst von Besorgnis erfüllten Ausblick für den Fall, daß die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik auf die Dauer anhalte und womöglich noch verstärkt werde. In diesem Fall könnten die Ausländer nicht von ihren Familien getrennt gehalten werden. Die Entwicklung sei in dieser Richtung schon jetzt weiter, als die Oeffentlichkeit ahne: die Invasion der Ausländerfamilien habe bereits begonnen. Dieser neuen Situation müßten die Verwaltungen das Verfahren zur Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung anpassen, denn schließlich seien wir es, die die ausländischen Arbeiter holten. Dr. Uhlig schilderte die mit dieser neuen Situation auftauchenden Probleme und erinnerte mahnend an die hohe Verantwortung, die sich an den einfachen Ruf knüpfe: „Wir brauchen ausländische Arbeiter!" "

Wenn man die Zeitungsüberschrift „Besorgter Ausblick" und die Worte des Arbeitsamtsdirektor liest, so fällt hier auf, daß der Blick in die Zukunft also durchaus nicht als erfreulich angesehen wird. Warum wird dann nicht von den hierfür verantwortlichen Stellen der Versuch gemacht, diese unerfreuliche Entwicklung aufzuhalten, bzw. rückgängig zu machen?

Der „Besorgte Ausblick" durch die Invasion der Ausländerfamilien wird noch ganz erheblich gesteigert, wenn wir folgende Meldung der „Deutschen Soldaten-Zeitung und National-Zeitung" vom 13. 7. 1962 lesen:

**„Die Schlange in Bonn**

Wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mitteilt, 'stehen die Staaten Schlange in Bonn', die ihren Bürgern Arbeitsmöglichkeiten in der Bundesrepublik, der es an Arbeitskräften außerordentlich mangelt, verschaffen möchten. Es handelt sich dabei um südeuropäische, südamerikanische, asiatische und afrikanische Staaten, sowie um Kanada. Tatsächlich scheint die einzige Lösung des Arbeitskräftebedarfs der bundesdeutschen Wirtschaft in der Heranziehung einer zusätzlichen Million ausländischer Arbeitswilliger zu liegen. Dann könnten auch qualifizierte deutsche Kräfte in für Ausländer ungeeignete Berufszweige umgeschult werden."

Und in den „Stuttgarter Nachrichten" vom 11. 1. 1962 war folgendes zu lesen:

**„Massenansturm auf griechische Arbeitsämter**

'Wir wollen Arbeit, wir wollen nach Deutschland', schrieen etwa 2000 griechische Arbeitslose, die dieser Tage das Arbeitsamt in der thessalischen Stadt Larissa belagerten, um eine Ausreisegenehmigung als Gastarbeiter in der Bundesrepublik zu erhalten..."

# Die Wohnraumfrage

In großen Teilen der Bundesrepublik herrscht nach wie vor ein erheblicher Wohnraummangel, obwohl sehr viele Wohnungen gebaut werden. Viele ausländischen Familien wohnen bereits in großen Wohnungen, manche Firmen haben für ihre ausländischen Arbeiter große normale Wohnhäuser erbaut. Der weitere Zustrom von ausländischen Arbeitskräften zwingt zu immer größeren Wohnungsbauvorhaben und damit gegebenenfalls zu einer weiteren Einstellung von ausländischen Arbeitern. Die weitere Einstellung und Anwerbung von ausländischen Arbeitern erhöht wiederum den Wohnraumbedarf usw. **Eine Schraube ohne Ende**, die in wenigen Jahren zu einer Ansiedlung von mehreren Millionen Ausländer in der räumlich sehr begrenzten Bundesrepublik führen kann und damit zu einer ungesunden Ausdehnung unserer Städte und Vernichtung wertvollen Ackerlandes. Daß die Ausländer bei uns festen Fuß fassen wollen, geht aus folgenden Meldungen hervor: Die „Stuttgarter Nachrichten" vom 26. 6. 1962 schreiben:

> „Etwa 80 Prozent aller Ausländer in Stuttgart sind privat oder in ordentlichen Wohnheimen, der Rest - vor allem Bauarbeiter - ist in einfachen Baracken und nur noch ein ganz geringer Teil in unzulänglichen Behausungen untergebracht... Mancher vorgebildete Arbeiter aus dem Ausland ist inzwischen in Stuttgarter Betrieben bereits zum Vorarbeiter aufgerückt. Die Hilfskräfte sind angelernt. Die Firmen wollen diese Arbeiter so lange wie möglich behalten, deshalb besorgen sie ihnen Wohnraum auch für die Familie. Tausende von Italienern, die auf diese Weise festen Fuß fassen, wollen gar nicht mehr nach Hause. Die Arbeitsverwaltung in Stuttgart macht sich bereits Gedanken darüber, wie die wertvollen Arbeitskräfte angesiedelt werden können. Die 'Bambini', die jetzt zum Teil schon in Stuttgarter Kindergärten und Schulen 'schwäbisch' lernen, sollen in absehbarer Zeit eine eigene Schule bekommen."

Ueber die Griechen heißt es in den „Stuttgarter Nachrichten" vom 2. 6. 1962:

> **„Sie kamen, um zu bleiben**
>
> Für die griechischen Arbeitnehmer, die in der Bundesrepublik beschäftigt sind, sei es besonders schwer zu verstehen, daß ihre Arbeitsverträge für einen befristeten Zeitraum gelten. Der Grieche wolle, wenn er in ein fremdes Land gehe, dort bleiben, und bemühe sich, sich den neuen Lebensbedingungen anzupassen und auch ein Glied dieses neuen Volkes zu werden. Das war die Meinung des Vizepräsidenten der Deutsch-Griechischen Gesellschaft, Dipl.-Volkswirt Demetrius K. Adamopoulus, der dieser Tage im Wannersaal über 'Die Beschäftigung griechischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik' eine wirtschaftssoziologische Betrachtung anstellte. Adamopoulus äußerte die Ansicht, daß man den Südländern, die hier beschäftigt sind, zurechnen müsse, daß sie mit ihrer ganzen Arbeitskraft für

die Wohlstandssteigerung der Bundesrepublik tätig seien, und daß es darum verständlich sei, daß man sie nicht einfach wieder abschieben könne, wenn sie hier ihre Aufgaben erfüllt hätten. Die Bedenken, die von der Seite mancher deutscher Arbeitnehmer geäußert würden, daß durch die Ausländer eine Ueberfremdung des deutschen Arbeitsmarktes beginne, wies er mit fundierten Zahlen zurück. Die Bundesrepublik beschäftige im Vergleich zu anderen europäischen Ländern besonders wenig Ausländer, und von diesen 2,8 Prozent sind 70 000 Griechen. In Baden-Württemberg arbeiten 20 000 Griechen. Adamopoulus versuchte den Gründen nachzugehen, weshalb die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Griechen sich trotz des unbestreitbaren Anpassungswillens der Griechen nicht so reibungslos gestalte, wie man ursprünglich hoffte, und kam zu verschiedenen Schlüssen. Als wichtigsten Hinderungsgrund sah er die Enttäuschung der Griechen über nicht gehaltene Versprechungen, weiter die mangelnde Bereitschaft der Deutschen, sich mit den Gastarbeitern anzufreunden, schließlich das besonders schwierige Problem der Freizeitgestaltung."

Für die Kinder der ausländischen Arbeiter müssen zusätzliche Schulklassen eingerichtet werden. In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 25. 5. 1962 heißt es über die Verhältnisse in Südbaden u. a.:

„Es wird an die Errichtung von Klassen gedacht, in denen jeweils Schüler einer Nationalität zusammengefaßt werden sollen. Die Teilnahme am Unterricht in den deutschen Volksschulen wird vielfach als 'Befehl' empfunden. Hinzu kommt, daß es die Kinder verhältnismäßig schwer haben, dem Unterricht zu folgen. Nach den Erfahrungen der Lehrer kommen in der Regel nur die intelligenten Kinder im ersten bis dritten Schuljahr mit....

Gegenwärtig besuchen in Südbaden nahezu 1000 ausländische Kinder aus 35 Nationen die Volksschulen, darunter 371 italienische Schüler. Die Zahl der im schulpflichtigen Alter befindlichen Kinder dürfte jedoch noch höher sein. Es wird angenommen, daß ein Teil der Gastarbeiter-Kinder nicht zur Schule geschickt wird, wozu die Eltern auch nicht verpflichtet werden können. Die gesetzliche Schulpflicht in Deutschland erstreckt sich nur auf die deutschen Kinder."

Wie wäre es, wenn man langsam, aber sicher eine rückläufige Bewegung einleiten und die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik von Monat zu Monat abnehmen würde? Würde da nicht Wohnraum frei und käme nicht die Bauwirtschaft wieder in normale Verhältnisse und würde die Arbeitsmoral nicht gehoben? In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 29. 6. 1962 ist folgendes über die Arbeitsmoral in der Bauwirtschaft zu lesen:

**„Arbeitsmoral 'beschämend'**

Den krassen Verfall der Arbeitsmoral in der Bauwirtschaft hat der Direktor der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft in Ludwigshafen, Wilhelm Schmidt, kritisiert. Schmidt erklärte, den Leistungsabfall in der Bauwirtschaft müsse man mit etwa 20 Prozent der gesamten produktiven Arbeitszeit bewerten. Für den Leistungsabfall sei nicht nur der krasse Verfall der Arbeitsmoral, sondern auch der Einsatz von ungelernten und ungeeigneten Kräften auf den Baustellen die Ursache.

Gerade auf dem Gebiet der Hebung der Arbeitsmoral und der Neuerwekkung des Gedankens der Qualitätsarbeit erwachse den Gewerkschaften eine große Verpflichtung."

Nach den Mitteilungen des Fachverbands Bau Württemberg EV vom 23. 11. 1961

waren z. B. im Juni 1961 von damals insgesamt 471 888 ausländischen Arbeitskräften im Baugewerbe 114 046 Arbeitskräfte (= 24,2 Prozent aller ausländischen Arbeitskräfte) beschäftigt.

Ist es zu verstehen, wenn die deutsche Bevölkerung, die selbst noch nicht genügend Wohnraum hat, nicht darüber erfreut ist, wenn ausländische Arbeiter in neu erstellte Wohnungen einziehen und ihr so den dringend benötigten Wohnraum wegnehmen?

Auf der anderen Seite sind manche Firmen bereits dazu übergegangen, von der Einstellung von Ausländern abzusehen, weil dadurch das Betriebsklima gestört wird.

Ueber englische Verhältnisse ist in den „Stuttgarter Nachrichten" v. 15. 6. 1962 folgendes zu lesen:

> **„Rassenschranken in der Fabrik**
>
> In einer Aluminiumfabrik in Banbury (England) haben die Arbeiter in einer Geheimabstimmung beschlossen, keine Farbigen in dem Betrieb zu dulden. Bereits im April hatten mehrere Arbeiter mit der Kündigung gedroht, als ein Pakistani eingestellt werden sollte. Jetzt waren 591 Arbeiter gegen die Aufnahme von Farbigen. 205 waren dafür, 900 enthielten sich der Stimme."

Warum läßt man die Dinge überhaupt so weit kommen?

---

## Die Verschiedenartigkeit der Lebensauffassungen von Deutschen und Ausländern

Die einzelnen Völker unterscheiden sich bekanntlich nicht nur in der äußeren Gestaltung ihres Lebens, sondern viel mehr noch durch die Verschiedenartigkeit ihrer Auffassungen vom Leben. Bevor hier nun einige besonders auffallende Unterschiede zwischen den Deutschen und den Mittelmeervölkern behandelt werden, sei auf einen Zeitungsbericht hingewiesen, der den sehr hohen Unterschied behandelt, der zwischen Nord- und Süditalienern - also den Angehörigen eines Staates - schon besteht. Die katholische Zeitung „Deutsches Volksblatt" brachte am 26. Mai 1961 einen Aufsatz mit der Ueberschrift „Rassen-Hochmut zwischen Nord- und Süditalien", in dem es u. a. heißt:

> „Die Norditaliener beklagen sich in erster Linie ..., daß sie bevölkerungsmäßig vom Süden unterwandert werden. Wie eine statistische Erhebung aufzeigt, gehen tatsächlich von hundert Süditalienern acht in die nördlichen Regionen. In Wirklichkeit sind es bedeutend mehr, denn viele armen Familien, die in Mittel- und Norditalien Arbeit suchen, leben in den Elendsvierteln der Städte, ohne als feste Einwohner registriert zu werden.

Allein in die Industriezentren Venetiens, der Lombardei, Piemonts und Liguriens sind in den letzten Jahren über zwei Millionen „ciffarielli" eingewandert, wie man nördlich des Po die süditalienischen Emigranten verächtlich zu nennen pflegt.

Mit dem „Nachweis" von acht, zehn oder gar noch mehr Kindern wird der zugewanderte Süditaliener vom Wohnungsamt natürlich rascher berücksichtigt als der Mailänder oder Turiner Arbeiter und kleine Angestellte mit nur zwei oder drei Kindern, was nicht wenig zu dem bösen Blut der Norditaliener gegen die olivenhäutigen „Eindringlinge" beiträgt.

Hat der Süditaliener erst einmal auf diese Weise „raummäßig" in einer der norditalienischen Industriemetropolen Fuß gefaßt, dann läßt er sofort in sein sizilianisches oder kalabresisches Heimatdorf schreiben - er selbst ist in den meisten Fällen Analphabet -, um weitere Angehörige seines zahlreichen Familienstammes zur „Emigration" nach dem Norden zu bewegen. Um dem ungeheuren süditalienischen Bevölkerungsdruck wenigstens ein kleines Notventil zu öffnen, sind viele süditalienische Bürgermeister dazu übergegangen, den Arbeitslosen ihrer Gemeinden die Fahrkarten nach dem Norden aus dem Gemeindesäckel zu bezahlen, jedoch unter der Bedingung, daß sie nicht mehr zurückkehren dürfen.

Die neuen süditalienischen „Kolonien" in den norditalienischen Provinzen leben fast immer streng getrennt von der einheimischen Bevölkerung; sie behalten auch, wie man hier im Norden behauptet, noch lange Zeit jene „echt süditalienischen Eigenschaften" wie Unsauberkeit, Disziplinlosigkeit, Mißtrauen und mangelnde Unterscheidungsfähigkeit zwischen mein und dein bei, was natürlich die tatsächlich oft an Rassen-Hochmut grenzenden Vorurteile der Norditaliener gegen die „ciffarielli" nur noch vermehrt. Leserbriefe an norditalienische Zeitungen, in welchen ganz offen „Ausrottung" und Sterilisation der Süditaliener verlangt werden, sind keine Seltenheit.

Die Süditaliener ihrerseits pochen auf ihre bessere „Lebensart" und sprechen verächtlich von den „seelenlosen und hartherzigen Arbeitsrobotern" der industriellen und reichen Nordprovinzen. Süditalien kann, wie jetzt immer mit gewissem Stolz herausgestellt wird, auch auf positive „Exporte" verweisen. Die Nobelpreisträger Pirandello, Deledda und Quasimodo, der Philospoh Benedetto Croce und manche andere seien ein Beweis dafür, daß die „unterentwickelten" Regionen des Südens auf geistigem Gebiet den hochnäsigen Norditalienern durchaus gleichrangig seien ..."

Wir sehen hier, die Norditaliener sind erbittert über die Unterwanderung durch die Süditaliener, die sie wegen ihrer andersartigen Eigenschaften ablehnen.

Betrachten wir nun einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen den Deutschen und den Ausländern aus dem Mittelmeerraum, und zwar den Unterschied hinsichtlich der Stellung der Frau im Leben des Volkes und der Familie. Im gesamten Mittelmeerraum (von Spanien, Italien, dem Balkan, Griechenland, der Türkei und den vorderasiatischen Gebieten bis nach Nordafrika) gilt praktisch die orientalische Auffassung von der Unterstellung der Frau unter die Herrschaft des Mannes als ihres Gebieters in der Ehe und damit von der Bedeutungslosigkeit der Frau im öffentlichen Leben, auch wenn jetzt z. B. in Spanien die Frau formell nach dem Gesetz gleichberechtigt sein soll. Die Frau hat ihrem Manne zu gehorchen und sich nur um die Familie zu kümmern. Der Orientale betrachtet praktisch die Frau als sein Eigentum, über das er entsprechend verfügen kann.

Im Gegensatz dazu steht die deutsche Auffassung von der Gleichwertigkeit der Frau; die Frau soll nicht Dienerin des Mannes sein, sondern seine gleichwertig neben ihm stehende Gefährtin.

Eng mit dieser unterschiedlichen Auffassung von der Stellung der Frau hängt auch die Auffassung über die Liebe zusammen. Viele Menschen glauben, daß das italienische Wort „amore" die gleiche Bedeutung hätte wie das deutsche Wort „Liebe". Ist das deutsche Wort „Liebe" schon großenteils sehr „verflacht", so hat das italienische Wort „amore" schon gar nichts mehr mit Liebe = der innigen Zuneigung zweier Menschen zu tun. In der „Waiblinger Kreiszeitung" vom 20. 6. 1961 war z. B. über dieses Thema folgendes zu lesen:

„... Freundschaft und Liebe werden oft genug verwechselt. Die ganz verschiedenartige Mentalität von Menschen macht vor allem einen Gleichklang der Herzen und ganz allgemein der Anschauung einfach unmöglich. In dieser Feststellung liegt keine Diffamierung unserer ausländischen Mitbürger, die mitunter durchaus andere Auffassungen von Moral und Sitte haben können, weil sie unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen aufgewachsen sind. Mit dieser Tatsache haben wir uns abzufinden und uns mit ihr auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung mit dem Problem erspart uns und den ausländischen Bürgern manche bittere Sorge. Daß die Ausländer vielfach als „eine Gefahr für unsere deutschen Mädchen" angesehen werden, ist ein offenes Geheimnis. Sie geben dazu ebensoviel Anlaß, wie wir selbst diese Gefahr überschätzen.

Unerfahrenheit und fehlende Menschenkenntnis, sowie ein verständlicher Stolz darauf, begehrt zu werden, läßt viele Mädchen alle Bedenken verlieren. Sie gehen oft genug auch eine Freundschaft mit dem ehrlichen Gedanken an eine spätere Ehe ein. Daß es auch andere „Fälle" genug gibt, ja sogar schon Schülerinnen versuchen, mit gut aussehenden Südländern „anzubändeln", wagen wir nicht zu bestreiten. Um so mehr ist es nötig, die ganze Problematik der Beziehungen darzustellen. Die Selbständigkeit der jungen Damen scheint sehr oft in die falsche Richtung abzugleiten. In erster Linie ist es Aufgabe der Eltern, den Mädchen klarzumachen, daß sie ihrem Ruf schaden und ihr Ansehen herabsetzen, wenn sie so billig zu haben sind. Es ist fraglos beschämend, wenn sich die jugendliche Weiblichkeit ausgerechnet die Lokale, in denen südländische Arbeiter verkehren, als Versammlungsplatz auswählt. Da stehen sie auch in Waiblingen vor den Fenstern, recken ihre schlanken Hälse und betreten, wenn auch meist noch mit verschämtem Blick und doch in bestimmter Absicht, das „Ristorante".

Seien wir ehrlich: welcher junger Mann widersteht solch zweideutigem, vielmehr eigentlich eindeutigem Auffordern. Es kommt zum Gespräch, recht melodisch wird das Wort „amore" in die Diskussion geworfen und schon ist manche „Freundschaft" besiegelt. Keine der jungen Hübschen weiß, daß man in Italien unter „amore" etwas ganz anderes versteht, als wir in Deutschland mit Liebe bezeichnen. „Amore" ist für die Italiener nicht mehr als ein einfacher Flirt. Die Enttäuschung ist nachher groß; wer vorher zur Ueberlegung auffordert, wird von den „Begehrten" noch ausgelacht.

Nun, solange es sich um eine „Schwärmerei" handelt, wäre jeder die heilsame Lehre eigentlich zu gönnen. Die Zahl der unehelichen Kinder aber verlangt gebieterisch, auf die gesetzlichen Bestimmungen in unseren südlichen Nachbarländern einzugehen. Die Rechtsauffassungen sind zum Teil so verschieden, daß vornehmlich die Eltern, aber auch jedes Mädel selbst, die „Folgen" sich vor Augen führen und ihr Verhalten danach einrichten müßten. Der Gesetzgeber hat keine Möglichkeit, in den moralisch-sittlichen Bereich des Einzelnen einzugreifen, hier liegt ausschließlich eine Erziehungsaufgabe der Elternschaft.

Nirgendwo ist die Mutter so sehr gesetzlich abgesichert wie gerade in Deutschland. In Italien, Spanien und Griechenland zum Beispiel ist der Ge-

setzgeber den Vätern gegenüber sehr großzügig. Klagen und Anerkennung der Vaterschaft hatten bis jetzt kaum Erfolg. Meist ist nichts zu holen, der Rat offizieller Stellen ist nicht sehr ermutigend. Im übrigen sollte niemand vergessen, daß die allermeisten bei uns arbeitenden Ausländer zuhause finanziell nicht sehr gut gestellt sind. Die völlig unterschiedlichen Auffassungen können für die Mutter sehr schmerzliche Erfahrungen nach sich ziehen. Ueberdies geht in fast allen südlichen Ländern das Elternrecht ausschließlich auf den Vater über. Das bedeutet, daß bei einer Reise von Mutter und Kind nach dem Lande des Vaters dieser das Kind bei sich behalten kann, ohne daß ein deutsches Gericht die Rückführung erzwingen könnte.

Ganz aussichtslos liegen die Fälle, wenn der Vater schon verheiratet ist. Staatsrecht und Kirchenrecht sind zum Beispiel in Italien und Spanien weitgehend identisch. Eine Störung der Ehe aber wird von der katholischen Kirche nicht gewünscht. Die meisten Klägerinnen würden also vergeblich auch nur auf eine Antwort warten. Das internationale Unterhaltsabkommen hat insoweit nach den bisherigen Erfahrungen nicht viel geändert. Sollte die Vaterschaft tatsächlich anerkannt worden sein, so bestimmt italienisches Recht zweifelsfrei, daß Vater und Mutter je nach Leistungsfähigkeit für den Unterhalt eines Kindes aufzukommen haben; zweifellos eine sehr dehnbare gesetzliche Bestimmung!..."

Wir sehen hier, die orientalische Auffassung von der Stellung der Frau hat ihren Niederschlag in der Gesetzgebung gefunden und das Wort „amore" bedeutet „Flirt" oder in ein deutsches Wort übersetzt: „Befriedigung der Sinnenlust" und letztere hat nun einmal mit Liebe nichts zu tun!

Gerade die Südländer verstehen diese ganz andersartige und nach außen hin sehr freie Stellung der deutschen Frau in den wenigsten Fällen, da in ihrer Heimat die Mädchen vor ihrer Heirat sehr scharf behütet werden. Wohl aus dieser für sie völlig unverständlichen Stellung der deutschen Frau und dem damit verbundenen Glauben, der durch das Verhalten einer zahlenmäßig geringen Zahl von entsprechend veranlagten Frauen und Mädchen genährt wird, die deutschen Frauen und Mädchen seien käuflich wie die Insassinnen der Bordelle im Süden, dürfte sich auch das teilweise geradezu schamlose Benehmen von Südländern gegenüber deutschen Frauen und Mädchen erklären - in ihrer Heimat dürften sie sich nicht so betragen! Anders läßt es sich z. B. kaum erklären, daß eine deutsche Frau, die mit zwei kleinen Kindern am hellichten Tag in einer belebten Straße in Stuttgart spazierenging, von einem Südländer zum Ehebruch aufgefordert wurde.

Solche Fälle von Belästigungen von Frauen durch Ausländer sind aber durchaus keine Einzelfälle, sondern ereignen sich viel öfter, als man annimmt. Der Polizei und der Presse werden solche „kleineren" Fälle meist nicht bekannt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch folgende Meldung der „Bild"-Zeitung vom 31. 5. 1961 mit der Ueberschrift: „Betriebsausflug: Nicht mit Italienern!". Es heißt in dieser Pressenachricht u. a.:

> „Die Italiener mußten beiseite stehen, als die Belegschaft eines Kaltwalzwerkes in Wuppertal-Barmen zum Betriebsausflug startete. Dafür hatte man die ausländischen „Kollegen" mit 15 DM als Trostpflaster abgefertigt.
>
> In einer Betriebsumfrage hatten 80 Prozent der 100 deutschen Arbeiter verlangt, die Italiener vom Betriebsausflug auszuschließen, obgleich sie Tag für Tag mit ihnen im Walzwerk schwer arbeiten.
>
> Der Grund der deutschen Arbeiter für die ablehnende Haltung:
>
> „Dann sind unsere Frauen nicht mehr sicher!"..."

Diese völlig verschiedenartige Auffassung von der Stellung der Frau kommt vielen deutschen Mädchen und Frauen erst dann richtig zum Bewußtsein, wenn sie sich mit einem Ausländer verheiratet oder sonstwie eingelassen haben. Manche blutig endende Tragödie einer solchen Ehe oder Verbindung hätte von vornherein vermieden werden können, wenn beide Teile die Verschiedenartigkeit ihrer Lebensauffassungen berücksichtigt hätten.

Hier sei auch auf das gleiche Problem hingewiesen, das in England besteht. Die „Neue Württembergische Zeitung" vom 8. August 1961 schreibt in einem Aufsatz „Unentbehrliche Einwanderer - oft unerwünscht" u. a.:

„John Williams, ein kaffeebrauner Sohn der Berge Jamaicas, steht wartend im frischen Seewind eines englischen Hafens. Seine Habseligkeiten trägt er in einem großen Seesack auf der Schulter. Mehr braucht er nicht. um in England ein neues Leben zu beginnen...

Ist England das Land, in dem Milch und Honig für ihn fließen werden? John erwartet das wohl selbst nicht so ganz. Doch der erste Eindruck könnte nicht besser sein: unser Freund braucht sich nicht in die Warteschlange zu reihen, die in allen britischen Häfen zur Paßkontrolle für Ausländer führt. Er ist Bürger des Commonwealth und als solcher nach britischem Gesetz automatisch Untertan ihrer Majestät der Königin. Niemand kann ihn an der Einreise hindern, und sei er noch so plan- und mittellos. Während nebenan die Ausländer forschend nach Zweck, Ziel und Dauer ihres Aufenthaltes befragt werden, legt John Williams nur seinen Paß vor und hört ein freundliches „welcome in Britain".

Er ist in seinem zweiten Zuhause, im Mutterland des ehemaligen Imperiums..

Die Zahl der Farbigen auf der Insel hat in letzter Zeit sprunghaft zugenommen und jetzt die 300 000 überschritten. Fast zwei Drittel sind Westindier, etwa 30 Prozent kommen aus Indien und Pakistan. Die Einwanderung aus Westindien stieg von 16 000 im Jahre 1959 auf fast 50 000 im Jahre 1960. Nach allen Anzeichen wird sie in diesem Jahr noch größer sein. Die Erklärung dafür ist einfach: Indien und Pakistan dämmen den Strom der Auswanderung durch strenge Paßausgabebestimmungen. Nur wer die englische Sprache beherrscht und eine erhebliche Summe hinterlegen oder verbürgen kann, die notfalls seine Rückreisekosten deckt, erhält die Ausreiseerlaubnis. Wenn man davon absieht, daß dieses System vor einigen Jahren in Indien zu einem blühenden Schwarzhandel mit gefälschten Pässen führte, die fleißig für die Einreise nach England benutzt wurden, hat sich diese bürokratische Drosselung des Bevölkerungsüberdrucks bewährt. Sie kam der britischen Regierung sehr gelegen, weil sie es vermeiden möchte, selbst Maßnahmen zu treffen, die das Prinzip der Freizügigkeit antasten und auch nur den Anschein einer Rassen- oder Nationalitätendiskrimierung erwecken könnten.

Man würde es in London gerne sehen, wenn auch für John Williams und seine Landsleute ein solches Ventil bestünde. Die westindischen Behörden aber sind anderer Meinung, und die wirtschaftlichen Tatsachen sind bisher auf ihrer Seite. England hat praktisch Vollbeschäftigung und einen ungesättigten Bedarf an ungelernten Arbeitern. Die Westindier sind in einigen Berufen gern gesehene und geradezu unentbehrlich gewordene Arbeitskräfte. Manche Industrien in Nord- und Mittelengland, die Eisenbahnen und anderen öffentlichen Verkehrsmittel, der Straßenbau, Krankenhäuser und Großküchen sind ohne farbiges Personal beinahe nicht mehr denkbar.

Die Abneigung des Engländers gegen „dienende" Berufe spielt dabei eine starke Rolle. „Wo wären die Briten heute", fragen die Westindier, „wenn

wir nicht die Arbeit machten, die ihnen zu schmutzig oder zu unangenehm ist?" und es gibt genug einsichtige Engländer, die das dankbar anerkennen. Die westindische Krankenschwester zum Beispiel - es sind inzwischen 5000 im ganzen Lande - gehören zu den besten ihres Berufes, besonders in den chronisch überfüllten psychiatrischen Abteilungen und Irrenanstalten, die es am schwersten haben, weibliches Personal zu bekommen.

Von dieser Anerkennung bis zur Assimilierung des Farbigen in menschlicher und sozialer Hinsicht ist es allerdings noch ein weiter Weg. Es gibt in England keine Verbotstafeln für Farbige, keine offene Diskriminierung. Aber eine unsichtbare Rassenschranke steht John Williams und seinen Landleuten gewöhnlich dann entgegen, wenn er direkt in die persönlichen Lebensbezirke der Inselbevölkerung einzudringen droht.

Am stärksten wird er das immer bei der Wohnungssuche spüren. Die englische „Landlady" sorgt gewöhnlich schnell dafür, daß dem farbigen Einwanderer die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Schätzungsweise 90 Prozent aller möblierten Zimmer sind ihm von vornherein verschlossen, und selbst dem hellhäutigen indischen Studenten kann es begegenen, daß er von Adresse zu Adresse läuft, um immer wieder ein höfliches bedauerndes „Sorry, an Farbige können wir nicht vermieten", zu hören.

Unser Freund John wird also in einem bereits von seinen Rassegenossen bewohnten, vielleicht stark übervölkerten Stadtteil Unterkunft suchen müssen. Hilfreiche Landsleute werden ihm für die erste Zeit eine Schlafstelle anbieten. Später tut er sich vielleicht mit anderen zusammen, um gemeinsam eine Wohnung zu mieten oder ein altes Haus zu kaufen, das keinen weißen Interessenten mehr findet. Es ist nicht Schuld der Farbigen, wenn die Verhältnisse in diesen überfüllten Unterkünften nicht immer musterhaft sind. Es spricht sogar sehr für sie, daß die Häufigkeit von Verbrechen und anderen Uebeln in diesen Bezirken bemerkenswert niedrig ist. Ein Westindier, der vor einiger Zeit in London verurteilt wurde, weil er zwei deutsche Mädchen zu „Call Girls" gemacht hatte, ist ein krasser Ausnahmefall.

Bisher ist es gelungen, diese Schwierigkeiten nicht zu einem nationalen Problem werden zu lassen. Der Farbige weiß auch gewöhnlich, wo er mit Feindseligkeit zu rechnen hat und geht Auseinandersetzungen aus dem Wege. Die vor zwei Jahren mit schweren Strafen geahndeten Ausschreitungen jugendlicher Rowdies gegen farbige Bewohner des Stadtteils Nottinghill haben sich nicht wiederholt.

Was aber würde geschehen, wenn eine Wirtschaftskrise kommen sollte? Würden die Farbigen dann nicht als erste arbeitslos werden? Und falls das nicht geschieht, würde der englische Arbeiter weiterhin an seinem Arbeitsplatz die Toleranz zeigen, die er bisher bewiesen hat? Sollte man nicht wenigstens verhindern, daß sich dieser potentielle Krisenherd durch weitere ungehemmte Einwanderung jeder Kontrolle entzieht? Dies sind Fragen, die in den Regierungsbüros von Whitehall immer wieder einiges Kopfzerbrechen verursachen."

Nach den „Stuttgarter Nachrichten" vom 12. Oktober 1961 kündigte die britische Regierung am 11. Oktober 1961 eine Kontrolle und Beschränkung der Einwanderung aus anderen Ländern des Commonwealth nach Großbritannien an. Es heißt in der Pressemitteilung u. a.:

„Großbritannien sah sich zu diesem Schritt durch den ständig anwachsenden Strom vor allem farbiger Einwanderer veranlaßt."

Müssen sich die deutschen Regierungsstellen nicht genauso Sorgen über eine ähnliche mögliche Entwicklung in der Bundesrepublik machen? Kann man das im letzten Absatz des Aufsatzes für England Gesagte nicht wörtlich auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik übertragen?

Bezeichnend ist ein Aufsatz der „Stuttgarter Nachrichten" vom 21. November 1961 mit der Ueberschrift: „Haltet Britannien weiß"!, der dieses englische Problem behandelt und in dem es u. a. heißt:

„Wie eine Flut, die alle Dämme zu brechen droht, ergießt sich seit Jahr und Tag ein immer mehr anschwellender Strom farbiger Einwanderer aus dem britischen Commonwealth über das Inselreich. Ganze Stadtteile in den Großstädten erhalten plötzlich das Aussehen und Fluidum exotischer Gemeinwesen, und je mehr sich die Schar der im wesentlichen ungelernten Arbeitskräfte mit ihren ausnahmslos großen Familien im äußeren Stadtbild breitmacht, desto häufiger kommt es zu heftigen Entladungen von Rassenhaß und Rassenkonflikten.

Wird Großbritannien zum Auffanglager für den Bevölkerungsüberschuß seiner Commonwealthländer? Bezahlt es für die Aufrechterhaltung der immer prekärer und lockerer werdenden Bande innerhalb der britischen Völkergemeinschaft den allzu hohen Preis völliger Ueberfremdung? Muß es bei Fortdauer der ungehinderten Einwanderung nicht an Uebervölkerung ersticken und damit gleichzeitig seine eigene Bevölkerung der totalen Rassenvermischung preisgeben?

All diese Fragen und Sorgen bewegen seit langem mehr als alle anderen Probleme das ganze englische Volk. Sie sind nicht verwerfliche Auswüchse von Unruhestiftern und Rassenfanatikern, sie sind das ernsteste Anliegen der um ihre Zukunft und Individualität besorgten Nation ... "

Weiter heißt es:

„Wenn die Pessimisten recht behalten, und die bisherigen Einwanderungszahlen deuten es an, werden allein in diesem Jahr 150 000 farbige Einwanderer auf die Inseln kommen, und der farbige Bevölkerungsanteil wird auf eine halbe Million Menschen ansteigen.

Nun ist es richtig, daß selbst diese hohe Zahl erst ein Prozent der britischen Gesamtbevölkerung ausmacht. Aber ebenso richtig ist die Feststellung, daß kein Land und erst recht keine übervölkerte Insel einen solchen Bevölkerungszuwachs verkraften kann. Vor allem dann nicht, wenn es sich um Menschen handelt, die aus völlig anderer Umwelt kommen, die nicht nur eine andere Hautfarbe haben, sondern auch andere Sitten und Gebräuche, deren Lebensstandard und deren Geschicklichkeit und Fachausbildung auf so viel niedrigerem Niveau stehen..."

Bezeichnend sind folgende Feststellungen:

„Die westindischen Inseln, die jetzt am schärfsten von den Einwanderungsbestimmungen betroffen werden und am lautesten gegen angebliche Diskriminierung schreien, verschließen ihre Tore sogar ihren Landsleuten von den Nachbarinseln..."

Und über die zunehmenden Rassenauseinandersetzungen heißt es:

„Da die bisherigen Konflikte, wie die Ausschreitungen im Londoner Stadtteil Notting Hill, in Birmingham, Liverpool und so weiter bewiesen, die unangenehme Tendenz der Zunahme haben und das ganze Problem erst recht zu einem des Rassenhasses und der Rassendiskriminierung werden lassen, blieb

der britischen Regierung offensichtlich gar kein anderer Ausweg. Schließlich ist die Regierung jedes Landes in allererster Linie zum Schutz der eigenen Bevölkerung da und erst in zweiter Linie zur Durchführung idealistischer Ziele, wie die konsequente 'Politik der offenen Tür' eines ist.

Das Einströmen von jährlich über 100 000 farbiger Menschen muß notwendigerweise zu Zusammenstößen und Konflikten führen, selbst wenn diese Menschen im Zeichen der Vollbeschäftigung als Arbeitskräfte mit offenen Armen aufgenommen werden..."

Wer ist letztlich an diesen Rassenauseinandersetzungen in Großbritannien schuld, diejenigen, die aufeinander einschlagen, oder diejenigen, die solche Zustände herbeigeführt haben?

Sind die Verhältnisse in der Bundesrepublik anders? Wird die Bundesrepublik nicht auch durch den ausländischen Zustrom noch mehr übervölkert genau wie England? Muß damit nicht gleichzeitig die eigene Bevölkerung der totalen Rassenvermischung preisgegeben werden, wie es oben im Beispiel England heißt?

Gelten für die Deutschen, die sich mit diesem Problem beschäftigen, nicht genauso die oben angeführten Worte in dem Aufsatz:

„All diese Fragen und Sorgen bewegen seit langem mehr als alle anderen Probleme das ganze englische Volk. Sie sind nicht verwerfliche Auswüchse von Unruhestiftern und Rassenfanatikern, sie sind das ernsteste Anliegen der um ihre Zukunft und Individualität besorgten Nation."

Was England recht ist, ist Deutschland billig!

Zum Schluß sei noch kurz darauf hingewiesen, daß z. B. der italienische Professor Gallo, Leiter des Sozialsekretariats des Patronato A.C.L.I. für Baden-Württemberg, bei einer Versammlung italienischer Arbeiter in Rommelshausen bei Stuttgart nicht für eine Völkervermischung eintrat. Die „Waiblinger Kreiszeitung" schreibt darüber:

„Weiter appellierte der Professor an seine Landsleute, sich eine Heirat mit Deutschen reichlich zu überlegen, denn selten würden die grundverschiedenen Charaktere zusammenpassen."
(„Waiblinger Kreiszeitung" vom 24. November 1961)

# Volkstumskämpfe auch in Deutschland

In den letzten Jahren sind sehr häufig in der Presse Berichte über Volkstums- und Rassenkämpfe in den USA und anderen Staaten zu lesen. Diese Rassenauseinandersetzungen werden dabei von der Presse scharf verurteilt. Genauso verurteilt wird nun aber auch zum Beispiel die Rassentrennungspolitik der Südafrikanischen Union, die eine Parallelentwicklung der Völker verfolgt und die dadurch Rassen- und Volkstumskämpfe möglichst verhindern will. Man kann ganz allgemein feststellen, daß es überall dort, wo Menschen der verschiedensten Völker eng beieinander wohnen, sehr leicht zu Volkstumskämpfen oder Rassenauseinandersetzungen kommt. Die Gründe dieser Auseinandersetzungen liegen eben in der Gegensätzlichkeit der Lebensauffassungen und der entsprechenden mangelnden Bereitschaft der Menschen, gegenseitig noch viel mehr Rücksicht auf den anderen zu nehmen als dies bei Menschen gleichen Volkstums schon notwendig ist.

Daß hier in der Bundesrepublik auch schon Volkstumskämpfe stattfinden, zeigen die entsprechenden Presseberichte, von denen einige herausgegriffen werden sollen. Nach der „Waiblinger Kreiszeitung" v. 16., 17. u. 20. März 1961 ereigneten sich in Ludwigsburg zwei schwere Schlägereien zwischen Deutschen und Italienern und eine noch schwerere Schlägerei zwischen Jugoslawen und Italienern, bei der es allein sechs Schwerverletzte gab. Nach den „Stuttgarter Nachrichten" vom 30. Mai 1961 kam es in Mannheim zu einer schweren Schlägerei zwischen Italienern und Deutschen, bei der fünf Menschen lebensgefährlich verletzt wurden; eine weitere „internationale" Schlägerei fand in Tübingen statt.

Selbstverständlich hat es seit jeher Schlägereien auch zwischen Deutschen gegeben, aber die Folgen waren normalerweise nicht so schwerwiegend. Der Anlaß für solche Volkstumskämpfe ist oft geringfügiger Natur; die Gründe liegen jedoch meist viel tiefer. Bei der Schlägerei zwischen den Jugoslawen und Italienern dürfte der Grund hauptsächlich in dem Volkstumsgegensatz zwischen diesen beiden Staaten liegen, der mindestens bis zum Jahre 1918 zurückreicht, als Italien große Gebietsteile im Großraum von Triest, die bis 1918 zur österreich-ungarischen Monarchie gehört hatten und von slawischen Volksgruppen besiedelt waren, sich aneignete und zu italianisieren versuchte.

Es ist zum Beispiel ja auch bekannt, daß sehr viele Spanier auf die Italiener direkt mit Verachtung herabsehen; der Grund für diese Tatsache ist in diesem Zusammenhang unerheblich, nur führt ein solches Verhalten sehr leicht auch zu Auseinandersetzungen.

Daß z. B. das Eindringen in deutsche Ehen durch Ausländer - manche deutsche Frau wird durch das „amore" geblendet und merkt dann meist zu spät, was sie sich selbst eingebrockt hat - und die Belästigung deutscher Mädchen und Frauen nicht gerade zum inneren Frieden beiträgt, ist ja wohl klar und braucht nicht weiter erläutert zu werden.

Der Fall einer Volkstumsauseinandersetzung zwischen Kroaten und Titoanhängern auf deutschem Boden, der scharfe Vorwürfe von jugoslawischer Seite gegen die deutschen Behörden auslöste, sei hier noch vermerkt: Am 25. November 1961 fand in der Liederhalle in Stuttgart eine kulturelle Veranstaltung der kroatischen Volkstanz- und Volksliedergruppe „Lado" aus Agram zum Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Jugoslawien (29. November 1945) für jugoslawische Gastarbeiter statt. Nach der Meldung der „Stuttgarter Nachrichten" vom 27. Novemeber 1961 hatten sich eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung „im Foyer der Liederhalle etwa hundert Emigranten vorwiegend kroatischer Herkunft zu einer antikommunistischer Demonstration versammelt. Als die etwa 400 jugoslawischen Gastarbeiter nach und nach eintrafen, kam es zunächst zu Wortwechseln und später zu Handgreiflichkeiten mit den Demonstranten, die Spruchbänder entrollt hatten." Bei dieser Demonstration verletzte der jugoslawische Gastarbeiter Trkulja, ein Fotograf und Bauhilfsarbeiter, einen Demonstranten durch einen Messerstich schwer. Die sofort herbeigerufene deutsche Polizei stellte in kurzer Zeit die Ruhe und Ordnung wieder her.

Der jugoslawische Generalkonsul erhob wegen dieses Zwischenfalls schwere Vorwürfe gegen die deutsche Polizei, weil sie den Zwischenfall nicht verhindert hätte. Mit Recht wies der baden-württembergische Innenminister solche Vorwürfe zurück, denn der Veranstalter selbst - also das jugoslawische Generalkonsulat - hätte durch entrsprechende Torkontrollen schon von vorn herein das Eindringen der Demonstranten verhindern können, was seine Aufgabe und nicht Aufgabe der deutschen Polizei war. Die „Stuttgarter Nachrichten" vom 28. November 1961 schrieben u. a. über eine Aeußerung des Innenministers Filbinger von Baden-Württemberg:

> „Filbinger bezeichnete den Tumult vom Samstag als einen ‚Mißbrauch der deutschen Gastfreundschaft' durch rivalisierende Ausländergruppen, aber ‚statt eines Bedauerns der jugoslawischen Autorität über diesen Vorfall, durch den Ruhe und Ordnung unserer Bevölkerung gestört worden sind, haben wir nur Vorwürfe erhalten'. Die Jugoslawen hätten anläßlich ihres Nationalfeiertags völlig unerwartet ‚Krawall statt Kultur' gemacht."

Soweit ist es also schon gekommen, daß ein ausländischer Generalkonsul eines Landes, mit dem die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen unterhält, deutschen Behörden Vorwürfe macht anstatt sich zu entschuldigen, wie es sich gehört hätte. Diese jugoslawische Anmaßung ereignete sich ungefähr 3 Wochen später, nachdem der ehemalige jugoslawische Partisan Vracaric, der am 30. September 1941 als Zivilist in Agram zusammen mit zwei anderen Zivilisten zwei deutsche Soldaten erschossen und einen weiteren Soldaten schwer verwundet hatte, auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Konstanz wegen dieses Mordes am 2. November 1961 in München festgenommen worden war. Auf die empörten Vorwürfe von Belgrader Seite gegen die Bundesrepublik war Vracaric wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte hier nach dem geltenden Recht und vollkommen in Uebereinstimmung mit den völkerrechtlichen Bestimmungen gehandelt.

Dieses Nachgeben Bonns im Falle Vracaric dürfte wohl die jugoslawische Handlungsweise in dem oben geschilderten Fall der Stuttgarter Demonstration mit beeinflußt haben.

Dieser Stuttgarter Fall gibt Anlaß zu einigem Nachdenken.

In Baden-Württemberg befanden sich zur Zeit des Vorfalls rund 6000 jugoslawische Gastarbeiter, also wohl mehr oder weniger „linientreue" Anhänger Titos. Jugoslawien ist aber ein kommunistisch regierter Staat! Warum stellt man in der Bundesrepublik Angehörige eines kommunistischen Staates - keine politisch ver-

folgten Personen! - als Arbeiter ein, wenn man auf der anderen Seite die kommunistische Unterwanderung und Agententätigkeit bekämpft? Die kommunistische Gefahr ist noch besonders in einem Abschnitt weiter hinten behandelt.

Weiter fragt man sich: Warum haben die deutschen Verwaltungsbehörden diesen jugoslawischen Messerstecher nicht schon wegen seines bisherigen Verhaltens - er ist nach Auskunft der Justizbehörden schon zweimal in Deutschland wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung sowie des Vertriebs unzüchtiger Darstellungen angezeigt gewesen - aus dem Bundesgebiet ausgewiesen? Der Dank für die Nichtausweisung ist dann eine weitere Straftat wie in diesem Falle! Was geschieht mit einem deutschen Staatsangehörigen, der sich im Ausland schlecht aufführt??

Ganz allgemein ist hier noch zu bemerken, daß zum großen Teil natürlich nicht die besten Arbeiter des Auslandes, nämlich die Facharbeiter, hierher in die Bundesrepublik kommen, denn die guten Arbeiter sind in ihrer jeweiligen Heimat ja gesuchte Kräfte - in Italien herrscht z. B. Facharbeitermangel -, sondern die Arbeiter, die keine Fachausbildung durchgemacht haben und die sich hier in der Bundesrepublik einen leichten und schnellen Verdienst versprechen. Gute Arbeiter bleiben im allgemeinen in ihrer Heimat und sind seßhaft veranlagt und gehen höchstens für kurze Zeit ins Ausland zur weiteren Ausbildung. Es ist ja bekannt, daß viele ausländischen Arbeiter kaum ihren Namen schreiben können und sich hier auch gar nicht bemühen, in dieser Hinsicht etwas zu lernen. Der geringe Bildungsstand dieser ausländischen Arbeiter ist also weniger auf mangelnde Gelegenheit als auf eine entsprechend niedrige geistige Stufe der Betreffenden zurückzuführen.

Schon allein bei der Betrachtung der Tatsache der Volkstumskämpfen auf deutschem Boden erhebt sich die Frage, ob es zweckmäßig ist, Ausländer in der Bundesrepublik zu beschäftigen und anzusiedeln. Warum verhindert man nicht von vornherein Volkstumskämpfe durch Auseinanderhalten der verschiedenartig veranlagten Völker?

---

## Die Kriminalität der Ausländer

Ist die Kriminalität bei den in der Bundesrepublik befindlichen Ausländern gleich oder höher als bei den Einheimischen? Der „Böblinger Bote" vom 22. 12. 1961 brachte folgende Mitteilung:

> **„Nicht straffälliger als Deutsche**
>
> Der Deutsche Caritasverband in Freiburg wies am Donnerstag darauf hin, daß die Straffälligkeit der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeiter keineswegs größer sei als die der deutschen Bevölkerung. Das gelte auch für Sittlichkeitsdelikte. Die von Außenstehenden geäußerte Vermutung, die Gastarbeiter seien für Straftaten besonders anfällig, sei unzutreffend."

In den „Stuttgartter Nachrichten" vom 11. 7. 1961 steht für den Bereich der Stadt Stuttgart in bezug auf die Kriminalität u. a. folgendes:

> „Greift man noch die Ausländer heraus, so ergibt sich bei ihnen, daß sie im Jahre 1960 7,1 Prozent der Straftaten in Stuttgart verübt haben..."

Da im Jahre 1960 der Anteil der Ausländer in Stuttgart an der Gesamtbevölkezahl gemessen erheblich geringer als im Sommer 1961 (Sommer 1961 ungefähr 5 Prozent) war, ergibt sich schon aus dieser Meldung ein erheblich höherer Anteil der Ausländer an Kriminaldelikten als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerungszahl entspricht.

In der Fachzeitschrift „Das Polizeiblatt für das Land Baden-Württemberg" (Kohlhammer-Verlag Stuttgart) ist im Maiheft 1962 in dem Aufsatz „Die Kriminalität der Ausländer in der Bundesrepublik" angegeben, daß nach der Statistik des Landeskriminalamtes von Baden-Württemberg in diesem Bundesland die Ausländer im Jahre 1961

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| bei Mord und Totschlag einschließlich des versuchten Mordes und Totschlages | von | 158 | Tätern | 19 | = 12 %, |
| bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung | von | 4625 | Tätern | 563 | = 12,2 % |
| bei Notzucht | von | 691 | Tätern | 121 | = 17,5 % |
| bei Raub und räuberischer Erpressung | von | 500 | Tätern | 81 | = 16,2 % |

stellten.

**Jeder 6. ermittelte Räuber und jeder 5.-6. ermittelte Notzuchtverbrecher war im Jahre 1961 in Baden-Württemberg ein Ausländer!**

Auf alle Straftaten (Verbrechen und Vergehen) umgerechnet ist in diesem Aufsatz für den ausländischen Bevölkerungsanteil für das Jahr 1960 eine 2,7 mal höhere und für das Jahr 1961 eine 2,6 mal höhere Kriminalitätsbelastung als für die deutsche Bevölkerung angegeben. Da in diesen Angaben die Straftaten der Stationierungsstreitkräfte, soweit sie der deutschen Polizei bekannt wurden, mitenthalten und bei der Errechnung der statistischen Angaben nicht alle Angaben bis ins letzte auf einen Nenner zu bringen sind und daher gewisse Fehlerquellen bestehen bleiben, ist in diesem Aufsatz noch das Straftatenverhältnis im Bereich einer Landespolizei-Abteilung aufgeführt, in der keine Stationierungsstreitkräfte sich befinden und in der sich in kleinerem Rahmen die Angaben in gewissem Sinne viel genauer feststellen lassen. Bei einem Bevölkerungsanteil der Ausländer von rund 3,8 Prozent in diesem Gebiet betrug 1961 der prozentuale Anteil der Ausländer an den Verbrechen und Vergehen 10,5 Prozent.

Woher kommt nun diese höhere Kriminalitätsziffer bei den ausländischen Arbeitern? Sollte man nicht annehmen, daß jeder, der in einem fremden Lande arbeitet, ganz besonders bemüht ist, nicht gegen die Gesetze des Gastlandes zu verstoßen? Auf diese Frage gibt es z. B. folgende Antwort:

Wohl werden die ausländischen Arbeiter in vielen Fällen durch die deutschen Werbestellen im Ausland vermittelt, aber diese Stellen sind ja auch auf die Mithilfe der örtlichen Behörden im Ausland angewiesen. Nach Mitteilung von Ausländern und nach der Aussage von Kennern dieser Länder kann ein Ausländer sehr schnell eine entsprechende „weiße Weste" für die Anwerbekommission bekommen, wenn er bei dem zuständigen Beamten in seiner Heimat etwas „nachhilft". Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen der Antragsteller können also auf völlig legalem Wege dunkle Existenzen in die Bundesrepublik kommen.

Außer diesem legalen Reiseweg gibt es aber noch verschiedene illegale Einreisemöglichkeiten, z. B. als Tourist getarnt oder als angeblich „Durchreisender" oder man betritt die Bundesrepublik über die sogenannte „grüne" Grenze und vermeidet so jede Paßkontrolle. Daß solche illegalen Einwanderer nicht gerade die besten sind, braucht auch nicht weiter erläutert zu werden, denn wer geht schon illegal über die Grenze, wenn er auf legale Art und Weise bequem zu seinem Ziele kommen kann? In einem besonderen Abschnitt soll noch etwas näher auf diese Frage eingegangen werden.

Durch das Verhalten der Ausländer ist es in einigen Gegenden bereits soweit gekommen, daß sich Frauen und Mädchen nach Einbruch der Dunkelheit scheuen, bestimmte Straßen zu begehen, da sie sich vor Belästigungen und Ueberfällen durch die ausländischen Arbeiter fürchten. Diese Furcht ist, wie wir vorne gesehen haben, durchaus nicht unbegründet.

Schon mehrfach kam es zu erheblichen Ausschreitungen von Ausländern an ihrem Arbeitsplatz, das beste Beispiel zeigt hier der wilde Griechenstreik in Ellwangen. Die „Stuttgarter Nachrichten" vom 22. April 1961 berichten darüber folgendes:

> „Nach einwöchigem wilden Streik haben rund 120 griechische Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma „Pertrix-Union" in Ellwangen die Arbeit wieder aufgenommen. Sieben Rädelsführer des Streiks wurden inzwischen nach Griechenland abgeschoben.
>
> Ein Sprecher des Verbands württemberg-badischer Metallindustrieller erklärte vor der Presse, die ungelernten griechischen Arbeiter hätten den gleichen Lohn verlangt, wie er den deutschen Facharbeitern bezahlt wird. Die Griechen würden jedoch nur für einfache Arbeiten verwendet. Sie erhielten dafür denselben Lohn wie deutsche Arbeiter bei der gleichen Tätigkeit. Ihr durchschnittlicher Stundenlohn liege zwischen 2 Mark und 2,15 Mark.
>
> Der Sprecher betonte, daß die Ellwanger Firma mit zusammen 1700 Beschäftigten nur die Griechen als ausländische Arbeitskräfte angeworben und für sie eine eigene kleine Wohnsiedlung gebaut habe. Ihre soziale Betreuung sei „über jeden Zweifel erhaben". Das Arbeitsverhältnis habe auch bei keinem der Vertragspartner zu Klagen geführt. Die Griechen seien von wenigen Rädelsführern beherrscht worden, die vor Tätlichkeiten und Drohungen nicht zurückschreckten. Der Druck sei teilweise so stark gewesen, daß viele der Arbeitswilligen nicht mehr gewagt hätten, in ihren Unterkünften zu übernachten. Es sei ihnen gedroht worden, sie würden „abgeschlachtet wie Ziegen".
>
> Wie unser Mitarbeiter hierzu noch feststellte, wurde der wilde Streik mit der Parole entfesselt: Die griechischen Arbeiter müßten in Deutschland „hungern". Der Grund für den Ausstand war subjektiver Art. Ein Teil der in Deutschland beschäftigten Ausländer gibt mehr Geld aus, als er verdient. Viele erliegen den Verlockungen des Warenangebots in den Geschäften sowie den Möglichkeiten des Ratenkaufs. Dadurch geraten sie in finanzielle Schwierigkeiten. Der Haupträdelsführer und seine Frau - sie hatten zusammen ein monatliches Nettoeinkommen von etwa 800 Mark - hatten stundenlang dazu gebraucht, die Gegenstände, die sie während ihres fünfmonatigen Aufenthalts in Deutschland eingekauft hatten, zu verpacken. Den sieben Rädelsführern wurde die Arbeitserlaubnis vom Arbeitsamt und die Aufenthaltsgenehmigung durch die Fremdenpolizei entzogen."

Was war der äußere Grund für diesen Streik nach diesem Pressebericht? Die Forderung, als ungelernte Arbeiter den gleichen Lohn zu erhalten wie ein gelernter Arbeiter! Ist das nicht reine Geldgier?

Eine weitere Pressemeldung („Neue Württembergische Zeitung") vom 12. August 1961 besagt folgendes:

**„Italienische Arbeiter randalierten**

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen italienischen Gastarbeitern und deutscher Polizei ist es am Mittwoch im Lichthof der Zeche „Hagenbeck" in Essen-West gekommen. Wie Polizei und Bergwerksleitung erst am Donnerstag mitteilten, wurden zwei Italiener fristlos entlassen und nach Italien ausgewiesen.

Nach Angaben der Bergwerksleitung hatten einige der zehn Italiener ihren vollen Lohn verlangt, obwohl sie innerhalb eines Monats insgesamt 60 Schichten „krankgefeiert" hatten oder unentschuldigt ihrem Arbeitsplatz ferngeblieben waren. Nachdem die Werksleitung der Gruppe klarzumachen versucht hatte, daß voller Lohn nur bei erfüllten Arbeitsstunden gezahlt werden könne, rotteten sich die Gastarbeiter zusammen und gingen mit Bierflaschen auf die Steiger los. Erst mit Hilfe der Polizei konnten die Südländer zur Ruhe gebracht werden.

Wie die Zechenleitung weiter mitteilte, werden die italienischen Gastarbeiter grundsätzlich genauso bezahlt wie die deutschen Kumpels. Die Unstimmigkeiten über Lohnfragen würden oft durch falsche Vorstellungen der Italiener verursacht. In Krankheitsfällen erwarteten sie teilweise nicht nur die Weiterzahlung des vollen Lohnes, sondern ein zusätzliches Krankengeld in Höhe von 90 Prozent des Grundlohnes."

Welche Terrormethoden z. B. im Ausland angewandt werden, zeigt ein Bericht der „Stuttgarter Nachrichten" vom 5. April 1961 über die Mafia, eine sizilianische Verbrecherorganisation. Nach diesem Bericht beträgt der Jahresumsatz dieser italienischen Verbrecherorganisation in den USA über 22 Milliarden Dollar = rund 90 Milliarden Deutsche Mark und übertrifft dabei sämtliche anderen Großunternehmen. Da die Führer (Bosse) der Mafia in den höchsten Wirtschaftsstellen sitzen, ist es der amerikanischen Polizei, die doch eine der bestausgerüsteten der Erde ist, noch nicht gelungen, die Verbrecherorganisation zu zerschlagen. Der Erfolg dieser Geheimorganisation beruht nach dem Bericht auf den Todesdrohungen, die bei unzuverlässigen Mitgliedern oder Abtrünnigen in die Tat umgesetzt werden. In dem Bericht ist die Geschichte der Mafia geschildert und ihr Gesetz, ein eiserner Kodex, angeführt,

„den man „omerta" nennt, was frei übersetzt soviel wie „Verschwörung des Schweigens" bedeutet und fünf Hauptgebote enthielt:

1. Einem bedrängten Bruder mußte auf jeden Fall zu Hilfe gekommen werden, und zwar sofort und ohne Rücksicht auf eine etwaige eigene Gefährdung.
2. Dem Rat oder Befehl eines älteren Bruders mußte unbedingt gefolgt werden.
3. Jede Kränkung oder Benachteiligung eines Bruders durch einen Außenstehenden mußte sofort gerächt werden.
4. Kein Bruder durfte jemals sein Recht bei der Polizei oder beim Gericht suchen.
5. Nie durfte das Bestehen der Bruderschaft der Polizei oder sonstwie Außenstehenden gegenüber zugegeben werden.

Jede Uebertretung dieser Bestimmungen hatte den sofortigen Tod zur Folge! . . ."

Ob und wieweit bereits die Mafia ihre Arme nach der Bundesrepublik ausgestreckt hat, bleibt dahingestellt; man vergesse in diesem Zusammenhang auch nicht die Mordanschläge der „Roten Hand", einer französischen Organisation, und von nordafrikanischen Terroristen im Bundesgebiet.

In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, wie z. B. die USA gegen ausländische Kriminelle vorgehen. Nach den „Stuttgarter Nachrichten" vom 21. März 1961 haben die USA bereits 400 kriminellen Schwerverbrechern italienischer Abstammung die US-Staatsbürgerschaft aberkannt und diese Personen nach Italien abgeschoben. Die Grundlage dieser Maßnahme ist eine Vereinbarung, die zwischen den USA und Italien unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg abgeschlossen wurde. Daß die Italiener über die „Heimkehr" dieser Personen nicht erfreut sind, ist selbstverständlich; die Gründe, die die Amerikaner zu dieser Maßnahme bewogen haben, sind aber genau so zu verstehen.

---

## Betrachten asoziale Ausländer die Bundesrepublik als ihr Asyl?

Wie schon im vorhergehenden Abschnitt kurz aufgeführt, kommen viele Ausländer illegal in die Bundesrepublik. Aus Ostblockländern kommende Ausländer geben bei ihrem illegalen Grenzübertritt oftmals politische Gründe für ihr Handeln an. In sehr vielen Fällen sind es durchaus keine politischen Gründe, sondern wirtschaftliche oder sonstwie „dunkle" Gründe. Wenn dann nach eingehender Prüfung im Ausländerlager in Nürnberg diese Ausländer als politische Flüchtlinge nicht anerkannt werden, verbleiben sie doch meist weiterhin im Bundesgebiet. Ganz allgemein kann ja wohl der Grundsatz gelten:

> Ein **politischer** Flüchtling ist **nicht kriminell**
> und ein **krimineller** Flüchtling **nicht politisch!**

Denn ein politischer Flüchtling ist froh über das Asyl, das ihm ein fremder Staat gewährt, und hält sich peinlich genau an die Gesetze seines Asylstaates. Gegen die Aufnahme von wirklich politisch verfolgten Flüchtlingen hat wohl kaum jemand etwas einzuwenden, wohl aber gegen die Aufnahme solcher Personen, die sich nur als politisch verfolgt ausgeben, es in Wirklichkeit aber gar nicht sind.

Die „Stuttgarter Nachrichten" berichteten am 10. Juni 1961 über die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik folgendes:

> **210 000 Ausländer in der Bundesrepublik**
>
> In der Bundesrepublik leben (ohne die ausländischen Arbeiter) rund 210 000 Ausländer, darunter 55 000 Polen, 30 000 Ungarn, 23 000 Jugoslawen, 20 000

Ukrainer, 12 000 Letten sowie Tschechen, Slowaken und andere Volksgruppen. Etwa 1000 heimatlose Ausländer erwerben jährlich die deutsche Staatsangehörigkeit."

Wieweit es sich bei diesen Personen um wirklich politische Flüchtlinge handelt, ist jeweils schon allein fast mit Sicherheit aus dem Vorhandensein oder Fehlen von Vorstrafen zu ersehen.

Daß heutzutage die Bundesrepublik von vielen Ausländern als das gelobte Land, in dem die D-Mark fließt, betrachtet wird, geht aus folgenden Meldungen hervor: Die „Stuttgarter Zeitung" schrieb am 20. Juli 1961 folgendes:

**„Razzia in Wohnheimen**

Ueber zwanzig Personen vorläufig festgenommen

In einem Wohnheim in der Adlerstraße wurde am Mittwoch um 5.30 Uhr von der Polizei eine Razzia abgehalten. Dabei wurden etwa fünfzehn Ausländer, vor allem Jordanier, die als angebliche Touristen nach Deutschland gekommen waren und hier illegal Arbeit gesucht hatten, sowie einige Deutsche, die keine gültigen Ausweispapiere besaßen, vorläufig festgenommen.

Bei einer weiteren Razzia in einem Wohnheim in der Leonhardstraße wurden ebenfalls etwa acht Personen aus den gleichen Gründen vorläufig festgenommen. Die Jordanier gehören zu einer größeren Gruppe, die vor kurzem mit Flugzeugen über München in die Bundesrepublik gekommen ist. Da die Arbeit in Deutschland für Ausländer von einer vor der Einreise eingeholten Erlaubnis der deutschen Behörden abhängt, müssen die Festgenommenen damit rechnen, daß sie wieder abgeschoben werden."

Ein neuer Beruf, und zwar der des „Menschenhändlers", ist bereits in der Bundesrepublik auch vorhanden. Die „Stuttgarter Nachrichten" vom 9. August 1961 bringen folgende Meldung:

**„Grenzschutz kontra „Schlepper"**

Mehrere Fälle von Menschenschmuggel in der Dreiländerecke

In der Dreiländerecke bei Basel-Lörrach haben die deutschen Grenzschutzbehörden in den letzten Tagen erneut mehrere „Schlepper" bei dem Versuch festgenommen, ausländische Arbeitskräfte, insbesondere Griechen und Italiener, illegal in die Bundesrepublik einzuschleusen. Die Schlepper machten sich die Unkenntnis oder die Notlage der Arbeitswilligen zunutze, die unter Umgehung der Paßbestimmungen gegen angemessene „Gebühren" über die Grenze gebracht werden sollten.

Wie der Leiter des Grenzschutzamtes Lörrach, Amtmann Schmidt, am Dienstag mitteilte, sind die Schlepper meist Landsleute der nach Deutschland geschmuggelten Ausländer. So wurde in Weil am Rhein ein Kraftwagen angehalten, in dem ein Grieche angeblich zwei junge Ehepaare zur Hochzeitsreise nach Deutschland bringen wollte. In Wirklichkeit waren es griechische Arbeitsuchende ohne gültige Papiere. Der Fahrer wurde festgenommen, weil er seinen Paß gefälscht hatte. In einem anderen Fall verständigte ein deutscher Taxifahrer im Grenzgebiet die Polizei, weil ihm sein griechischer Fahrgast mit einem dicken Dollarbündel verdächtig vorgekommen war. Später wurde der Grieche festgenommen. Er entpuppte sich ebenfalls als ein „Schlepper", der gute Geschäfte hinter sich hatte. Auch mehrere Italiener wurden gefaßt, die Landsleute entweder über die „grüne Grenze" oder mit gefälschten Ausweisen nach Deutschland schaffen wollten. Alle

diese „Schlepper" wurden verhaftet und in das Lörracher Gefängnis eingeliefert. Sie werden sich in Kürze wegen Paßfälschung oder Mithilfe zum illegalen Grenzübertritt gerichtlich verantworten müssen. Ihre Landsleute, die sich den Schleppern anvertraut hatten, wurden meist mit dem Paßvermerk „Zurückgewiesen" wieder über die Grenze abgeschoben.

Die Abwehr der illegalen Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik sei aus gesundheits- und sicherheitspolitischen Gründen dringend geboten, sagte Amtmann Schmidt. Ausländer, denen auf dem amtlich vorgeschriebenen Weg Arbeitsplätze in der Bundesrepublik vermittelt werden, könnten die Grenze ohne jede Schwierigkeiten passieren. Für die Vermittlung gebe es mehrere Wege, über die sich die ausländischen Arbeitsuchenden bei den deutschen Konsulaten oder den Vermittlungskommissionen der Bundesrepublik in Italien, Griechenland und Spanien orientieren könnten."

Diese „Menschenhändler" oder „Schlepper" wurden schon mehrfach in der Presse erwähnt und sie sind durchaus nicht nur an der Grenze zu finden.

Daß nicht nur Griechen den Menschenhandel verstehen, zeigt folgende Meldung der „Stuttgarter Nachrichten" vom 3. 4. 1962, in der es u. a. heißt:

**„Menschenschmuggel an Frankreichs Grenzen**

Spanier versuchen, illegal als Arbeitskräfte unterzukommen

Die saarländische Grenzpolizei und eine Zollstreife stießen in der Nacht zum 6. März auf einem für Kraftfahrzeuge gesperrten Waldweg bei Naßweiler, hart an der saarländisch-französischen Grenze, auf einen behutsam fahrenden Kleinbus. Als sie ihn stoppten, entstiegen ihm acht Marokkaner. Den Fahrer nahmen sie fest, die Marokkaner jagten sie über die Grenze zurück. Neugierig gemacht, postierten sie sich in der nächsten Nacht nochmals auf demselben Waldweg, und siehe, das Glück war ihnen wieder hold. Nichtsahnend rollte ein neuer Kleinbus heran, und wieder starrten acht Marokkaner furchtsam durch die Scheiben. Auch hier trat der Fahrer die Fahrt zum Untersuchungsgefängnis an, die Marokkaner mußten zu Fuß zur Grenze zurück. Als Grenzer und Zollbeamte dem Phänomen nachgingen, erfuhren sie, daß seit längerer Zeit an der grünen Grenze zwischen dem Saarland und Frankreich ein blühender Menschenschmuggel mit spanischen Arbeitskräften existiert. Mehr als 1000 Spanier und Marokkaner aus Spanisch-Marokko sollen auf diesen Schleichwegen nach Deutschland geschmuggelt worden sein, zu Firmen, die die neuen Arbeitskräfte sehnlichst erwarten..."

Die beiden Kraftfahrer, zwei Spanier, wurden vor Gericht gestellt.

Es heißt dann weiter:

„Dieser Menschenschmuggel, das kristallisierte sich während des Verfahrens heraus, ist straff organisiert. Deutsche Firmen, die dringend Fachkräfte benötigen, zumeist Bauhandwerker und Erdarbeiter, wenden sich an spanische Kontaktmänner oder entsenden selbst Vermittler nach Spanien... Sechs derartige Kraftfahrzeuge, mit denen die Südländer nach Deutschland geschmuggelt wurden, sind dem Zoll und der Polizei bereits bekannt, ihre Nummern jedem Polizisten geläufig. Wieviel aber unerkannt ihre Fracht nachts über die Grenze schaffen und abladen, kann man nur ahnen."

Daß Ausländer Hand in Hand mit einheimischen Kriminellen arbeiten, geht aus folgender Meldung der „Stuttgarter Nachrichten" hervor. Es heißt dort in der Ausgabe vom 5. August 1961:

„Vor Ziehern wird gewarnt

Das von gewissen Lokalen der Stuttgarter Innenstadt her bekannte „Zieherunwesen" hat sich nach Mitteilung der Kriminalpolizei seit einiger Zeit auch auf die Straßen der Innenstadt verlagert... Die Täter treten gruppenweise in wechselnder Zahl auf, halten besonders zur Nachtzeit männliche Passanten auf, indem sie dieselben freundschaftlich umarmen, mit ihnen zu tanzen versuchen oder sie hochleben lassen und dabei hochheben. Bei diesen vermeintlichen Freundschaftsbeweisen wird von einem der Täter die Brieftasche oder der Geldbeutel des Opfers „gezogen"... Mit ihrer Beute verschwinden die Täter dann so schnell, wie sie auftauchten. Bei den Tätern handelt es sich durchweg um jüngere Männer, zum Teil um Ausländer südländischer Herkunft."

Die Ausnützung der sozialen Einrichtungen der Bundesrepublik verstand auch ein Grieche meisterhaft. Nach einem Bericht der „Stuttgarter Nachrichten" vom 1. August 1961 reiste dieser Grieche Mitte September 1960 als Tourist ohne Einreisevisum nach Deutschland ein, sah sich dort nach Arbeit um und ließ sich untersuchen, „wie es die Vorschrift will". Dabei wurde offene Tuberkulose festgestellt und der Grieche in das Kreiskrankenhaus Leonberg eingewiesen. In dem Bericht heißt es dann:

„Anfang Juli 1961 lautete die ärztliche Diagnose: Geheilt und entlassungsfähig. Die Krankenhauskosten beliefen sich auf etwa 9000 Mark. Der geheilte Patient sagte den Aerzten und Pflegern aber keineswegs Valet, er behielt sein Zimmer bei. Obendrein erklärte er im Gespräch, er habe von Anfang an gewußt, daß er tuberkulosekrank war. Er sei ja gerade nach Deutschland gekommen, um sich heilen zu lassen."

Da der Grieche nicht freiwillig auf Aufforderung durch die Verwaltungsbehörde nach Griechenland zurückreiste, mußte er nach Erlaß eines Aufenthaltverbotes förmlich aus der Bundesrepublik abgeschoben werden. Der Schlußsatz des Berichtes lautet:

„Die Wohlfahrtszeche des vor Jahr und Tag eingereisten Touristen aus Saloniki bewegt sich in der Schlußbilanz um runde 10 000 Mark, die der westdeutsche Steuerzahler als freundlicher Gastgeber berappen muß."

So werden die guten sozialen Einrichtungen der Bundesrepublik durch asoziale ausländische Arbeiter mißbraucht.

Wohl nicht ohne Grund druckte die „Neue Württembergische Zeitung" vom 4. August 1961 folgenden Leserbrief ab:

„Die Fälle mehren sich, in denen Ausländer bei uns als Messerstecher und Schlagringspezialisten auftreten. Sicher erinnert sich noch jeder Göppinger der schrecklichen Zeit nach dem Kriege, als nachts auf der Straße kein Bürger seines Lebens sicher war. Ein damaliger Aufruf der Stadt besagte, daß jeder, der nach 22 Uhr auf die Straße geht, dies auf eigene Gefahr tue. Ich glaube nicht, daß wir uns heutzutage derartige Dinge gefallen lassen müssen. Gewisse Elemente haben das Vertrauen, das man ihnen anfangs entgegenbrachte, schwer mißbraucht. Leid tun mir nur die Anständigen, die dadurch zu leiden haben. Ich gebe zu, daß man sich eine Beleidigung nicht gerne gefallen läßt. Es muß aber nicht gleich zu Mitteln gegriffen werden, die mit Mord zusammenhängen. Und das ist Messerstecherei! Ich wüßte für solche „Helden" ein gutes Rezept: Nach harter Bestrafung abschieben dorthin, woher sie gekommen sind. Hoffentlich machen sich auch die zuständigen Behörden darüber Gedanken, bevor noch mehr Unheil geschieht."

Ja, die Zeiten sind noch in guter Erinnerung, als im Jahre 1945 und in den folgenden Jahren vornehmlich polnische Verbrecher unter dem Schutze der Besatzungsmächte die deutsche Bevölkerung in Angst und Schrecken hielten!

Wohl sind nach einem Pressebericht die Ausländerbehörden im Bundesgebiet angewiesen worden, ausländischen Arbeitnehmern, die unter Umgehung der paß- und sichtvermerksrechtlichen Bestimmungen in das Bundesgebiet zur Arbeitsaufnahme einreisen, keine Aufenthaltserlaubnis - die als Voraussetzung für die Arbeitserlaubnis dient - zu erteilen und diese Ausländer in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Die Durchführung dieser Maßnahme bereitet ganz erhebliche Schwierigkeiten, da solche illegal eingereisten Ausländer meist sehr „wanderlustig" und daher sehr schwer greifbar sind. Bei dem ganzen Problem der illegalen Einreise muß man sich eigentlich die Frage stellen: Welcher anständige ausländische Arbeiter hat es nötig, illegal in die Bundesrepublik zur Arbeitsaufnahme einzureisen und dabei seinen „Schleppern" erhebliche Geldbeträge zu bezahlen, wenn er auf legalem Wege viel billiger in das Bundesgebiet einreisen kann?

In der „Stuttgarter Zeitung" vom 18. 4. 1962 steht in dem Aufsatz „Arbeitslos - mittellos - obdachlos" ua. folgendes:

> „Auffällig ist die Zunahme der obdachlosen Ausländer. 'Es ist nicht zu übersehen', sagt die Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaften-Fürsorge in Bethel bei Bielefeld in ihrem letzten Rundschreiben, 'daß die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte auch ihre Schattenseiten hat.'.."

Ist es verständlich, wenn die deutsche Bevölkerung zum großen Teil die Ausländer nicht gerade mit offenen Armen empfängt? In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 21. 4. 1962 steht in dem Aufsatz „Auch die beste Betreuung bleibt ein Ersatz u. a. folgendes:

> „'Ueberall stehen sie herum, und man kann richtig Angst bekommen. Man hört ja gerade genug über sie, und ganz bestimmt nichts Gutes...' - solche Gespräche, voll von unvernünftigen Vorurteilen, voll Unverständnis und Ueberheblichkeit hört man immer wieder, wenn das Thema 'Ausländer in Stuttgart' erörtert wird... Ganz selten nur öffnen sich die Türen in die Familien, und noch seltener wird ein Privathaus für einen Ausländer zu einer Stätte, wo er echte Freundschaft und dauernde menschliche Wärme findet..."

In einem Leserbrief heißt es zu diesen Vorwürfen („Stuttgarter Nachrichten" vom 9. 5. 1962) u. a.:

> „Sollte man nicht, bevor man solche Vorwürfe erhebt, zuerst einmal zu ergründen versuchen, woher die ablehnende Haltung eines großen Teils der Bevölkerung kommt? Nur an einige Dinge soll hier erinnert werden: Leider ist es so, daß Frauen und Mädchen bei Tag und am Abend vornehmlich in der Innenstadt von Ausländern belästigt werden. Mit Ausnahme der ersten Besatzungsjahre waren die Stuttgarter Frauen und Mädchen keinen solchen Zudringlichkeiten ausgesetzt. Viele Stuttgarter sind der Ansicht, daß die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern bei uns durchaus nicht notwendig ist, sondern daß dadurch nur eine unnötig hohe Konjunktur eintrat. Sind die 'Vorurteile' der Stuttgarter Bürger also so 'unvernünftig' und ist die ablehnende Haltung 'voll Unverständnis und Ueberheblichkeit?' Warum lockt die Industrie die ausländischen Arbeiter aus ihrer gewohnten Umgebung fort? Wäre es da nicht vernünftiger, durch Errichtung von Zweigwerken im Ausland die Ausländer in ihrer Heimat zu beschäftigen? Ist es nicht besser, von vornherein alle Reibungspunkte soweit wie möglich gar nicht aufkommen zu lassen und entstandene Reibungsflächen wieder zu entfernen, als Rei-

bungsflächen entstehen zu lassen und dann 'Heilungsversuche' zu unternehmen? Vorbeugen ist besser als heilen."

Was ist zu erwarten, wenn das geplante europäische Niederlassungsabkommen, das die Freizügigkeit in bezug auf den Arbeitsplatz und die Wohnung bringen soll, voll in Kraft tritt? Wird dann die Bundesrepublik noch mehr von jenen dunklen Existenzen aufgesucht und verlagert sich die Zuwanderung der Süditaliener von Norditalien dann vornehmlich in die Bundesrepublik, jener Süditaliener, denen die Norditaliener nach dem vorne aufgeführten Bericht folgende Eigenschaften nachsagen:

> **„Unsauberkeit, Disziplinlosigkeit, Mißtrauen und mangelnde Unterscheidungsfähigkeit zwischen mein und dein"?**

Kann die Polizei, die gewiß nicht über einen Mangel an Arbeit klagen kann, dann noch die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten?

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 10. 7. 1962 steht über den Termin der geplanten Freizügkeit hinsichtlich des Niederlassungsrechtes folgendes:

> **„Freies EWG-Niederlassungsrecht ab 1. Januar 1964**
>
> **EWG-Kommission macht den Regierungen Auflagen**
>
> Die Brüsseler EWG-Kommission hat den 1. Januar 1964 als Termin zur Aufhebung aller Beschränkungen auf dem Gebiete des Niederlassungsrechtes und des Dienstleistungsverkehrs festgesetzt. Der Termin wird in einer Richtlinie genannt, die dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorgelegt wurde. Damit sollen alle Beschränkungen hinsichtlich der Einreise und des Aufenthaltes von Staatsangehörigen innerhalb der Gemeinschaft beseitigt werden. Bis zum 1. Januar 1964 müssen die Mitgliedsstaaten neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Einreise und den Aufenthalt in Kraft gesetzt haben, um alle Beschränkungen für die Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedsstaaten zu beseitigen. Diese neuen Bestimmungen bleiben auch nach Ablauf der Uebergangszeit gültig. Während der Uebergangszeit können sich die Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten jedoch nur insoweit auf diese Vorschriften berufen, als die Tätigkeit, deren Ausübung sie beabsichtigen, liberalisiert ist. Die einzelstaatlichen Vorschriften, die eine Sonderregelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigt sind, müssen bis Ende 1963 koordiniert werden."

---

# Die Gefahr der Ausbreitung ansteckender Krankheiten

In vielen Ländern ist die Ueberwachung der Bevölkerung in gesundheitspolizeilicher Hinsicht bei weitem nicht so fortgeschritten wie in Deutschland, so daß durch das Hereinströmen ausländischer Arbeiter sehr leicht Krankheiten verbreitet werden und Seuchen entstehen können.

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 1. 6. 1962 ist folgendes zu lesen:

> **„Viele Gastarbeiter Tbc-krank**
>
> Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Schmidt (Offenbach) hat scharfe Vorwürfe gegen Bundesgesundheitsministerin Schwarzhaupt erhoben. Es müsse dringend eine generelle Untersuchung aller Gastarbeiter eingeführt werden, die nach Deutschland kommen. In einer Anfrage habe er das Bundesgesundheitsministerium darauf hingewiesen, daß ein großer Prozentsatz der Italiener und Spanier, die in Deutschland arbeiten, an offener Tuberkulose leide."

Weiter steht in den „Stuttgarter Nachrichten" vom 5. 7. 1962:

> **„Röntgenuntersuchung für 'wilde' Gastarbeiter**
>
> Alle Gastarbeiter, die nicht durch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, sondern auf eigene Faust nach Baden-Württemberg kommen, um dort zu arbeiten, müssen sich künftig einer Röntgenuntersuchung unterziehen. Baden-Württemberg will, wie Innenminister Filbinger am Mittwoch vor der Landespressekonferenz erklärte, die Aufenthaltserlaubnis für Ausländer verschärfen, da zahlreiche Ausländer nicht den Voraussetzungen für einen Aufenthalt in der Bundesrepublik entsprächen. Wer in Zukunft ohne die Legitimationskarte in das Land einreise, müsse sich auf eigene Kosten untersuchen lassen. Sollte eine übertragbare Krankheit festgestellt werden, gebe es keine Arbeitserlaubnis..."

Doch nicht nur eine ganz erhebliche Zunahme von Tbc-Kranken ergibt diese Ausländereinwanderung in der Bundesrepublik, sondern auch hier völlig unbekannte Krankheiten wie der Aussatz können eingeschleppt werden. Im Kosmos Heft 4, April 1962, steht u. a. folgendes:

> **„Der Aussatz ist keine 'sterbende Krankheit'**
>
> Nach neueren Berichten nimmt die Zahl der Leprakranken in den südlichen Provinzen Italiens, vor allem in Catanzaro, Reggio, Calabria und Cosenza, in bedenklichem Maße zu. Von den Gesundheitsbehörden wurden 85 frische Erkrankungsfälle erfaßt; doch ist zu befürchten, daß die

Zahl der neu an Lepra Erkrankten weitaus größer ist. Manche der süditalienischen Ortschaften stellen regelrechte Infektionsherde dar, von denen aus die Erreger des Aussatzes (Mycobacterium leprae) durch Tröpfchen- und Schmutzinfektion, z. B. durch Fliegen, verschleppt werden. Das Heimtückische an der Lepra ist, daß von der Infektion bis zum Sichtbarwerden der Krankheit 4 - 10 Jahre vergehen..."

Daß die notwendige Isolierung nicht den ärztlichen Erfordernissen entspricht, geht aus folgenden Worten des „Kosmos" hervor:

„Wegen der Ausbreitung der Lepra in Süditalien haben die italienischen Aerzte zuverlässigere Maßnahmen zur Isolierung der Leprösen sowie die Schaffung neuer Leprosorien gefordert..."

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 15. 6. 1962 steht weiter folgendes:

„Mit einem anderen sanitären Mißstand befaßte sich in der Kammerdebatte über den Haushalt des Gesundheitsministeriums" (in Italien) „der christlich-demokratische Abgeordnete Salvatore Barberi. Er rügte, daß die Leprakranken, deren Zahl übrigens in leichtem Ansteigen sei, vielfach nicht ausreichend isoliert seien. Es bestehe daher die Gefahr, daß Gesunde angesteckt werden."

Da der Aussatz nach der Ansteckung erst nach 4 - 10 Jahren zum Vorschein kommt, kann diese Krankheit in Deutschland jetzt noch gar nicht erkannt und bekämpft werden.

Im übrigen sei hier noch erwähnt, daß ein großer Teil der hier in der Bundesrepublik arbeitenden italienischen Arbeiter gerade aus diesen süditalienischen Gebieten stammt.

Weitere nicht zu unterschätzende Gefahren drohen durch die Geschlechtskrankheiten. In südlichen Ländern ist es durchaus nichts Außergewöhnliches, wenn ein Mensch ein oder zwei Geschlechtskrankheiten hat oder gehabt hat. Es braucht wohl nicht weiter erwähnt werden, wieviel Unheil durch Geschlechtskrankheiten in den vergangenen Zeiten schon entstanden ist.

Seit Inkrafttreten der 2. Stufe des EWG-Vertrages im Januar 1962 benötigen nun die Angehörigen der EWG-Staaten (Italien, Frankreich, Belgien,Niederlande und Luxemburg) keine Einreiseerlaubnis mehr beim Betreten der Bundesrepublik zur Arbeitsaufnahme. Als es im Januar 1961 diese Erleichterungen noch nicht gab, wurden etwa 20 Süditaliener wegen fehlender Einreisepapiere an der Schweizer Grenze von der deutschen Grenzpolizei zurückgewiesen. Eine Basler Zeitung sprach dabei von einer „sturen Bürokratie an der deutschen Wirtschaftswundergrenze"! („Stuttgarter Nachrichten" vom 17. 1. 1961)

War das „sture Bürokratie" oder eine selbstverständliche gesundheitspolizeiliche Maßnahme der Regierung zum Schutze der deutschen Bevölkerung?

---

# Die kommunistische Gefahr

In der Bundesrepublik wird bekanntlich der Kommunismus sehr stark bekämpft. Häufig kann man in Presseberichten von der Tätigkeit von östlichen Agenten vornehmlich aus der Sowjetzone lesen. Die Anzahl der im Bundesgebiet tätigen Sowjetagenten wird auf rund 20 000 geschätzt.

Was haben nun aber die Sowjetagenten mit der Beschäftigung von ausländischen Arbeitern zu tun? Hierzu ist folgendes festzustellen: Bekanntlich ist die kommunistische Partei in den Mittelmeerländern sehr stark vorhanden, und zwar hat sie vornehmlich ihre Anhänger gerade in den Kreisen, aus denen die in Deutschland arbeitenden äusländischen Arbeiter herstammen. Es spielt hierbei keine Rolle, ob die kommunistische Partei eine erlaubte Partei wie in Italien oder verboten ist wie in Spanien. Durch das Vorhandensein von Hunderttausenden von ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik ist es der kommunistischen Zentrale sehr leicht möglich, hier im Bundesgebiet in aller Ruhe ein weit verzweigtes kommunistisches Netz aufzubauen, ohne daß die Polizei oder der Verfassungsschutz irgendwie dies verhindern können - es fehlt allein schon an Vertrauensleuten, die die verschiedenen fremden Sprachen sprechen. Ein solches Netz tritt nun aber nicht in normalen Zeiten in Tätigkeit, sondern erst in Krisenzeiten. Während innen- oder außenpolitischer Gefahrenzeiten ist es dann ohne weiteres möglich, daß die Regierung einem wohlorganisierten kommunistischen Sabotageapparat gegenübersteht, der in wenigen Tagen dann die Kräfte der Polizei und die gesamten größeren Versorgungseinrichtungen und -betriebe lahmlegen kann. Die Erkundung dieser Betriebe und Einrichtungen ist in vielen Fällen denkbar einfach, da die ausländischen Arbeiter ja großenteils auch in solchen Betrieben beschäftigt sind.

Wie entscheidend solche Sabotageunternehmungen in Gefahrenzeiten dann sein können, braucht wohl nicht näher erläutert zu werden.

Aber auch in reinen Friedenszeiten können Störaktionen durch ausländische Arbeiter sehr unangenehm werden, wenn z. B. plötzlich eine größere Anzahl ausländischer Arbeiter in einem Werk die Arbeit niederlegt. Hat solch ein Werk einen hohen Prozentsatz an ausländischen Arbeitern, so können durch einen Streik oder eine Kündigung durch die ausländischen Arbeiter die Lieferfristen für die Aufträge nicht mehr eingehalten werden und die Konkurrenz im Ausland freut sich. Außerdem werden dann die verbleibenden ausländischen Arbeiter die augenblickliche Mangellage auszunützen versuchen und entsprechende Lohnforderungen usw. stellen. Mit solchen Möglichkeiten muß man im „Wirtschaftskrieg" rechnen.

Die Möglichkeiten, Unruhe zu stiften, sind groß und brauchen durchaus nicht nur von kommunistischer Seite auszugehen. Die „Waiblinger Kreiszeitung" vom 30. August 1961 berichtete z. B. über Nordrhein-Westfalen:

„Der nordrhein-westfälische Innenminister Dufhues teilte am Dienstag in Bochum mit, daß sich seit dem 13. August eine verstärkte Agententätigkeit unter den ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik bemerkbar mache. Dufhues berichtete von Vorfällen in Bielefeld, Nörvenich und einer Stadt im Ruhrgebiet, bei denen die italienischen Arbeitern aufgehetzt worden seien, die Bundesrepublik so schnell wie möglich zu verlassen, da nach den Vorfällen in Berlin mit einem Krieg zu rechnen sei. In mehreren Fällen hätten darauf die italienischen Arbeiter die Arbeitsverträge gekündigt."

Dieselbe Zeitung berichtet am 2. 9. 1961 über Baden-Württemberg:

„Eine offensichtlich von östlicher Seite gesteuerte Panikmache unter den italienischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik ist in der Italienerkolonie Baden-Württembergs verpufft, wenn auch etwa 400 ängstliche Südländer den Parolen von einem drohenden Kriegsausbruch gefolgt und schnell nach Hause zurückgereist sind...

Außerdem zielten Nachrichten des Prager Staatsrundfunks für die Italiener in der Bundesrepublik darauf ab, Verwirrung und Panik auszulösen..."

Auch wenn in politisch unruhigen Zeiten, wie z. B. jetzt während der sogenannten Berlinkrise, die ja schon seit Jahren besteht, manche ausländischen Arbeiter aus Angst vor kriegerischen Verwicklungen - es ist gleichgültig, wodurch die Angst erzeugt wird - vorübergehend die Bundesrepublik verlassen, so werden wohl kaum die sowjetischen Agenten unter ihnen auch abreisen.

Solch ein plötzliches Verlassen des Arbeitsplatzes zeigt ja auch den Arbeitgebern, wieweit sie sich auf ihre ausländischen Arbeitskräfte verlassen können.

Daß bei einem kommunistischen Umsturz bekanntlich die Betriebsinhaber als erste mit ihren Angehörigen den Sabotagetrupps zum Opfer fallen dürften, ist ja aus der Geschichte zur Genüge bekannt.

Es ist eigentlich nicht zu verstehen, warum die gerade von dieser Seite drohende Gefahr von den meisten Menschen nicht erkannt wird. Die weit verbreitete Auffassung, daß die südländischen Kommunisten nicht so gefährlich seien wie deutsche oder russische Kommunisten, ist eine Meinung, die ganz gefährliche Folgen haben kann.

Wird in der Bundesrepublik der Kommunismus zur östlichen Tür hinausgeworfen, während er gleichzeitig durch die südliche Tür in beachtlicher Stärke unbehelligt einzieht?

Hier soll noch auf ein Beispiel aus unserem Nachbarland Frankreich hingewiesen werden. In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 19. Oktober 1961 stand auf der ersten Seite die große Ueberschrift:

**Die „Hand an Frankreichs Gurgel"**

20 000 Algerier auf Protestmarch durch Paris - Die FLN zeigt ihre Macht

In dem Bericht wird der Protestmarsch von 20 000 Algeriern in Paris beschrieben, die gegen die Regierung demonstrierten. Die gewiß nicht zimperlich veranlagte Pariser Polizei konnte nur mit großer Mühe unter Schußwaffengebrauch und durch Hinzuziehung von Verstärkungen die Lage meistern. In dem Bericht heißt es u.a.:

„Behörden und Kommentatoren sind sich darüber einig, daß die Führer der algerischen Nationalisten eine Generalprobe abgehalten haben. Nur den Algeriern des Vororts Nanterre wurde der Marschbefehl erteilt. Die Moslems aus den anderen Stadtteilen und Vororten hielten still. Was in Paris geschehen würde, wenn die 200 000 in Paris ansässigen Algerier zu einer

Massenaktion und zu Gewalttaten antreten würden, ist nicht abzusehen. Die Sicherheitskräfte sind viel zu schwach - Gendarmerie und kasernierte Polizei sind zum großen Teil in Algerien -, um sich gegen die Masse der Algerier durchzusetzen oder auch nur zu halten. Die FLN ist, wie frühere Beispiele zeigen, durchaus in der Lage, die lebenswichtigen Anlagen wie Elektrizitätswerke, Treibstofflager und Brücken zu sprengen und ein Chaos in Frankreich zu verursachen. Die rund 400 000 algerischen Arbeiter in Frankreich sind zum größten Teil fest in der Hand der Aufstandsleitung. Mit der Kundgebung vom Dienstag hat die FLN der französischen Regierung gezeigt, was geschehen kann, wenn sie nicht nachgibt...

Kaum jemand hat sich in Frankreich der Algerier angenommen. Nur die Kommunisten. So kommt es, daß die 400 000 Algerier in Frankreich heute eine doppelte Gefahr darstellen: Sie sind nicht nur das Expeditionskorps des arabischen Nationalismus in Europa, sie sind auch die Lanzenspitze des Kommunismus in Frankreich. Seit der relativ gemäßigte Apotheker Ferhat Abbas aus der Leitung der Exilregierung von Tunis verschwand, hat sich der kommunistische Einfluß auf die Algerier verstärkt. Es ist vorauszusehen, daß nun kommunistische und algerische Aktionen sorgfältig synchronisiert werden, von innen wie von außen. Noch nie ist Frankreich in solcher Gefahr gewesen wie heute."

Und in der „Stuttgarter Zeitung" vom 16. 11. 1961 war unter einem Bild aus dem Pariser Stadtteil Nanterre folgendes zu lesen:

„Auch das ist Paris - und zwar die Algeriersiedlung Nanterre. Hier herrscht das Gesetz der FLN. Hier machen die französischen Polizisten ihre Streifen nachts nur in Panzerwagen und tagsüber in Gruppen von mindestens 16 Mann. Unser Bild zeigt, in wie kümmerlichen Verhältnissen die Algerier dort leben."

Soll das, was der algerischen Freiheitsbewegung (FLN) in Paris möglich war, nicht auch den Kommunisten bei den ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik möglich sein?? Was dann??

# Der Ulmer Fall und das Beispiel Sizilien

In dem „Ulmer Tagblatt Ulmer Nachrichten" vom 21. 3. 1962 steht folgender Aufsatz „Italiener - Menschen zweiter Klasse?":

**„'Per italiani no entrata' - Für Italiener kein Eintritt. Das steht auf einem unübersehbar neben der Tür der Gastwirtschaft 'Pfauenstube' in der Pfauengasse angebrachten Schild. 'Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.' Das steht im Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes.**

Man soll nicht mit Kanonen nach Spatzen schießen und nicht gleich das Grundgesetz zitieren, wenn es ein Gastwirt darauf anlegt, möglichen Auseinandersetzungen mit italienischen Gastarbeitern aus dem Weg zu gehen - aber die Anbringung dieses Schildes, das immerhin ein Novum in der Geschichte der Ulmer Gastronomie darstellt, erschien uns doch interessant genug, um zu untersuchen, wie es zu solcher an die Hauswand genagelter Mißfallenskundgebung kommen kann. Um so mehr, als uns

keine der amtlichen oder sonstigen Dienststellen, die wir mit diesem Problem konfrontierten, sagen konnte, wie die 'Rechtslage' nun tatsächlich ist. Offenbar fehlt es an den gesetzlichen Bestimmungen und als Fazit unserer Erkundigungen blieb: das Schild hängt dort und behördlicherseits kann man nichts dagegen tun.

**Jeder hat das Recht...**

Es sagte der Leiter des Verkehrsbüros, Wilhelm Nieß: 'Die Frage ist schwierig zu beantworten. Ein Gasthaus ist zwar ein 'Haus des Gastes', aber jeder Gastwirt hat das Recht, Gäste abzulehnen, wenn er befürchtet, daß diese sich nicht dem Rahmen seines Hauses einpassen und er bemüht ist, einen ordentlichen Betrieb zu führen. Psychologisch freilich ist die Sache mit dem Schild entweder zu offenherzig oder zu plump. Er könnte ja auch seine Gäste einzeln wieder wegschicken, wenn sie sich ungebührlich aufführen.'

**Zuerst weggeschickt**

Es sagte die Wirtin der Pfauenstube: 'Zuerst habe ich italienische Gastarbeiter, die in meinem Lokal mit meinen Gästen Streit anfingen, weggeschickt. Dann sagten sie mir, daß ich gefälligst ein Schild an der Tür anbringen solle, wenn ich mit Italienern nichts zu tun haben will. Das habe ich dann getan. Seitdem ist Ruhe'.

**...kann man nicht genau sagen**

Es sagten der Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung und der Vertreter des Gewerbeamtes, Walter und Reinhard: Ob ein Gastwirt einen bestimmten Gästekreis vom Besuch seines Lokales ausschließen kann, kann man nicht so genau sagen. Er verfügt selbstverständlich über sein Hausrecht, und wenn er auf bestimmte Gäste verzichten will, so ist das seine Sache. Untersagen kann man ihm die Anbringung des Schildes jedenfalls nicht. Die Sache ist, juristisch gesehen, sehr verworren. Die Bundesbahn beispielsweise könnte niemanden abhalten, die Bahnhofswirtschaften zu betreten, aber ein normaler Gastwirt?

Vom Amtsgericht wurden wir an die Ortsbehörden verwiesen.

**Ständig steigender Unwille**

Es bleibt also die Frage, ob das Benehmen der italienischen Gastarbeiter tatsächlich die Anbringung eines derartigen, ihr Ansehen sehr herabsetzenden Schildes rechtfertigt. Und diese Frage muß allem Anschein nach, wie nicht zuletzt auch den Polizeiberichten zu entnehmen ist, mit ja beantwortet werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sich in weiten Kreisen der Bevölkerung ein ständig steigender Unwille über die Gepflogenheit vieler Italiener verbreitet, selbst geringfügige Streitigkeiten untereinander oder mit Deutschen mit dem Messer auszutragen. Tatsache aber ist auch, daß man sich vor allen Verallgemeinerungen hüten soll, sowohl was den Ruf der Italiener, die bei uns arbeiten, als auch, was die Anbringung derartiger Schilder angeht."

In der gleichen Zeitung steht auf derselben Seite in der Abhandlung „Niemand darf diskriminiert werden" u. a. folgendes:

**„Ueber das im obenstehenden Artikel erwähnte Plakat, das den italienischen Gastarbeitern das Betreten der Gaststätte verbietet, wurde gestern nachmittag in öffentlicher Sitzung des Verwaltungsausschusses gesprochen Oberbürgermeister Dr. h. c. Pfizer wies darauf hin, daß diese Angelegenheit eine rechtliche und eine politische Seite habe. Die Rechtslage müsse aber hinter dem politischen Aspekt zurückstehen."**

In dem „Ulmer Tagblatt Ulmer Nachrichten" vom 5. 4. 1962 steht über diesen Fall weiter folgendes:

„Der Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, Walter, erklärte uns gestern in diesem Zusammenhang, daß er sich zur Entfernung des Schildes genötigt sah, weil er von der Absicht einer größeren Gruppe italienischer Gastarbeiter erfahren hatte, die Pfauenstube anzugreifen. Dadurch war eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung gegeben, der er durch die Wegnahme des Schildes vorbeugen wollte...

Allerdings erklärte Amtsleiter Walter, habe man unabhängig von allen anderen Gründen schon im Hinblick auf die Verfassung die Pflicht gehabt, das Schild zu entfernen...

An der Pfauenstube wurde dieser Tage ein anderes Schild angebracht, das genau wie das erste Schild, allerdings in einer anderen Sprache anderen Ausländern das Betreten verbietet. Es lautet 'Off Limits'. Es verstößt genau genommen zwar auch gegen die Verfassung, ist aber dennoch legal..."

Interessant ist in diesem Zusammenhang, was in der „Stuttgarter Zeitung" vom 28. 3. 1962 über die Zustände in Sizilien zu lesen ist. Es steht dort in dem Aufsatz „Die unheimliche Welt der Mafia" u. a. folgendes:

„Der Prozeß von Messina, in dem vier greise Kapuzinermönche auf der Angeklagtenbank sitzen, geht um einen einzigen Toten, den Landbesitzer Cannada, der den Erpressern zehn Millionen Lire verweigerte und deshalb erschossen wurde; aber Cannadas, die der Mafia die Stirn bieten und dafür ins Jenseits geschickt werden, gibt es in Sizilien dutzendweise, während die Cannadas, die der Mafia brav ihre 'Lebensversicherung' entrichten und schweigen, in die Tausende gehen. Das ist auf der Apfelsineninsel so sehr an der Tagesordnung, daß man kaum noch Notiz davon nimmt... In der Tat sind die Kapuziner die ungewöhnlichsten Angeklagten, die wir jemals in einem italienischen Gerichtssaal sahen; aber sie haben 'nur' mit dem Tod eines einzigen Menschen zu tun, während man die Toten, die die Mafia in den Dörfern und Städten Siziliens sät, zu Hunderten zählt.

...Sizilien, das zu einem Staat gehört, der seine Wirtschaftswunder preist und hier unten nicht einmal imstande ist, seine Strafgefangenen vor der Ermordung zu schützen, erreichte in Nicoletti sein trauriges Symbol. Die Mafia ist so mächtig, daß sie ihr Gift und ihre Stricke durch die Gefängnisgitter schmuggelt ... Das ist das Sizilien anno 1962 - eine Insel, auf der das Recht unter der Willkür und Gewalt erstickt...

Wochenlang wird das Gericht darüber debattieren müssen, und es ist nicht sicher, ob es überhaupt jemals eine Antwort finden wird. Sicher ist nur, daß Sizilien unter dem harten Stiefel der Mafia stöhnt. Die Mafia ist in Politik und Wirtschaft, auf den Märkten und in den Fabriken, in den Bauernhöfen, den Schulen und Klöstern. Die vier Mönche sind fast romanhafte Figuren, aber wenn man nicht über sie hinausschaut, dann wird auch dieser Prozeß nutzlos sein. Giuliano treibt sich tausendfach herum, und dasselbe Klima herrscht, aus dem der Bandit in den ersten Nachkriegsjahren hervorgegangen war. Die Staatsmacht fehlt, alle bestätigen mir, daß die herrschenden Politiker der Insel an die Mafia gebunden oder einen Kompromiß mit ihr eingegangen seien. Neben einem Proletariat, das aus Hunger zu jeder Schandtat bereits ist, besteht noch immer der Feudalbesitz - eine Welt, in der, solange man sie nicht wandelt, niemand das Verbrechen der Mafia ausreißen wird."

# Deutsche nach den USA - Japaner nach Deutschland!

Am 25. Juli 1961 brachte der Süddeutsche Rundfunk in den Frühnachrichten folgende Meldung:

„Der amerikanische Senator Jacob Javits hat sich für die Aufnahme von Sowjetzonen-Flüchtlingen in die Vereinigten Staaten ausgesprochen. Javits schlug vor, daß Präsident Kennedy dem Kongreß einen Plan zur Einwanderung der Flüchtlinge vorlegen soll. Der republikanische Senator gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß die amerikanische Regierung die Probleme der Fluchtbewegung aus der Sowjetzone nicht richtig bewerte.

Im Westberliner Notaufnahmelager Marienfelde wurden gestern 1475 Flüchtlinge aus allen Teilen Mitteldeutschlands registriert."

Danach sollen also die aus der Sowjetzone geflüchteten Deutschen in den USA aufgenommen werden.

Wenige Wochen vorher war in der „Waiblinger Kreiszeitung" vom 29. Juni 1961 folgende Notiz zu lesen:

**„Blank: Japaner im deutschen Handwerk beschäftigen**
Bundesarbeitsminister Blank regte vor Handwerkern auf der westfälischen Wasserburg Räsfeld die Beschäftigung japanischer Arbeitskräfte in deutschen Handwerksbetrieben an. Er glaube, daß einige hunderttausend Japaner zu guten Bedingungen in der Bundesrepublik beschäftigt werden könnten, sagte der Minister. Er werde in wenigen Tagen mit dem japanischen Arbeitsminister bei dessen Besuch in Bonn darüber sprechen."

Der Besuch des japanischen Arbeitsministers fand am 6. Juli 1961 statt. Im „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 8. Juli 1961 steht darüber folgendes:

„Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung teilt mit: Am 6. Juli 1961 besuchte der japanische Arbeitsminister, Hirohide Ishida, in Begleitung des japanischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Katsushiro Narita, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordung, Theodor Blank, auf dessen Einladung. Gegenstand der Besprechungen waren gemeinsame Anliegen, die sich aus der Beschäftigung japanischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik ergeben. Schon seit Jahren befindet sich eine Gruppe von japanischen Bergarbeitern zu Ausbildungszwecken im Bundesgebiet. Dieses Programm soll nunmehr auf einer geänderten Grundlage erweitert werden. Darüber hinaus wurde in der Besprechung der beiden Minister die Frage geprüft, ob auch in anderen Wirtschaftszweigen von Industrie und Handwerk Möglichkeiten für eine Beschäftigung japanischer Arbeitskräfte bestehen. Die Besprechung wurde in einer betont herzlichen Atmosphäre geführt."

**Warum sollen Deutsche nach den USA und Japaner nach Deutschland?**

# Gastarbeiter aus Großbritannien und den USA und chinesisches Hotelpersonal - Tibetische Flüchtlinge in die Schweiz

Die „Neue Württembergische Zeitung" brachte am 27. 3. 1962 einen Aufsatz „Gastarbeiter aus Großbritannien", in dem es u. a. heißt:

„Fast in jedem Zug, der bei Kaldenkirchen, Herbesthal, Trier oder Kehl die deutsche Grenze passiert, befindet sich ein weißer oder farbiger Reisender mit einem britischen Paß und einer deutschen Arbeitsbewilligung, vielfach auch sogar schon mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche. Die Deutsche Botschaft in London, die im Jahre 1960 etwa 1000 Briten, die in der deutschen Bundesrepublik einen Arbeitsplatz suchten, behilflich war, die im vergangenen Jahr bereits die doppelte Anzahl von Bewerbern abfertigte, rechnet damit, daß sich in diesem Jahr die Ziffer der britischen Arbeitnehmer zumindest abermals verdoppeln, wenn nicht sogar verdreifachen wird. Selbst wenn sich auch nicht jeder Bewerber später tatsächlich in einen Eisenbahnzug setzt, um nach Deutschland zu reisen, so fahren dennoch im Augenblick täglich zehn britische Fremdarbeiter über den Aermelkanal...

In den Warteräumen der Deutschen Botschaft in London steht man Schlange, um Auskünfte oder Dokumente zu erlangen. Die im Vereinigten Königreich befindlichen deutschen Konsulate melden eine ähnliche Welle Arbeitsuchender. Niemand kann im Augenblick genau den Grund für das plötzliche Interesse britischer Arbeitnehmer oder der Arbeitsuchenden aus dem Commonwealth ersehen...

Kommt man in den Londoner Stadtteil Brixton, in dem vor allem viele Farbige leben, ist es kein Zufall mehr, wenn man in den kleinen Teestuben Inder, Pakistani und auch Afrikaner und Westindier findet, die Druckschriften und Prospekte über Deutschland studieren und über ihren Inhalt diskutieren. Eine völlig andere Schicht von Menschen, die zu Fremdarbeitern werden wollen, sind Engländer, Schotten, Iren und auch Farbige aus den beiden Industriegebieten Lancashire und Yorkshire, die bereits arbeitslos sind und für die der deutsche Arbeitsmarkt eine Rettung aus ihrer augenblicklichen Notlage bedeutet. Aus Liverpool, Manchester, Leeds, Rochdale, Sheffield kommen sie, wollen Frau und Kinder zurücklassen, um wieder zu verdienen. Nicht zu vergessen, daß es unter den Arbeitsuchenden auch Flüchtlinge gibt, so die Pakistani aus verschiedenen Städten Mittelenglands, die zu Opfern böser Revolten wurden. Man warf ihnen die Fensterscheiben ein, man bedrohte sie, überfiel sie auf offener Straße. Sie hoffen in Deutschland unbehelligt arbeiten zu können.

Im Augenblick sind es täglich zehn Fremdarbeiter, die nach Deutschland

einreisen. Sehen sie ihre Hoffnungen erfüllt, fühlen sie sich auf deutschem Boden wohl, werden sie begeisterte Briefe an ihre Verwandten, Freunde und Arbeitskollegen schreiben und damit könnte sich der Zustrom noch verstärken. Der Brenner wird eine Konkurrenz bekommen, da die freistehenden Arbeitsplätze dann mit Menschen gefüllt werden, die über den Aermelkanal kamen und verschiedene Werkskantinen werden in Zukunft nicht nur Spaghetti, sondern auch 'fish and chips', 'steak' und 'kidney pudding' zu servieren haben."

Die gleiche Zeitung führte am 28. 3. 1962 in dem Aufsatz „Gastarbeiter aus USA für die Bundesrepublik?" u. a. folgendes aus:

„Das amerikanische Nachrichtenmagazin 'Newsweek' veröffentlichte in seiner jüngsten Ausgabe einen Bericht, wonach westdeutsche Industrielle gegenwärtig in Gesprächen mit Industriellen in den USA die Frage prüfen, ob und in welchem Maße amerikanische Arbeitslose als Gastarbeiter in der Bundesrepublik Arbeit finden könnten. Wie es in dem Bericht heißt, würde damit beiden Partnern geholfen werden: Die USA könnten die Zahl der immer noch rund fünf Millionen Arbeitslosen verringern, die Wirtschaft der Bundesrepublik ihren Bedarf an Arbeitskräften befriedigen.

Sowohl beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als auch bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Köln wurde auf Anfrage erklärt, daß von offiziellen 'Fühlungnahmen' mit US-Industriellen zur Anwerbung amerikanischer Arbeitsloser für die Tätigkeit in der westdeutschen Wirtschaft nichts bekannt sei.

Es wurde jedoch betont, daß deutsche Arbeitgeberkreise grundsätzlich 'nicht abgeneigt' wären, amerikanische Arbeitslose einzustellen. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß von amerikanischen Betrieben oder anderen - staatlichen - Stellen die Kosten für die Ueberfahrt nach Europa und die Rückreise getragen würden. Ohne eine derartige Reisefinanzierung wäre die Anwerbung von Amerikanern zu kostspielig und daher nicht diskutabel.

Ein Sprecher der BDA wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung sich bereits mit dem Gedanken der Amerikaner-Anwerbung beschäftigt habe. Bisher seien alle derartigen Ueberlegungen jedoch an der Transportkostenfrage gescheitert.

'Wenn Amerikaner bei uns arbeiten wollen, sind sie herzlich willkommen', wurde in deutschen Arbeitgeberkreisen erklärt..."

Die Zeitung „Bild am Sonntag" schrieb am 13. 5. 1962 folgendes:

**„Küchenhilfe aus Hongkong**

Bad Godesberg, 13. Mai

Der Hotel- und Gaststättenverband will die Personalnot der deutschen Hotels mit einer drastischen Lösung beenden: Noch bis zum Beginn der Sommersaison werden rund 3500 Chinesen aus der britischen Kronkolonie Hongkong in die Bundesrepublik 'importiert'!

Verbands-Geschäftsführer Dr. Senf sen. lüftete erstmals den Schleier der Geheimhaltung, mit dem er diese Aktion bisher umgeben hatte: 'Die Verhandlungen mit Hongkong laufen auf Hochtouren. Wir hoffen, daß der 'Import' in den nächsten Wochen beginnen kann.'

Vorerst soll nur Küchenpersonal angefordert werden - zunächst höchstens 3500 Mann, mit denen man Erfahrungen sammeln will. Geht es gut, sollen später Kellner, Hausdiener und Zimmermädchen folgen.

'Dieses Angebot aus Hongkong flatterte uns in höchster Not auf den Tisch', sagen die Hoteliers. Und sie beugen vor: 'Wir holen die Chinesen nicht als Ausstellungsstücke, sondern als hervorragende Fachkräfte.' "

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß gerade im Frühjahr 1962 eine vermutlich von rotchinesischer Seite gesteuerte Ueberflutung von Hongkong mit chinesischen Flüchtlingen eingesetzt hatte.

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, daß in der Schweiz bereits tibetische Flüchtlinge angesiedelt werden. Die „Stuttgarter Zeitung" vom 2. 3. 1962 berichtet darüber u. a.:

„Später, im Oktober 1961, flog mit 22 tibetischer Flüchtlingen an Bord ein Flugzeug aus Kathmandu in die Schweiz...

Inzwischen ist diesen 22 Leuten in Waldstatt unweit der Ortschaft Herisau im Kanton Appenzell ein altes, eigens für sie umgebautes Hotel als endgültige Heimstätte zugewiesen worden. Waldstatt, ein Dorf, das kaum 1500 Einwohner zählt, ist damit die erste Gemeinde Europas, die das humanitäre Wagnis unternimmt, einer Gruppe ostasiatischer Flüchtlinge Dauerasyl zu gewähren. Bei ihrem Einzug am 15. Februar 1962 hat der Gemeindepräsident die Tibeter feierlich als 'liebe neue und gleichberechtigte Einwohner' begrüßt.

Weniger Klarheit herrscht gegenwärtig noch über die Tragweite der vielfältigen menschlichen Probleme, die mit der Umsiedlung tibetischer Flüchtlinge nach Europa zwangsläufig verbunden sind. Vielleicht am schwierigsten wird auf die Dauer der Wunsch zu erfüllen sein, den Flüchtlingen ihre völkische Eigenart und damit auch die lamaistische Religion zu erhalten, obwohl ihnen ein eigens dafür durch den Dalai Lama ausgesuchter Priester mitgegeben worden ist. Die äußerliche Anpassung an ihre neuen Lebensverhältnisse dürfte mit der Zeit auch die innerliche Anpassung oder aber bald ein Uebermaß an seelischen Konflikten selbst dann nach sich ziehen, wenn heftige Bekehrungsanstrengungen der christlichen Umwelt unterbleiben würden. Vorläufig allerdings beschränken sich die engeren Kontakte der Tibeter mit der Umwelt mangels Sprachkenntnissen noch auf ein beiderseitiges freundliches Lächeln und Grüßen. Verzichten müssen die Frauen unter ihnen nur auf die in ihrer alten Heimat noch gebräuchliche Vielmännerei.

'Wir sind', sagte mir dieser Tage der Vorsitzende des Vereins für tibetische Heimstätten in der Schweiz, Dr. R. Schatz, 'schon heute völlig davon überzeugt, daß unser Ansiedlungsversuch in Waldstatt positiv verlaufen wird.' Durchaus 'wohlwollend', aber noch nicht gleichermaßen zuversichtlich steht dem Experiment die schweizerische Bundesregierung gegenüber. Der Antrag eines Nationalratsabgeordneten, der ihr kürzlich vorgeschlagen hatte, in verschiedenen seit Jahr und Tag von der Entvölkerung bedrohten Hochtälern der Schweizer Alpen - beispielsweise in Graubünden und im Tessin - ganze Dorfgemeinschaften tibetischer Flüchtlinge anzusiedeln, wurde mit dem Hinweis als vorläufig unausführbar abgelehnt, man müsse zunächst das Ergebnis des Versuchs von Waldstatt abwarten..."

Weiter steht in der gleichen Zeitung unter der Ueberschrift „250 tibetische Kinder nach der Schweiz" u. a. folgendes:

„Der schweizerische Industrielle Charles Ashman hat mit dem in Darjeeling im Exil lebenden Dalai Lama vereinbart, weitere 250 tibetische Kinder zur Ausbildung nach der Schweiz zu schicken... 40 tibetische Kinder halten sich bereits zu ihrer Schul- und Berufsausbildung in der Schweiz auf und sind in verschiedenen Heimen untergebracht worden."

In einem Aufsatz „Tibeter suchen eine neue Bergheimat" in den „Stuttgarter Nachrichten" vom 23. 3. 1962 ist u. a. folgendes zu diesem Problem zu lesen:

„... Der Rundfunk brachte Aufrufe. Schweizer Familien erboten sich, tibetische Kinder bei sich aufzunehmen. Kleider und Geld wurden gesammelt. Bis jetzt kam etwa ein Million Franken zusammen. Mit der Hereinnahme von Tibetern in unsere Gemeinschaft, die Schweizer Familie, haben wir nur einen ersten Schritt getan', sagte Tibetfreund Schatz. 'Wir wollen insgesamt etwa 300 Männer, Frauen und Kinder hier ansiedeln. Am schönsten wäre es, wenn ein kleines Dorf angelegt werden könnte. Doch dazu wird es wohl kaum kommen...'

Manche Schweizer sprechen bereits von einer gesunden 'Blutauffrischung' in den Bergtälern von Appenzell, die in den letzten Jahren einen großen Teil ihrer Bevölkerung an die Städte verloren haben. Vielleicht, so meimen andere, könnte hoch droben in den Schweizer Alpen einmal ein Lama-Kloster entstehen oder gar eines Tages ein schweizerisch-tibetisches Baby geboren werden."

Warum verpflanzt man tibetische Flüchtlinge in eine ihnen völlig fremde Umgebung? Erweist man ihnen damit einen Gefallen? Könnte man ihnen nicht auch anders helfen?

## Ein Vorschlag

Hier soll noch ein Vorschlag aufgeführt werden, der bereits vor einiger Zeit von berufener Seite zur Lösung des ganzen Ausländerproblems gemacht wurde. Der Vorschlag besagt, daß das ganze Problem der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik sofort gelöst sei, wenn dem deutschen Arbeiter gestattet würde, an Samstagen „steuerfrei" zu arbeiten. Zu diesem Vorschlag ist folgendes festzustellen:

1) Durch die „steuerfreie" Arbeit an Samstagen verliert der Staat an sich Steuergelder. Wie hoch ist der Ausfall? Der Ausfall an Steuereinnahmen ist jedoch nicht sehr hoch, da ein sehr großer Teil der ausländischen Arbeiter sich jeweils die ganze bezahlte Lohnsteuer wieder auszahlen läßt. Wohl kein deutsches Gesetz und keine deutsche Verordnung wird so genau gekannt und „befolgt" von den ausländischen Arbeitern wie gerade die deutschen Steuergesetze, wenn es um die Rückzahlung der gezahlten Lohnsteuer geht. Nach mehr als sechsmonatigem Aufenthalt in der Bundesrepublik wird dem ausländischen Arbeiter Lohnsteuerrückzahlung auf Antrag gewährt. Es ist ja bekannt, daß gegen Ende des Jahres jeweils die Finanzämter Hochbetrieb in bezug auf die Auszahlung der Lohnsteuer an heimkehrende Ausländer haben. Nach Beginn des neuen Jahres kehren dann sehr viele von den heimgekehrten Ausländern wieder in die Bundesrepublik zurück und das Spiel wiederholt sich wieder am Ende des Jahres. Der Steuerausfall kann also bei einem „steuerfreien" Arbeiten an Samstagen im Enderfolg gar nicht sehr hoch sein.

   Daß die Wirtschaft den Ausfall, der durch die Abreise der ausländischen Arbeiter entstehen würde, jederzeit zu decken in der Lage wäre, geht aus dem Beispiel Berlin hervor. In der „Stuttgarter Zeitung" vom 24. August 1961 steht folgendes:

   „Das Deutsche Industrieinstitut in Köln schätzte am Mittwoch die Zahl der Ostberliner „Grenzgänger", die noch vor der völligen Abschnürung Ost-

berlins nach Westberlin flüchten konnten, auf etwa 10 000. Mit den in Ostberlin verbleibenden 40 000 Grenzgängern, die früher in Westberlin arbeiteten, verliere die Westberliner Wirtschaft also nur etwa 4 Prozent ihrer Beschäftigten. Dieser Ausfall könne durch Mehrarbeit der Westberliner Wirtschaft ausgeglichen und die Lieferfristen könnten damit eingehalten werden. Allerdings hat der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin erklärt, daß er nicht willens sei, das generelle Verbot von Ueberstunden wegen der ausgebliebenen Grenzgänger aus Ostberlin und den Zonenrandgebieten „aufzuweichen"."

Wenn also ein vierprozentiger Arbeitskräfteausfall in Berlin nach diesem Pressebericht jederzeit durch Mehrarbeit zu decken ist, warum sollte dann ein solcher Arbeitskräfteausfall bei einer Heimreise der ausländischen Arbeiter in den von ausländischen Arbeitskräften stark besuchten Teilen der Bundesrepublik nicht auch gedeckt werden - in dem stark industriealisierten Land Baden-Württemberg betrug Ende Mai 1961 der prozentuale Anteil der ausländischen Arbeitskräfte 4,5 Prozent! Warum will die Gewerkschaft verbieten, Mehrarbeit zu leisten? Ist das nicht ein Eingriff in das persönliche Leben eines Menschen? Warum soll ein Arbeitnehmer nicht freiwillig mehr arbeiten dürfen als 40 oder 45 Stunden in der Woche?

2) Die Gefahr der Volkstumkämpfe wird ganz von selbst aufhören, denn die Voraussetzungen für die Volkstumskämpfe, nämlich das Vorhandensein von einer größeren Anzahl von Ausländern, sind dann nicht mehr gegeben.

3) Die kommunistische Gefahr, die durch die Anwesenheit der ausländischen Arbeitskräfte sehr groß sein kann, hört von dieser Seite her auch auf, da eben die Träger dieser Gefahr sich nicht mehr im Bundesgebiet befinden.

4) Die Belästigungen der Frauen und Mädchen durch die ausländischen Arbeiter und alle hier noch erwähnten negativen Seiten bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter würden ebenfalls aufhören.

5) Die „Schwarzarbeit" der deutschen Arbeiter an Samstagen würde praktisch wegfallen und alle diejenigen Straftaten, deren Ursprung zum großen Teil im Nichtstun und in der Langeweile an den verlängerten Wochenenden liegt, würden abnehmen.

6) Nicht vergessen werden darf, daß auch die erhebliche Belastung der Verwaltung, die durch die Beaufsichtigung und Betreuung der ausländischen Arbeiter entsteht, damit ein Ende hätte. Auch die Polizei, die ja sehr stark durch den Straßenverkehr in Anspruch genommen ist, würde wesentlich entlastet sein.

Die positiven Seiten dieses Vorschlags überwiegen also bei weitem die negativen.

Der Bundestagsabgeordnete Klaus von Mühlen hat in einer Unterredung mit den Berichterstattern der „Waiblinger Kreiszeitung" zu dieser Frage folgendes ausgeführt („Waiblinger Kreiszeitung" vom 9. September 1961):

> „Wir werfen den Komplex „Fremdarbeiterproblem" in die Debatte. Deshalb, weil sich Klaus von Mühlen in seinen Wahlversammlungen für die lohnsteuerfreie Ueberstunde als Mittel zur Lösung des Fremdarbeiterproblems einsetzt. „Das ist doch ganz einfach. Wenn der deutsche Arbeiter für jede Ueberstunde steuerlich bestraft wird, dann macht er eben keine Ueberstunden. Wir könnten auf die Hälfte der derzeit bei uns beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte verzichten, wenn jeder deutsche Arbeiter monatlich 1,7 Stunden mehr arbeiten würde. Ich kann es ihm aber nicht verdenken, wenn er es nicht tut, denn er wird ja dafür bestraft." Der Ausweg ist für den FDP-Kandidaten die steuerfreie Ueberstunde. Niemand brauche länger als 44 oder 40 Stunden arbeiten. Wenn er aber wolle, dann solle er dazu die Möglichkeit haben, dann solle man ihm dafür einen Anreiz bieten.

„Dann geht auch die Schwarzarbeit zurück". Gefahren für den Arbeitsmarkt sieht von Mühlen dann voraus, wenn die römischen Verträge erst einmal voll in Kraft getreten sind, dann, wenn der ausländische Arbeiter das Recht auf Einbürgerung hat. Die Bundesregierung sollte die Möglichkeit haben, die ausländischen Arbeitskräfte im Falle einer Krise nach Hause zu schikken. Gewiß, die römischen Verträge seien auf der Parität aufgebaut. Der deutsche Arbeiter könne sich auch im Ausland einen Arbeitsplatz suchen. „Aber welcher deutsche Facharbeiter geht schon nach Griechenland oder Süditalien!"

Von Mühlen wirft der Bundesregierung vor, daß sie beim Abschluß der Verträge die Macht der parlamentarischen Opposition mit ihrem Stimmanteil von 49 Prozent nicht zum Tragen gebracht habe. „Die Bundesregierung betreibt eine absolute Politik, eine Politik des absoluten Junggesellen in einem Kreis von Völkern, die eine Politik der sorgfältig abgestimmten Aussprache mit ihren Familien pflegt."..."

Wieweit die im EWG-Vertrag vorgesehene Freizügigkeit der Arbeitnehmer bereits verwirklicht ist, geht aus folgender Meldung hervor. Die „Welt der Arbeit" brachte am 8. September 1961 diese Mitteilung:

„Die Europäischen Gemeinschaften haben in ihrem Amtsblatt die kürzlich vom Ministerrat verabschiedete Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer veröffentlicht. Damit erhalten mehr als 70 Millionen Arbeitnehmer das Recht, unter den gleichen Bedingungen wie einheimische Arbeitskräfte in jedem Mitgliedsstaat der EWG zu arbeiten und sich um angebotene Arbeitsplätze zu bewerben. Diese Verordnung soll für höchstens zwei Jahre Gültigkeit behalten und dann - entsprechend den Zielen des EWG-Vertrages - durch eine neuere, weitergehende ersetzt werden. Während dieser zwei Jahre sollen ausländische Bewerber nur dann zugelassen werden, wenn eigene Staatsangehörige gleicher Eignung nicht zur Verfügung stehen. Bei der EWG werden ein beratender Ausschuß und ein Koordinierungsbüro die Durchführung der Verordnung überwachen und mitgestalten.

Mit dieser Freizügigkeitsregelung sollen den Arbeitnehmern bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und eine größere Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert werden. Gleichzeitig wird dadurch zu einer Erhöhung des Lebensstandards und zu einer Angleichung der Arbeits- und Lohnbedingungen im fortschrittlichen Sinne beigetragen. Auch deutschen Arbeitern wird die Möglichkeit gegeben, im Ausland zu arbeiten. Dies ist vor allem im Hinblick auf die durch einen Auslandsaufenthalt gebotene sprachliche und berufliche Fortbildung für jüngere Arbeitskräfte, die noch am Anfang ihrer Berufslaufbahn stehen, von Bedeutung und trägt gleichzeitig auch zur qualitativen Verbesserung des innerdeutschen Arbeitskräftepotentials bei..."

Im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 12. September 1961 ist folgendes zu lesen:

**„EWG-Verordnung über Freizügigkeit**

Am 1. Sept. 1961 ist die EWG-Verordnung Nr. 15 „über die ersten Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft" in Kraft getreten. Sie ist von Bundesminister Prof. Erhard als Ratspräsidenten unterzeichnet und „gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat". In der Verordnung heißt es: Die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen muß spätestens bis zum Ende der Uebergangszeit gewähr-

leistet sein, um den Arbeitnehmern insbesondere die Möglichkeit zu geben, sich im Hoheitsgebiet der Gemeinschaft zum Zwecke der Bewerbung um tatsächlich angebotene Stellen frei zu bewegen. Die Anwendung dieser Verordnung soll im Rahmen der allgemeinen Ziele des Vertrags in den Mitgliedstaaten mit unbefriedigter Nachfrage nach Arbeitskräften in erster Linie die Beschäftigung von Arbeitnehmern fördern, die Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten sind."

Die hier erwähnte Uebergangszeit ist nach Artikel 8 des EWG-Vertrages vom 25. März 1957 auf 12 Jahre angesetzt.

Ganz abgesehen von dem hier behandelten Vorschlag, den ja der Bundestagsabgeordnete Klaus von Mühlen sehr stark vertritt und der nicht gerade mit den Zielen des EWG-Vertrages übereinstimmt, sollte sich der Leser die Frage stellen, ob die Beschäftigung ausländischer Arbeiter mit all ihren Begleiterscheinungen und Folgen durch die Aufrechterhaltung einer hohen Konjunktur (= Wirtschaftsblüte) gerechtfertigt werden kann. Es wird in der Presse ja laufend von Maßnahmen zur Dämpfung der überhitzten Konjunktur gesprochen; warum sollte man also nicht nicht durch eine geringe Drosselung des Exportes eine Konjunkturdämpfung erreichen und gleichzeitig so auf die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften verzichten?

Was geschieht mit den hohen Exporterlösen, die die Einfuhr weit übersteigen? Nach Pressemitteilungen soll die Bundesrepublik ja jährlich mehrere Milliarden Deutsche Mark als Entwicklungshilfe und ungefähr ebensoviel Deutsche Mark zur „Stützung" des US-Dollars zahlen.

Hat etwa Deutschland die sogenannten Entwicklungsländer bis vor kurzer Zeit als seine Kolonien ausgebeutet?

Warum müssen wir die reichen USA unterstützen?

Müssen deswegen soviele Ausländer beschäftigt werden?

Die Folgen der Entwicklungshilfe werden spätestens unsere Kinder und Enkel voraussichtlich in sehr negativer Form zu spüren bekommen!

Zum Schluß dieses Abschnittes sei noch zum Vergleich ein Urteil des schweizerischen Bundespräsidenten Wahlen über die Wirtschaft der Schweiz, die bekanntlich auch sehr viele ausländischen Arbeitskräfte beschäftigt, aufgeführt. Er sagte:

> „Ist es noch sinnvoll, eine Wirtschaft aufzubauen, die sich nur unter Beizug einer Zahl von fremden Arbeitskräften aufrechterhalten läßt, die heute schon ein Fünftel aller Beschäftigten ausmacht?"
>
> (zit. nach „Das ÖTV-Magazin, Nr. 8, August 1961")

# Wirtschaftliche Auswirkungen

Wie sind nun die Auswirkungen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses?

Der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ging bekanntlich im Jahre 1952 die Montan-Union, der Zusammenschluß von Kohle und Stahl, voraus. In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 15. 3. 1962 steht u. a. folgendes:

„Auch die Kohle wird teurer werden

In absehbarer Zeit müsse damit gerechnet werden, daß die Kohlen wieder teurer werden. Zu dieser Ueberzeugung sind die Wirtschaftsminister der Montan-Union auf einer Sitzung in Luxemburg gekommen, auf der die energiewirtschaftliche Lage der Gemeinschaft unter Vorsitz des französischen Ministers für Industrie, J. M. Jeanneney, diskutiert worden war.

Wie nach der Sitzung verlautete, ist der Ministerrat der Meinung, daß die Situation auf dem Energiemarkt kein kurzfristiges Problem darstellt, da die Kohlenhalden nur langsam abnehmen und weil es kaum noch Feierschichten gibt. Die Preiserhöhung für Kohle wird auch damit begründet, daß die Produktivität durch eine erhöhte Schichtleistung nicht mehr aufgefangen werden könne und weil kaum noch Arbeitskräfte für den Bergbau zu bekommen seien...

Wie aus einem Bericht, der von der Hohen Behörde dem Ministerrat vorgelegt worden war, hervorgeht, wird mit einem nochmaligen Rückgang des Kohlenverbrauchs in diesem Jahr von nur 4,3 Millionen Tonnen gerechnet. Man erwartet auch ein weiteres Absinken des Verbrauchs in den Haushalten, das trotz erhöhter Lieferungen an die Kraftwerke nicht ausgeglichen werden kann. Im Gegensatz zu den Vorjahren werde sich auch die Absatzmöglichkeit an die Eisen- und Stahlindustrie verringern. Unter Berücksichtigung des Einfuhrüberschusses für Kohle, der in diesem Jahre um 2 Millionen Tonnen größer sein wird als 1961, ist dem Bericht zufolge 1962 ein Ueberhang von 0,5 Millionen Tonnen Steinkohle und von 2,4 Millionen Tonnen Koks zu erwarten..."

Ueber die Lage im deutschen Erzbergbau schreibt die „Deutsche Wochenzeitung" am 5. 5. 1962 u. a. folgendes:

„Muß der Erzbergbau sterben?

Manager untergraben die nationale Volkswirtschaft - Demontage in eigener Regie

...Wieder sind schwarze Wolken aufgezogen, diesmal bei den Brüdern vom Erzbergbau im Siegerland, an Lahn, Dill und im Westerwald. Zwar geht es diesmal nicht um 600 000 Beschäftigte wie beim Ruhrkohlenbergbau. Es geht nur um 20 000 Kumpel, die bis zu 1 200 Meter in die Erde steigen, um der Hütenindustrie das Vormaterial, das Eisenerz, zu liefern...

Wenn das geschieht, was Wirtschaftskapitäne wie der Vorstandsvorsitzende der Hoesch AG, Herr Willy Ochel, zum Jahreswechsel unverblümt ausgesprochen hat, dann werden wir im Jahr 2000 keinen deutschen Erzbergbau mehr haben, wahrscheinlich aber schon viel früher nicht mehr. Herr Ochel stellte nämlich fest, daß die Stahlindustrie unter allen Umständen die Kosten senken müsse und um der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Stahles willen sei es nicht mehr zu verantworten, daß die teueren deutschen Eisenerze verarbeitet würden....

Herr Ochel sagt, das deutsche Erz sei zu teuer. Er sagt weiterhin, daß durch den Einsatz von teueren Inlanderzen für die Stahlindustrie eine Gesamtbelastung von 70 Millionen DM im Jahr entsteht.

Tatsächlich kostet eine Tonne Schwedenerz, im Tagbau mit modernsten Maschinen abgebaut, einschließlich Transport zur Ruhr 51.- DM. Für die gleiche Menge Erz aus dem Siegerland wird auf Grund der durch den Untertagebau entstehenden Mehrkosten rund 100.- DM gefordert. Muß eine so große Differenz im Preis sein? Wir sagen nein. Seit 1886 galten

an der Sieg Eisenbahn-Ausnahmetarife für den Erzversand (wie sie z. B. für Zuckerrüben noch heute bestehen).

Durch Beschluß der Hohen Behörde der Montanunion wurden die Transportkosten zur Ruhr erheblich erhöht.

**Hilfe wäre möglich!**

Zur gleichen Zeit ermäßigten sich die Seefrachttarife um die Hälfte, dadurch wurde der Transport ausländischer Erze erheblich verbilligt. Die Montanunion, die uns schon soviel Schwierigkeiten gebracht hat, macht das deutsche Eisenerz konkurrenzunfähig. Wir haben von jeher vor dem Beitritt zur Montanunion gewarnt, denn dieser Beitritt kostet der Bundesrepublik jährlich 400 Millionen DM an Umlage! Der Montanvertrag ist eine Diskriminierung der Bundesrepublik, er schadet der deutschen Wirtschaft und erlaubt den anderen Partnern, sich auf unserem Fleiß auszuruhen. Seit Jahren müssen wir unsere wertvolle Ruhrkohle für billiges Geld an die anderen Mitgliedstaaten abgeben: zu einem Bruchteil des Preises, den die deutsche Industrie oder die Hausfrau bezahlt. Seit Jahren liefern wir billigen Ruhrkoks nach Frankreich, denn nur mit diesem Ruhrkoks können die hochwertigen Minette-Erze in Lothringen geschmolzen werden. Dafür verdrängt Frankreich uns mit seinem billigen Stahl vom Weltmarkt. Und deshalb muß heute Herr Ochel erklären, daß die Verarbeitung deutscher Eisenerze aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit eingestellt werden muß.

Siebzig Millionen Mark Mehrkosten durch Verarbeitung deutscher Erze, aber vierhundert Millionen Mark Umlage an die Montanunion, die uns vom Weltmarkt verdrängt! Gäbe es da nicht eine Lösung? Wir meinen: ja!

... Im Wirtschaftswunderland des Herrn Erhard hat es schon Lösungen gegeben, die frappierend einfach waren. Der Transport der Inlandkohle wird mit 70 Millionen DM subventioniert. Genau der Betrag, der den Stahl durch Verarbeitung deutscher Erze angeblich verteuert. Warum nicht auch beim deutschen Erz, um uns eine nationale Grundstoffindustrie zu erhalten, die wir in internationalen Krisenzeiten bitter nötig haben. In der Koreakrise haben wir das bereits erfahren ...

Aus nationaler Sicht ist dem deutschen Erzbergbau zu helfen, nicht anders. Geschieht es nicht, werden wir oder unsere Kinder einmal die Sünden der derzeitigen Wirtschaftsverantwortlichen zu tragen haben. Oder meint Herr Erhard, wir könnten mit dem Steinbeil wieder anfangen?"

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 3. 5. 1962 war folgendes zu lesen:

**„Warnung an die Bauern vor Illusionen**
**Innerhalb der EWG gibt es keinen sicheren Mindestpreisschutz**

Der Direktor der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle der deutschen Landwirtschaft, Dr. Werner von Hasselbach, Bonn, warnte in Ulm eindringlich davor, sich irgendwelchen Illusionen über die agrarpolitischen Auswirkungen der EWG-Verträge hinzugeben ...

Die deutsche Landwirtschaft werde also durch die EWG-Beschlüsse gezwungen sein, zu niedrigeren Erzeugerpreisen höhere Leistungen als bisher zu erbringen. Eine wesentliche Herabsetzung der Verbraucherpreise bezeichnete von Hasselbach trotzdem als 'unwahrscheinlich' ... "

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 24. 5. 1962 stand in dem Aufsatz „Die Bauern auf dem Weg ins EWG-Zeitalter" u. a. folgendes:

„Schon am 1. Juli wird ja der Gemeinsame Markt der EWG für weite Be-

reiche der Landwirtschaft zur Wirklichkeit, und von da an wird eine harte Konkurrenzluft wehen, wird eine wirtschaftliche Fehldisposition auf dem Hof schlimmere Folgen haben als bisher."

Laut „Stuttgarter Nachrichten" vom 22. 6. 1962 wird „die gemeinsame europäische Agrarpolitik aus technischen Gründen am 30. Juli 1962, also 30 Tage später als ursprünglich vorgesehen, wirksam werden.

Hinsichtlich der Entwicklung des EWG-Agrarmarktes sagte der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Werner Schwarz, im Bundestag am 15. 6. 1962 anläßlich der Einbringung der Durchführungsgesetze zu den EWG-Marktordnungen u. a. folgendes:

„Zu diesen Gesetzentwürfen möchte ich folgendes ausführen:

In den Ministerratsverordnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die die Marktordnungen für Getreide, Schweinefleisch, Eier, Geflügel, Wein sowie Obst und Gemüse regeln, ist der materielle Rahmen der zukünftigen gemeinsamen Marktorganisation weitgehend abgesteckt. Für die einzelnen nationalen Regierungen und Parlamente bleibt nicht mehr viel Raum, materielle Entscheidungen zu treffen. Das für die Marktordnungen gefundene System, das bekanntlich in erster Linie auf einem Abschöpfungssystem beruht, kann nämlich in seinen Grundzügen nicht mehr verändert werden. Insbesondere sind autonome Entscheidungen kaum noch vorgesehen; sie sind vielmehr abgelöst durch Entscheidungen der Gemeinschaft, die der Rat oder die Kommission zu treffen haben ... In der deutschen Oeffentlichkeit ist insbesondere in jüngster Zeit eine lebhafte Diskussion in Gang gekommen über die möglichen Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise durch das Inkrafttreten der EWG-Marktregelung nach dem 1. Juli. Gestatten Sie mir hierzu einige wenige Sätze:

Der Preis für das inländische Brotgetreide wird im Hauptverbrauchsgebiet unverändert bleiben. Ein gewisses Preisgefälle zu den marktfernen Gebieten hin wird sich auswirken. Soweit durch die Abschöpfung die Preise für einige wichtige Importgetreidesorten höher sein sollten, als es dem bisherigen Preisniveau entsprach, beabsichtigt die Bundesregierung von der Ermächtigung Gebrauch zu machen, die Verbraucherpreise zu subventionieren. Das gilt insbesondere für Qualitätsweizen, Hartweizen und einige Industriegetreidesorten, die zur Herstellung von Teigwaren und Nährmitteln verwendet werden ...

Mit dem Inkrafttreten der neuen europäischen Agrarmarktregelungen betreten wir alle Neuland. Die Bundesregierung hat in allen vorausgehenden Verhandlungen versucht, Ergebnisse zu erzielen, die sowohl dem Erzeuger wie dem Verbraucher gerecht werden ..."

(„Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 19. 6. 1962, Nr. 110)

Die „Deutsche Wochenzeitung" vom 7. 7. 1962 schreibt in dem Aufsatz „Kehrseite des Karolinger-Marktes" u. a.:

**„Bauer und Verbraucher tragen die Folgen**

Wie bekannt, hatte man dem deutschen Volk den gemeinsamen Markt der EWG mit dem Versprechen schmackhaft gemacht, es würde durch ihn ein noch größeres Schlaraffenland geschaffen als es bereits das neoliberale Wirtschaftswunder zuwege gebracht habe. Nationale Wirtschaften seien heute zu kostspielig. Es darf daran erinnert werden, daß es kein Geringerer als der heutige Bundespräsident Lübke gewesen ist, der kurz nach der Unterzeichnung des EWG-Vertrages im Mai 1957 erklärt hatte: 'Der große Markt rentiert sich.'

Inzwischen sind wir stürmisch auf dem Wege zum vereinten Europa und Schlaraffenland fortgeschritten, so daß am 1. Juli der EWG-Agrarmarkt beginnen darf. Wer sich aber davon das versprochene Schlaraffenland erhofft hat, sieht sich bitter getäuscht. Selbst in Bonn macht man sich ernste Sorgen; denn nach Lage der Dinge sind 10 bis 20 Prozent höhere Preise bei Fleisch, Eiern, Getreide und ihren Folgeprodukten sowie bei den vom Getreidepreis beeinflußten Kartoffeln zu erwarten. Von all diesen schönen Dingen hat die deutsche Landwirtschaft im letzten Jahr immerhin für rund 18 Milliarden DM verkauft. Eine Erhöhung von 10 Prozent würde also ein Mehr von fast 2 Milliarden DM bedeuten.

Soll diese Summe der Verbraucher aufbringen?...

Im Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaften nach einer immer kürzeren Wochenarbeitszeit steht folgende Erklärung des BDI-Präsidenten Berg. In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 11. 7. 1962 heißt es:

**„Berg: Mehr und pflichtbewußter arbeiten**

In der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation der Bundesrepublik bleibt nur ein Ausweg: Wir müssen wieder mehr und pflichtbewußter arbeiten, erklärte am Dienstag der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Fritz Berg, auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Bayrischen Industrie in Augsburg. Die soziale Marktwirtschaft nähere sich ihrer härtesten Bewährungsprobe seit der Aufbauperiode. Vor allem hätten sich in diesem wirtschaftspolitischen System die Menschen zu bewähren. Wenn Mehrarbeit jetzt nicht freiwillig geleistet werde, dann werde die Bevölkerung der Bundesrepublik im nächsten oder übernächsten Jahr dazu gezwungen sein...

Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Situation kam Berg zu folgendem Ergebnis: Die angespannte Arbeitsmarktlage ist es in erster Linie, die eine Normalisierung unserer Konjunktur erschwert. Die Ertragssituation muß verbessert werden, da sonst Rationalisierungsinvestitionen nicht möglich sind. Notwendig ist es, daß die Unternehmer bereit sind, in vernünftigem Ausmaß auch ferner zu investieren, nicht aber die Investitionen zu reduzieren. Die Ausfuhr muß gefördert werden, damit die Einfuhren auch in Zukunft bezahlt werden können. Weitere Belastungen der Wirtschaft sind untragbar, wenn das Preisniveau gehalten und die Kaufkraft nicht vermindert werden soll."

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 25. 7. 1962 steht in dem Aufsatz „Produktion wächst nicht mehr" u. a.:

„Insgesamt ist im ersten Halbjahr 1962 das Wachstum der Industrieproduktion in Baden-Württemberg nahezu zum Stillstand gekommen..."

Weiter wird in derselben Zeitung darauf hingewiesen, daß nun nach den Opalwerken (zweitgrößter Strumpfproduzent der Bundesrepublik) auch die Schlieker-Werft in Hamburg in Zahlungsschwierigkeiten gekommen ist. Es steht dabei u. a. folgendes:

„Es rächt sich jetzt in beiden Fällen die schnelle Expansion ohne ein genügend großes Eigenkapital. Da den Geldgebern angesichts der schwieriger werdenden Situation in der Strumpfindustrie und bei den Werften das Risiko zu groß wurde und sie nicht mehr bereit sind, die Firmen auch bei rückläufiger Konjunktur zu finanzieren, mußte es zu Schwierigkeiten kommen..."

Inwieweit alle diese hier aufgeführten Tatsachen miteinander zusammenhängen, möge der Leser selbst beurteilen.

# Die „Zukunftsrasse" und der Mensch der fernen Zukunft nach Ansicht des Grafen Coudenhove-Kalergi

Der Präsident der Paneuropa-Union, Richard Nikolaus Reichsgraf von Coudenhove-Kalergi, Sohn eines österreich-ungarischen Legationssekretärs und einer Ostasiatin, schrieb bereits in seinem im Jahre 1925 im Paneuropa-Verlag in Wien erschienenen Buch „Praktischer Idealismus":

„Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Ueberwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die **eurasisch-negroide Zukunftsrasse,** äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen. Denn nach den Vererbungsgesetzen wächst mit der Verschiedenheit der Vorfahren die Verschiedenheit, mit der Einförmigkeit der Vorfahren die Einförmigkeit der Nachkommen. In Inzuchtfamilien gleicht ein Kind dem anderen: denn alle repräsentieren den einen gemeinsamen Familientypus. In Mischlingsfamilien unterscheiden sich die Kinder stärker voneinander: jedes bildet eine neuartige Variation" (= Abwechslung, Abänderung) „der divergierenden" (= auseinandergehenden, in entgegengesetzter Richtung verlaufenden) „elterlichen und voreIterlichen Elemente.

**Inzucht schafft charakteristische Typen - Kreuzung schafft originelle Persönlichkeiten.**

Vorläufer des planetaren Menschen der Zukunft ist im modernen Europa der **Russe** als slawisch-tatarisch-finnischer Mischling; weil er, unter allen europäischen Völkern, am wenigsten Rasse hat, ist er der typische Mehrseelenmensch mit der weiten, reichen, allumfassenden Seele. Sein stärkster Antipode ist der insulare **Brite,** der hochgezüchtete Einseelenmensch, dessen Kraft im Charakter, im Willen, im Einseitgen, Typischen liegt. Ihm verdankt das moderne Europa den geschlossensten, vollendetsten Typus: den Gentleman." (S. 22/23)

Ueber den Einseelen- und Mehrseelenmenschen schreibt Graf Coudenhove-Kalergi u. a. folgendes:

„Der Inzuchtmensch ist **Einseelenmensch** - der Mischling **Mehrseelenmensch.** In jedem Individuum leben seine Ahnen fort als Elemente seiner Seele: gleichen sie einander, so ist sie einheitlich, einförmig; streben sie auseinder, so ist der Mensch vielfältig, kompliziert, differenziert.

Die Größe eines Geistes liegt in seiner Extensität" (= Ausdehnung, Umfang), „das ist in seiner Fähigkeit, alles zu erfassen und zu umfassen; die Größe eines Charakters liegt in seiner Intensität" (= Stärke, Kraft, Ge-

walt), „das ist in seiner Fähigkeit, stark, konzentriert und beständig zu wollen. So sind, in gewissem Sinne, **Weisheit und Tatkraft Widersprüche.**" (S 21)

Graf Coudenhove-Kalergi ist also der Ansicht, daß bei der Schaffung einer eurasisch-negroiden Zukunftsrasse eine Vielfalt der Persönlichkeit geschaffen wird. Was geschieht bei einer Rassenmischung?

Nach den Mendelschen Erbgesetzen wird eine Rassenmischung stets wieder von der Natur aufgespalten, d. h. die Natur will den Zustand der Rassenreinheit wieherstellen. Bei einer Rassenmischung erfolgt also nach diesen Gesetzen keine Mischung des Erbgutes, sondern die verschiedenartigen Erbgüter bleiben nebeneinander bestehen (sonst wäre ja keine Aufspaltung mehr möglich). Ein Mensch also, der z. B. nur zwei verschiedenartige Erbgüter in sich hat, hat es sehr schwer, sich zu einer Persönlichkeit zu entwickeln, da diese beiden Erbgüter in ihm ja genau entgegengesetzte Gemütsbewegungen und damit natürlich auch in vielen Fällen entsprechende Handlungen auslösen. Dieser Mensch zeigt also nichts Einheitliches in seinem Wesen, sondern ist eine „zwiespältige" Persönlichkeit.

Soll nun der Mensch der Zukunft gar eine Mischung aus den verschiedensten Rassen Asiens, Europas und Afrikas werden, so gibt es nicht nur „zwiespältige", sondern „zehn- oder zwanzigspältige" Persönlichkeiten, je nachdem, wieviel verschiedenartige Erbgüter solch ein Mensch in sich trägt. Es wird also nicht eine Steigerung des Persönlichkeitswertes geschaffen, sondern die Persönlichkeit wird damit innerlich zersplittert.

Ein Mensch, der infolge seiner Abstammung nun eine „vielspältige" Persönlichkeit ist und daher mit sich selbst innerlich nicht zum Einklang kommen kann, ist also veranlagungsmäßig innerlich ohne Halt. Innerlich haltlose Menschen aber geraten viel leichter und schneller auf die kriminelle Bahn als Menschen, denen infolge eines einheitlichen Erbgutes die Möglichkeit zum Einklang mit sich selbst gegeben ist. Die Folge einer Vermischung ist also auch eine ganz erheblich erhöhte „kriminelle" Anfälligkeit. Das beste Beispiel in besonders krasser Form sehen wir ja in bestimmten Vierteln der sogenannten Weltstädte, die von Mischlingen bewohnt werden und gleichzeitig auch Brutstätten des Verbrechens sind.

Graf Coudenhove-Kalergi schreibt sehr richtig:

> „In der Großstadt begegnen sich Völker, Rassen, Stände. In der Regel ist der Urbanmensch" (= Stadtmensch) „Mischling aus verschiedensten sozialen und nationalen Elementen. In ihm heben sich die entgegengesetzten Charaktereigenschaften, Vorurteile, Hemmungen, Willenstendenzen" (= Willensrichtungen, Willensneigungen) „und Weltanschauungen seiner Eltern und Voreltern auf oder schwächen einander wenigstens ab. Die Folge ist, daß Mischlinge vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treulosigkeit mit Objektivität" (= Sachlichkeit, Vorurteilslosigkeit) „Vielseitigkeit, geistiger Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und Weite des Horizontes verbinden. Mischlinge unterscheiden sich stets von ihren Eltern und Voreltern; jede Generation ist eine Variation" (= Abänderung) „der vorhergehenden, entweder im Sinne der Evolution" (= stetigen Entwicklung, Entfaltung) „oder der Degeneration" (= Entartung). (S. 20/21)

Weiter schreibt Graf Coudenhove-Kalergi:

> **„Inzucht stärkt den Charakter, schwächt den Geist - Kreuzung schwächt den Charakter, stärkt den Geist.** Wo Inzucht und Kreuzung unter glücklichen Auspizien" (= Vorbedeutungen) „zusammentreffen, zeugen sie den höchsten Menschentypus, der stärksten Charakter mit schärfstem Geist ver-

bindet. Wo unter unglücklichen Auspizien Inzucht und Mischung sich begegenen, schaffen sie Degenerationstypen mit schwachem Charakter, stumpfen Geist." (S. 22)

Ob eine solche „eurasisch-negroide" Zukunftsrasse, deren Träger die oben angeführten Eigenschaften aufweisen, erstrebenswert ist, möge der Leser selbst entscheiden.

Erwähnt sei noch in diesem Zusammenhang, daß es zur Zeit in der Bundesrepublik rund 6000 Mischlingskinder - also Kinder vornehmlich von farbigen amerikanischen Soldaten - gibt („Stuttgarter Nachrichten" vom 19. Mai 1961). Die Gesamtzahl der Besatzungskinder beträgt in der Bundesrepublik rund 72 000. Ueber die Sowjetzone sind zur Zeit in dieser Hinsicht keine Nachrichten bekannt.

Wieviele Mischlinge als Folge der Vergewaltigungen deutscher Frauen durch die Truppen- der Ost- und Westmächte am Ende des zweiten Weltkrieges und der darauf folgenden Zeit geboren wurden, wird wohl nie mehr genau festgestellt werden können.

---

# Was halten andere Völker von der Vermischung?

Die „Stuttgarter Nachrichten" vom 9. Mai 1961 brachten folgende Meldung:

> **„Möchten Sie eine Weiße heiraten?**
>
> Auch die Neger veranstalten Umfragen
>
> Die Rassenfrage entwickelt sich in der Südafrikanischen Union und in den USA immer mehr zu einem der am meisten diskutierten Probleme. Zeitungen und Magazine räumen der Debatte einen immer größeren Raum ein, und eines der größten Wochenblätter der USA hat kürzlich seinen Lesern die glühendheiße Frage gestellt: „Würden Sie einen Farbigen heiraten?" Aus den Antworten, die zu Tausenden aus allen Teilen des Landes, aus Südamerika und der Südafrikanischen Union, eingingen, erfährt man, daß die Meinung unterschiedlich nach den einzelnen Gebietsteilen ist. Während die Leser aus den Südstaaten der USA zu 98 Prozent die Frage mit einem entschiedenen „Nein" beantworten (die Zuschriften aus Südafrika sind sogar zu 100 Prozent negativ), würden 17 Prozent der antwortenden Männer aus Chikago keine Bedenken gegen eine Ehe mit einer Farbigen haben, während nur 7 Prozent der Frauen sich für eine Mischehe dieser Art begeistern könnten.
>
> Jetzt hat aber auch das große Chikagoer Negerblatt „The Defender", das eine Auflage von 300 000 Exemplaren hat, unter seinen farbigen Lesern dieselbe Frage mit der Abweichung gestellt: „Würden Sie einen Weißen heiraten?" Wer bisher geglaubt hat, daß jeder Farbige ein Verfechter der Mischehe sei, wird durch die Antworten enttäuscht. Nur 12 Prozent der befragten Neger traten für eine schwarz-weiße Ehe ein, aber 32 Prozent der farbigen Frauen. Interessant sind die Gründe, die zu dieser Stellungnahme

unter den Lesern des „Defender" führten. Als häufigsten Grund führte man an, daß die einer solchen Ehe entstammenden Kinder als Mischlinge oft unter der Verachtung sowohl der schwarzen als der weißen Bevölkerung zu leiden hätten. Dann aber wiesen die Zuschriften der farbigen Männer immer wieder darauf hin, daß es sich bei den bisherigen farbig-weißen Mischehen bei den weißen Frauen fast immer um Prostituierte oder sonst käufliche Mädchen gehandelt habe und von einer wahren Liebe meistens nicht die Rede sein könnte.

Die farbigen Frauen haben dagegen das Bedenken, daß sie sich in den Bekanntenkreisen ihres weißen Mannes ebenso fremd fühlen würden wie dieser in einer farbigen Gesellschaft. Aus sehr vielen Antworten der Farbigen geht aber auch hervor, daß sie eine Mischehe aus Rassenstolz ablehnen. Das kommt besonders bei den farbigen Studierenden zum Ausdruck, die jede Ehe mit Weißen beinahe empört ablehenen.

Aber auch auf anderen Gebieten lehnt der Farbige in den USA ein Zusammenarbeiten mit den Weißen ab. Das ist besonders bei jenen Arbeitsverhältnissen zu beobachten, die bisher als das Reservat des Negertums galten. Die Diener der Pullmanwagen auf den Eisenbahnen, die sämtlich farbig sind, drohten dieser Tage sogar mit einem Proteststreik, als die Pullmangesellschaft einige weiße „Porters", alles entlassene Soldaten der US-Armee, in ihren Dienst stellen wollten. Als Gegenstück dazu sei vermerkt, daß in den USA die Feuerwehrleute sämtlich weiß sind, während man dagegen in den Nordstaaten zahlreiche farbige Polizisten, Richter und andere Beamte des öffentlichen Dienstes findet.

Auf alle Fälle hat die fast eindeutige Ablehnung der Mischehe seitens der farbigen Bevölkerung bewiesen, daß die Neger wohl die soziale und politische Gleichberechtigung wünschen, aber gesellschaftlich und familiär in ihren eigenen Kreisen bleiben wollen, daß sie den Anbiederungsversuchen der Weißen mißtrauen und daß auf dem Gebiet der persönlichen Beziehungen zwischen Weiß und Farbig für den Neger noch immer der Satz gilt, den ihr Vorkämpfer Booker Washington einmal aussprach: ‚Wenn ein Farbiger mit einer weißen Frau Arm in Arm geht, dann ist der Farbige in schlechter Gesellschaft'. "

In der gleichen Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten" ist über Pakistan folgendes zu lesen:

**„Keine westlichen Ehepartnerinnen in Pakistan**

Die Verlobung oder Eheschließung mit einer Ausländerin kann einem pakistanischen Staatsbediensteten jetzt das Amt kosten. Die pakistanische Zentralregierung hat an ihre Angestellten und Beamten einen Fragebogen ausgegeben, der ihnen die Erklärung abverlangt, „ob sie mit einer Ausländerin verheiratet sind, oder ihr ein Eheversprechen gegeben haben, oder die Absicht haben, eine Nicht-Pakistani zu heiraten".

Es liegt im freien Ermessen der Regierung, einen solchen Beamten oder Angestellten zu entlassen. Die Maßnahme ist Teil ihrer erklärten Politik, Pakistanis zu „entmutigen", Ehen mit Ausländern einzugehen. Die pakistanische Bundeskommission für den öffentlichen Dienst hat es bereits zur Bedingung für den Eintritt in den Staatsdienst gemacht, daß der Kandidat eine pakistanische Ehefrau hat oder nimmt.

Die Neigung westlich gebildeter oder beinflußter Pakistanis, eine „aufgeklärte" Ausländerin, vorzugsweise Deutsche oder Engländerinnen, zu heiraten, ist ebenso groß wie der Einfluß, den viele dieser Frauen dann über ihre Männer gewinnen. Obwohl sie Muslim werden muß, bleibt die Assimila-

tion der Frau unvollkommen. Die Regierung, die ein ausgeprägtes pakistanisches Nationalgefühl schaffen möchte, sieht daher in Ausländerehen die Gefahr der „doppelten Loyalität" und der „Landesflucht"."

Wie stehen die Israelis zu dieser ganzen Frage?

In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 1. April 1961 stand folgendes in dem Aufsatz „Schalom Israel":

**„Iwrith, die Sprache Israels**

Juden aus fast allen Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas, mit den unterschiedlichsten Lebensgewohnheiten, leben in Israel auf engstem Raum friedlich nebeneinander. In einer Schulklasse ist es keine Seltenheit, daß die Kinder mehr als zwanzig verschiedene Muttersprachen haben.

Ohne die Wiedererweckung der hebräischen Sprache während der letzten fünfzig Jahre und ihre Einführung als offizielle Landessprache wäre es wohl unmöglich gewesen, aus diesem babylonischen Sprachengewirr einen einheitlichen Staat zu formen... Heute spricht der Milchmann wie der Universitätsprofessor Iwrith, das neue Hebräisch. Die Akademie der Hebräischen Sprache, Faad Hahashom, wacht über Ausdruck und Form und sorgt für die hebräischen Vokabeln moderner Begriffe. Dabei ist Hebräisch durchaus keine leichte Sprache, die man in kurzer Zeit erlernen kann. Um so erstaunlicher wirkt die Energie, mit der selbst alte Leute unter den Einwanderern eifrig die neue Landessprache zu erlernen trachten. Bücher und Zeitungen erscheinen heute vor allem in Hebräisch. Unter den rund 18 Tages- und zwei Abendzeitungen sind 14 hebräische, und der Staatssender Kol Israel sendet den größten Teil seines Programms in der offiziellen Landessprache..."

Interessant ist in diesem Zusammenhang, was Graf Coudenhove-Kalergi über die Entstehung des jüdischen Volkes in seinem Buch „Praktischer Idealismus" in dem Abschnitt „Judentum und Zukunftsadel" schreibt:

„Hauptträger des korrupten wie des integren" (= unbescholtenen, unversehrten, neuen) „Hirnadels: des Kapitalismus, Journalismus und Literatentums, sind **Juden**. Die Ueberlegenheit ihres Geistes prädestiniert sie zu einem **Hauptfaktor zukünftigen Adels.**

Ein Blick in die Geschichte des jüdischen Volkes erklärt seinen Vorsprung im Kampf um die Menschheitsführung. Vor zwei Jahrtausenden war das Judentum eine Religionsgemeinschaft, zusammengesetzt aus ethisch-religiös veranlagten Individuen aller Nationen des antiken Kulturkreises, mit einem national-hebräischen Mittelpunkt in Palästina. Damals war bereits das Gemeinsame, Verbindende und Primäre nicht die Nation, sondern die Religion. Im Laufe des ersten Jahrtausends unserer Zeitrechnung traten in diese Glaubensgemeinschaft Proselyten aus allen Völkern ein, zuletzt König, Adel und Volk der mongolischen Chazaren, der Herren Südrußlands. Von da an erst schloß sich die jüdische Religionsgemeinschaft zu einer künstlichen Volksgemeinschaft zusammen und gegen alle übrigen Völker ab. Durch unsagbare Verfolgungen versucht seit einem Jahrtausend das christliche Europa das jüdische Volk auszurotten. Der Erfolg war, daß alle Juden, die willensschwach, skrupellos, opportunistisch" (= nach Zweckmässigkeit handelnd) „oder skeptisch waren, sich taufen ließen, um dadurch den Qualen endloser Verfolgung zu entgehen. Andererseits gingen unter diesen vielfach erschwerten Lebensbedingungen alle Juden zugrunde, die nicht geschickt, klug und erfinderisch genug waren, den Daseinskampf in dieser schwierigsten Form zu bestehen.

So ging schließlich aus all diesen Verfolgungen eine kleine Gemeinschaft

hervor, gestählt durch ein heldenmütig ertragenes Martyrium für die Idee und geläutert von allen willensschwachen und geistesarmen Elementen. Statt das Judentum zu vernichten, hat es Europa wider Willen durch jenen **künstlichen Ausleseprozeß** veredelt und zu einer Führernation der Zukunft erzogen. Kein Wunder also, daß dieses Volk, dem Ghetto-Kerker entsprungen, sich zu einem geistigen Adel Europas entwickelt. So hat eine gütige Vorsehung Europa in dem Augenblick, als der Feudaladel verfiel, durch die Judenemanzipation" (Emanzipation = Gleichstellung) „eine neue **Adelsrasse** von Geistes Gnaden geschenkt..." (S. 49/50)

Nach der Bibel muß der Zusammenschluß zu einer künstlichen Volksgemeinschaft schon früher stattgefunden haben, als Graf Coudenhove-Kalergi angibt, denn in Esra, Kapitel 10, Vers 10-12 steht z. B.:

„Und Esra, der Priester, stand auf und sprach zu ihnen: Ihr habt euch vergriffen, daß ihr fremde Weiber genommen habt, daß ihr der Schuld Israels noch mehr machtet.

So bekennet nun dem Herrn, eurer Väter Gott, und tut sein Wohlgefallen und scheidet euch von den Völkern des Landes und von fremden Weibern. Da antwortete die ganze Gemeinde und sprach mit lauter Stimme: Es geschehe, wie du uns gesagt hast."

In dem ÖTV-Magazin, Nummer 6, Juni 1960, steht bei einer Abbildung einer marschierenden Fraueneinheit folgende „Definition des Juden":

„Der israelische Innenminister Moshe Shapiro, der der Front der religiösen Parteien angehört, hat eine neue Definition des Juden gegeben. Nach dieser amtlichen Umschreibung ist Jude: wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde und wer die jüdische Taufe, d. h. als Mann die Beschneidung und als Frau das rituelle Bad, erhalten hat. Unser Bild zeigt wehrpflichtige israelische Frauen einer Infanterieeinheit beim Vorbeimarsch."

Wer die Presseberichte über den Aufbau des israelitischen Staates liest, merkt sehr schnell, daß die jungen Israelis sehr volksbewußt erzogen werden, daß also das o. a. Wort des Innenministers von Israel „Jude ist, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde...", das die Abstammung des Vaters offen läßt, seine Ergänzung in der Erziehung findet, daß selbstverständlich eine volksbewußte Jüdin nur einen Juden zum Manne nimmt. Es ist daher auch zu verstehen, wenn Israel Juden ausweist, die mit deutschen Frauen verheiratet sind.

So urteilen und handeln also die anderen Völker!

Warum soll man eigentlich durch Vermischung der Natur so ins Handwerk pfuschen?

# Ein Blick in die Zukunft

Hier sollen nur kurz noch einige Kleinigkeiten folgen, die eine Ergänzung der vorne aufgeführten Tatsachen sind und die gleichzeitig einen Hinweis auf die zukünftige Entwicklung geben können.

Wie ist die Mitteilung zu bewerten, nach der im Bundestag ein Gesetz in Vorbereitung ist, das den ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik nach einem

Aufenthalt von einem Jahr das Recht auf den Arbeitsplatz sichert und nach einem Aufenthalt von drei Jahren das Recht auf Einbürgerung? Haben andere Völker auch solche Gesetze?

Es soll hier nicht weiter die Frage behandelt werden, inwieweit es überhaupt für einen Ausländer möglich sein soll, eine fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben, denn der Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit ändert ja nichts an seiner Volkszugehörigkeit und seiner Abstammung. Der Leser möge an Hand der in diesem Aufsatz aufgeführten Beispiele selbst darüber nachdenken.

Wie verhalten sich z. B. England und Frankreich hinsichtlich der Errichtung eines Vereinigten Europas? In den „Stuttgarter Nachrichten" vom 3. August 1961 ist darüber u. a. folgendes zu lesen:

> **„Macmillan für de Gaulles „Europa der Vaterländer"**
>
> ... Premierminister Macmillan vertrat vor den Unterhausabgeordneten die Ansicht, es sei eine historische Notwendigkeit für Großbritannien, von seiner traditionellen Nichtbeteiligung an festländischen Bündnissen abzugehen. Großbritannien solle nicht versuchen, in der Isolation eine Sicherheit zu suchen, die die geographische Position der Insel nicht länger bieten könne.
>
> Wenn Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitritt, werde es die Vorstellungen Präsident de Gaulles von der zukünftigen Form der europäischen Einheit unterstützen. Macmillan spricht sich damit für die Konzeption" (Konzeption = geistiger und künstlerischer Einfall, Entwurf eines Werkes) „eines „Europa der Vaterländer" aus. Er zog einen Vergleich mit den Vereinigten Staaten und meinte, Europa sei zu alt und habe zu unterschiedliche Traditionen, um seine Einigung nach amerikanischem Muster zu vollziehen..."

England und Frankreich wollen also in einem geeinten Europa voll und ganz ihre Länder und ihre Selbständigkeit behalten und sie nicht in einem Paneuropa mit einer Hauptstadt aufgehen lassen. An der Beibehaltung der Teilung Deutschlands sind bekanntlich jedoch beide interessiert. Frankreich zeigt bisher in Wirklichkeit wenig freundschaftliche Gefühle, die doch die Grundvoraussetzung bei einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß sind, der deutschen Bevölkerung von Elsaß-Lothringen gegenüber. Den dortigen Deutschen (im Jahre 1918 sprachen im Elsaß 95 Prozent und in Lothringen 80 Prozent der Bevölkerung deutsch) wird nicht erlaubt, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken; Deutsch ist eine Fremdsprache und seit der Flucht der Algerienfranzosen wird das Elsaß mit Flüchtlingen vollgefüllt. Die „Deutsche Wochenzeitung" schreibt am 7. 7. 1962:

> **„Soll Elsaß für Algerien büßen?**
> **Französische Flüchtlinge überschwemmen das deutsche Elsaß**
>
> Innerhalb der deutschen Bevölkerung des Elsaß ist eine große Beunruhigung entstanden. Rundfunk, Fernsehen, Presse, Kirchen und Gemeindebehörden appelieren an die gutmütigen Elsäßer, den französischen Flüchtlingen aus Nordafrika beizustehen. Mit Befremden erfuhr man in Straßburg und Mühlhausen, daß bereits über 1000 Flüchtlingsfamilien im Unterelsaß untergebracht sind, 90 Prozent in Straßburg. Es ist offensichtlich, daß der Drang der nordafrikanischen Flüchtlinge nach dem Elsaß viel größer ist als nach den innerfranzösischen Departements. Diese Ueberschwemmung durch die französischen Flüchtlingsmassen aus Nordafrika gefährdet die deutschsprachige Bevölkerung sehr.
>
> Die Elsäßer werden allerorts von ihren volkstreuen Gruppen aufgefordert, Elsäßer Deutsch mit den Neuwanderern zu sprechen und so ihre

Selbstbehauptung zu verteidigen. Die deutschsprachige Zeitung „La Voix d'Alsace-Lorraine" nimmt am 15. Juni dieses Jahres zu diesem heiklen Thema sehr klar Stellung und schreibt unter anderem:

'Es sieht so aus, als sollte das Elsaß für die Pieds Noir Nordafrika ersetzen und zu einer neuen Kolonisierung auserwählt sein, nachdem sowieso die Unterwanderung durch Innerfranzosen seit 1918 und besonders seit 1945 immer größere Dimensionen angenommen hatte. Für uns Grenzländer stellt sich die Frage der Selbsterhaltung, ob wir protestlos zusehen sollen, wie die mit unseren Steuergroschen errichteten Wohnungen und die freiwerdenden Stellen auf dem Arbeitsmarkt einfach an oft zweifelhafte Elemente aus Nordafrika vergeben werden, während die anständigen Leute 'guet von hie', d. h. das bodenständige und steuerzahlende Element bei der Vergebung von Wohnungen und offenen Stellen zu kurz kommt. Stimmt es etwa nicht, daß bereits über 4 000 Elsäßer und Elsäßerinnen über den Rhein nach Deutschland gehen müssen, um dort ihr Brot zu verdienen?

Wenn man jetzt auch noch Franzosen aus Algerien nach hier bringt und ihnen sogar Beamtenstellen anbietet und hinter dem Rücken der Elsäßer Wohnungen zuschustert, während es noch Hunderte von Einheimischen gibt (besonders unter den Jungverheirateten), die keine Wohnung zu finden wissen, dann ist es höchste Zeit, daß wir 'Bis hierher und nicht weiter!' denjenigen Stellen zurufen, die den Elsäßern gegenüber eine Verantwortung tragen.

Niemand weiß besser als die Elsäßer, wie schwer es ist, seine Heimat verlassen zu müssen, wurde doch unser Grenzland wiederholt durch Kriege und Regimewechsel heimgesucht, die stets Auswanderungen zur Folge hatten: 1870, 1914-18, 1939, 1940, 1945.

Wie groß ist die Zahl der Opfer? Wie groß aber auch die Zahl jener, die wir nach der 'Befreiung' bei uns aufnehmen mußten, die wir vor die Nase gesetzt bekamen, die Zahl der Aasgeier und Profiteure, die sich 'vorläufig' bei uns niederließen und dann bei uns hängen blieben?

Die Belastung war besonders seit dem 2. Weltkrieg so groß, daß sie nicht mehr durch die sogenannten Pieds Noir erhöht werden kann. Es ist nur zu bekannt, daß die Zuwanderer bei uns meist keine untergeordneten Stellungen wollen. Sie sind es als Vertreter des französischen Herrenvolkes gewohnt, arrogant aufzutreten, zu kommandieren und sich bedienen zu lassen. Für das elsäßische Element besteht die große Gefahr, von jetzt ab die untergeordnete Ratma-Rolle der Muselmanen spielen zu müssen.

Wir sind es unserm Lande und unserer Ehre schuldig, diese neue Herabwürdigung zu verhindern!' "

Wir sehen hier, die Franzosen verhalten sich bisher genau so gegen die deutschsprechende Bevölkerung in Elsaß-Lothringen wie die Italiener gegen die deutschsprechenden Südtiroler, deren Land seit 1918 buchstäblich von Süditalienern planmäßig unterwandert wird. Während italienische Arbeiter in steigendem Maße in die Bundesrepublik einströmten, entstand gleichzeitig in Italien eine antideutsche Welle (siehe „Stuttgarter Nachrichten" vom 7. 4. 1961). Sind das Zeichen einer Völkerverständigung oder wird hier unter dem Deckmantel eines wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses ein schleichender Rasse- und Volksvernichtungsweltkrieg gegen ein Volk geführt, das schon in zwei (militärische) Weltkriege hineingezogen wurde?

Daß der wirtschaftliche Zusammenschluß Westeuropas nicht das Endziel ist,

sondern die enge politische Verschmelzung, zeigt die Meldung der „Waiblinger Kreiszeitung" vom 18. 1. 1962. Es heißt dort u. a.:

> **„Adenauer für politische Union**
>
> 'Wir sind jetzt nach der auf der Brüsseler Konferenz erzielten Einigung auf dem besten Wege zur Europäischen Union'. Mit diesen Worten begrüßte am Mittwoch Bundeskanzler Adenauer zu Beginn der Plenarsitzung des Bundestages die in Brüssel nach langen und schwierigen Verhandlungen erreichte Einigung über die zweite Stufe des Gemeinsamen Marktes. 'Dies ist eins der wichtigsten Ereignisse in der europäischen Geschichte der letzten Jahrhunderte'.
>
> Er empfinde es geradezu als eine historische Stunde, wenn er jetzt vor dem deutschen Parlament feststellen könne, wie tief der Wunsch nach Einigung in den europäischen Kabinetten schon verwurzelt sei. 'Wir wollen alle die Europäische Union', rief Adenauer aus, 'und deshalb schaffen wir zunächst einmal die wirtschaftliche Einheit. Aber so eng diese wirtschaftliche Einheit auch sein mag, ohne politische Bindungen kann sie nicht bestehen'..."

Dem politischen Zusammenschluß der EWG-Staaten diente auch die Reise von Bundeskanzler Dr. Adenauer nach Paris zum französischen Staatspräsidenten De Gaulle von 2. 7. - 8. 7. 1962.

Der Präsident der Paneuropa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, gibt in seinem bereits aufgeführten Buch „Praktischer Idealismus" u. a. auch folgenden kurzen Ausblick für die Zukunft:

> „Nicht nur das Judentum wird sich in der Richtung der westlichen Adelsideals wandeln - auch das westliche Adelsideal wird eine Wandlung erfahren, die dem Judentum auf halbem Wege entgegenkommt. In einem friedlicheren Europa der Zukunft wird der Adel seinen kriegerischen Charakter abstreifen und mit einem **geistig-priesterlichen** vertauschen. Ein pazifiziertes" (= befriedetes) „und sozialisiertes Abendland wird keine Gebieter und Herrscher mehr brauchen - nur Führer, Erzieher, Vorbilder. In einem **orientalischen Europa** wird der Zukunftsaristokrat mehr einem Brahmanen und Mandarin gleichen als einem Ritter." (S. 54)

Der bedeutende deutsche Jude und Reichsaußenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau, gab unter anderem auch folgenden Rückblick und Ausblick in die Zukunft, den sein Freund, Harry Graf Keßler, in dem Buch „Walther Rathenau" auf Seite 43 aufführt:

> „Der Inbegriff der Weltgeschichte, ja der Menschheitsgeschichte, ist die Tragödie des arischen Stammes. Ein blondes, wundervolles Volk erwächst im Norden. In überquellender Fruchtbarkeit sendet es Welle auf Welle in die südliche Welt. Jede Wanderung wird zur Eroberung, die Eroberung zur Befruchtung der Kultur und Gesinnung. Aber mit zunehmender Weltbevölkerung quellen die Fluten der dunklen Völker immer näher, der Menschenkreis wird enger. Endlich ein Triumph des Südens: eine orientalische Religion ergreift die Nordländer. Sie wehren sich, indem sie die alte Ethik des Mutes wahren. Zuletzt die höchste Gefahr: die technische Kultur erringt sich die Welt, mit ihr entsteht die Macht der Furcht, der Klugheit, der Verschlagenheit, verkörpert durch Demokratie und Kapital."

In seiner Schrift „Der Kaiser" spricht Walther Rathenau für die Zukunft u. a. folgende Worte aus:

> „Trümmer hinter uns und Trümmer vor uns. 'Wir sind ein Geschlecht

des Uebergangs, zum Düngen bestimmt, der Ernte nicht würdig,' schrieb ich zu Beginn des Krieges." („Der Kaiser", 1919, S. Fischer Verlag, Berlin, S. 58)

Soll Deutschland der Völkerdünger werden für die EWG und Paneuropa?

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Bundespräsident Heinrich Lübke, sagte in seiner Neujahrsansprache am 31. 12. 1961 u. a. folgendes:

„... Vielleicht haben wir deshalb manchmal das Gefühl, wir seien lediglich Rädchen in einem Getriebe, das von weitgehend unbekannten Antriebskräften in Gang gehalten wird.

Ein Blick auf das politische Weltgeschehen und eine nüchterne Einschätzung der Machtverhältnisse, von denen es bestimmt wird, scheint diese Ansicht zu bestätigen. Trotzdem möchte ich versuchen, Einsicht und Gefühl dafür zu wecken, daß es nicht nur dunkle Kräfte sind, in deren Spannungsfeld wir uns bewegen oder bewegt werden, sondern daß es letztlich der Mensch ist, der vor Gott und vor sich selbst Verantwortung für sein eigenes Schicksal wie für das der Seinen trägt..."

(„Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Nr. 1/S. 1 vom 3. 1. 1962)

Wen meint hier Bundespräsident Lübke mit seinen Worten „Dunkle Kräfte"?

Betrachtet man zum Schluß die jetzige Lage der Völkerbewegungen in Mitteleuropa, so ergibt sich folgendes Bild:

Ostdeutschland ist fast völlig von Deutschen entblößt und der zur katholischen ZNAK-Gruppe gehörende polnische Parlamentsabgeordnete Kisielewski schreibt in einem Artikel über die Entwicklung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie:

„Ich glaube, daß sich die Bundesrepublik nach einigen Jahren auf eine gesunde Art mit der westlichen Welt verschmelzen wird. Die imponierende industrielle und technische Ausweitung dieses Staates wird seine Einwohner im Verlaufe der Zeit zu Weltbürgern machen, und der slawische Osten Europas wird schließlich die verdiente Ruhe vor allen Arten des Drangs nach Osten haben." („Stuttgarter Nachrichten" vom 11. August 1961)

In einem Artikel der „Stuttgarter Nachrichten" vom 10. 7. 1962 sind folgende Worte dieses polnischen Journalisten und katholischen Parlamentsabgeordneten Stefan Kisielewski über die Bundesrepublik aufgeführt:

„In diesem Land gibt es jetzt keine anderen als nur materielle Leidenschaften. Dieses große europäische Land, diese 'Große Provinz', die mit Technik, Wirtschaft und Pragmatismus übersättigt und wie gegen Feuer vor einer mehr allgemeinen, aber konkreten Konzeption mit Ausnahme des Versprechens eines Vereinigten Europas oder eines Vereinigten Westens geschützt, ruht in einem sanften politischen Schlaf."

Es heißt dann weiter:

„Kisielewski wollte von den Deutschen wissen, wie lange dieser Zustand dauern werde und wie das Erwachen aussehen soll, ob vielleicht unter dem neuen Ruf 'Deutschland erwache?' Und wie es mit der Konjunktur aussieht. Aber er konnte sich aus den ihm gegebenen Antworten kein richtiges Urteil bilden. 'Vielleicht könnte diese Frage nicht einmal der große Einschläferer Konrad Adenauer beantworten', meinte der Pole."

Ueber die Vertriebenen sagt Kisielewski:

„Man hat mir versichert, daß die Vertriebenen politisch tot sind, daß sie

restlos in das Wirtschaftswunder, in die Industrie eingesickert sind und nicht mehr an die Agrargebiete des Ostens denken und daß der ganze Lärm nur von den Führern dieser Organisationen, von dem leitenden Apparat kommt, weil dieser davon lebt und sich damit die politische Karriere zu schaffen glaubt. Aber dieser Lärm ist ziemlich konkret, Berge von Propagandaschriften, demagogisch-pathetischer Makulatur und ein psychischer Terror."

Von dem Mittelstück Deutschlands, der heutigen Sowjetzone, sind seit 1945 rund 3,7 Millionen Deutsche nach dem Westen gewandert - das Mittelstück hat also auch einen erheblichen Teil seines Bestandes eingebüßt. Soll dieser Fehlbestand an Bewohnern eines Tages durch die Zuwanderung von Angehörigen fremder Völker wieder beseitigt werden? Wird damit dann nicht jeder Anspruch der Deutschen auf ihre Ostgebiete und zum Schluß sogar noch vielleicht auf das Mittelstück durch die Tatsachen zum Gespött der anderen Völker?

Gleichzeitig ballen sich im Westen Deutschlands immer mehr Menschen zusammen; die Zuwanderung der Mittelmeerbewohner kann durch entsprechendes Nachziehen der Familien schnell mehrere Millionen betragen.

Während deutsche Auswanderer in Australien zum Teil arbeitslos sind (siehe „Stuttgarter Nachrichten" vom 19. Juli und 22. Juli 1961), zieht die westdeutsche Wirtschaft immer weitere Südländer an. Kongolesen, Pakistanis, Spanier und Italiener arbeiten schon für die Bundespost („Stuttgarter Nachrichten" vom 15. Mai 1961), Deutsche sollen in den USA aufgenommen werden und Japaner in großer Zahl nach Westdeutschland! Was soll das bedeuten? Was kündigte der Präsident der Paneuropa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, schon im Jahre 1925 an, was sagte Reichsaußenminister Walther Rathenau und jetzt der polnische Katholik Kisielewski?

Im November 1959 schrieb die britische Wochenzeitschrift „The Spectator" anläßlich des damaligen bevorstehenden London-Besuchs von Bundeskanzler Dr. Adenauer nach der „Remszeitung" vom 16. November 1959:

> „Die Zukunft Deutschlands, wahrscheinlich für den Rest dieses Jahrhunderts, wird von Außenstehenden entschieden werden, und das einzige Volk das dies nicht weiß, sind die Deutschen. Kanzler Adenauer hat seinem Volk die durchaus irrige Vorstellung beigebracht, daß er allein für dessen glückliche Finanzlage verantwortlich sei.
>
> **Er hat es ermutigt, Prosperität" (= Wohlstand, Wirtschaftsblüte) „mit der Verfügungsgewalt über sein eigenes Schicksal zu verwechseln".**

Liegt in diesen Worten nicht Hohn und Verachtung?

Was ereignet sich, wenn plötzlich das westdeutsche „Wirtschaftswunder" zu Ende geht und ein großer Teil der vielen Ausländer, der ledigen und der hier seßhaft gewordenen, nun arbeitslos wird?

Die „Waiblinger Kreiszeitung" vom 5. 1. 1962 brachte einen Aufsatz „Die Rolle der Gastarbeiter", in dem für den Fall eines Konjunkturrückganges folgendes angegeben ist:

> „... Vor allem aber ist zu bedenken, daß in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Freizügigkeit der Arbeitskräfte auch ein soziales Anliegen erfüllt wird. Aus politischen Gründen kann kein Land der EWG es sich leisten, bei rückläufiger Konjunktur sich selbst zwar von importierten Arbeitskräften zu entlasten, damit aber gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern zu verschärfen. Auch in der Bundesrepublik tut man gut daran, europäisch zu denken und sich gegenüber den ausländischen Kräften langfristig verpflichtet zu fühlen."

Sind sich die deutschen Arbeitgeber, die ausländische Arbeiter beschäftigen, über die Tragweite dieser Worte im klaren? Was meint die deutsche Bevölkerung dazu?

Wie werden sich die ausländischen Arbeiter verhalten, wenn es zu innerdeutschen Auseinandersetzungen oder zu einem „begrenzten Krieg um Berlin" kommt, bei dem die anderen Staaten sich heraushalten? Sehr klar und deutlich hat der Washingtoner Korrespondent der „Chikago Sun Times" nach der „Neuen Württembergischen Zeitung" vom 26. Juli 1961 geschrieben:

> „Der Präsident ist dem Vernehmen nach zu der Ansicht gekommen, daß die Vereingten Staaten der sowjetischen Aggression in Europa ohne Einsatz von Kernwaffen Einhalt gebieten können und müssen. Und wie im Fall des Korea-Krieges soll der Präsident bereit sein, das Konzept beiderseitiger Nichtangriffsgebiete zu akzeptieren" (= annehmen), „bei dem keine Seite Luftangriffe über das Gebiet der vom Kriege betroffenen Nation hinaus ausdehnt. Diese Strategie würde - auf einen möglichen Krieg wegen Berlin angewandt - erfordern, daß die westlichen und östlichen Aufmarschgebiete außerhalb Deutschlands gegen Angriffe immun blieben... Falls die konventionelle Verteidigung nicht ausreicht, soll Mr. Kennedy bereit sein, die Wasserstoffbombe einzusetzen, um seinen Verpflichtungen gegenüber den Westberlinern nachzukommen."

Was haben die Westberliner von dem Einsatz einer Wasserstoffbombe? Leben sie dann noch? **Korea-Krieg auf deutschem Boden?**

Außerdeutsche Freiwilligenverbände zur Stützung der Front dann in der Sowjetzone und in Westdeutschland noch dem Vorbild Koreas?

**Was bleibt dann noch übrig? Ein deutsches Volk?**

**Wer hat ein Interesse an solch einer Entwicklung? Die Deutschen??**

---

# Schlußwort

Wenn der Leser alle in dieser Schrift aufgeführten Tatsachen und Hinweise ruhig überdenkt, so wird er wohl auch zu dem Schluß kommen, daß die folgerichtige Durchführung des EWG-Vertrages (der sogenannten „römischen Verträge", wie dieser Vertrag auch genannt wird) die völlige Ueberfremdung des größten Teils des deutschen Volkes zur Folge haben wird. Diese Ueberfremdung wird sich von den Großstädten aus über die Kleinstädte bis ins letzte Dorf ausdehnen; die deutsche Sprache wird noch weit mehr „überfremdet", als sie es jetzt bereits schon ist. Rassen- und Volkstumskämpfe werden in hohem Maße einsetzen, wie heute in England (von den USA und Algerien ganz zu schweigen) und gleichzeitig wird die Kriminalität eine bisher nie erreichte Höchstziffer erreichen.

Nach dem vorne aufgeführten Aufsatz in dem „Polizeiblatt für das Land Baden-Württemberg" über die Kriminalität der Ausländer in der Bundesrepublik stieg

z. B. der prozentuale Anteil der Ausländer an Notzuchtverbrechen von **14,7 Prozent im Jahre 1960 auf 17,5 Prozent im Jahre 1961** im Bereich Baden-Württemberg an.

Zu vermerken ist hier, daß Notzuchtverbrechen zu den verwerflichsten Verbrechen gehören, denn sie richten sich gegen die Ehre und Unversehrheit der körperlich schwächeren Frau!

Die Folge der Ueberfremdung wird die totale Rassenvermischung des deutschen Volkes und damit das Ende des deutschen Volkes sein. Das Schicksal, das den Engländern durch die Unterwanderung durch die farbigen Einwanderer droht und das die Engländer, wie wir gesehen haben, aus Sorge um die Erhaltung ihres Volkes abzuwenden versuchen, wird das deutsche Volk erleiden, wenn die Zuwanderung dieser südländischen Staatsangehörigen nicht gebremst und rückgängig gemacht wird.

Jedes Weltreich und jeder Zusammenschluß von verschiedenartigen Völkern zu einem Staatsgebilde, bei dem nicht jedem Volk peinlich genau das Recht auf seinen Heimatboden, seine Muttersprache und Arterhaltung zugestanden ist und ein Verstoß gegen dieses Recht als Verbrechen gilt, kann nur von der Vermischung der einzelnen Völker leben. Das beste Beispiel der Geschichte bietet das römische Weltreich, das eine planmäßige Volkszerstörungspolitik betrieb und schließlich selbst an dieser Völkervermischung und damit Volksvernichtung innerlich verweste und zugrundeging. Die bedauernswerten Opfer dieses Weltreiches sind zum großen Teil die heutigen Mittelmeerbewohner, die die Folgen der römischen Völkervermischungspolitik zu tragen haben.

Ein vereinigtes Europa im Sinne des EWG-Vertrages wird in kurzer Zeit dem Kommunismus anheimfallen, denn nur selbständige und seelisch einheitliche Völker sind in der Lage, der kommunistischen Lehre zu widerstehen. Sehr richtig schrieb schon der Präsident der Paneuropa-Union, Reichsgraf Coudenhove-Kalergi, in seinem Buch „Praktischer Idealismus" (1925) über den Unterschied von Kapitalismus und Kommunismus:

> **„Kapitalismus und Kommunismus sind ebenso wesensverwandt, wie Katholizismus und Protestantismus,** die sich durch Jahrhunderte für extreme Gegensätze hielten und mit allen Mitteln blutig bekämpften. Nicht ihre Verschiedenheit, sondern ihre Verwandschaft ist die Ursache des erbitterten Hasses, mit dem sie einander verfolgen." (S. 125)

Die nächsten Jahre werden das Schicksal Deutschlands entscheiden,

entweder

Völkervermischung und Kommunismus

oder

Volksbewußtsein, Einheit und Freiheit und ein Damm gegen den Kommunismus!